Nr. 2.10 · Okt. 2010 · 59. Jhg.

Krisis

Frankfurter Student_innen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 2,5 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Jenseits des Hauptwiderspruchs

...die Nebenwiderprüche antworten

ums Ganze!

inside

Editorial

Grand Hotel Abgrund

Wie hoch ist die Zeit?
Zur Kritik einiger Aspekte der *...umsGanze!*-Broschüre

Feministische Unterbrechungen
20

Antifaschistischer Revolutionismus
Über den Zusammenhang des Abwendens vom Subjekt und der Verschiedung vom Antifschismus als Handlungsmaxime linksradikaler Praxis

Vergessen wir nicht – die Subjekte!
Zum Problem der kollektiven Identitäten in der *...umsGanze!*-Broschüre

Klassen, Kampf und Konkurrenz

Impressum

editorial

Im vergangenen Jahr erschien der erste Teil der *...ums Ganze!*-Broschüre mit dem Titel »Staat, ›Weltmarkt‹ und die Herrschaft der falschen Freiheit – Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs«. Das *...ums Ganze!*-Bündnis (*uG*) besteht aus einigen Antifa-Gruppierungen aus Köln, Hannover, Bochum, Berlin, Göttingen und Frankfurt und wurde nach eigenen Angaben gegründet »um linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen. « (uG, 7)

Es erscheint zunächst sinnvoll, wenn die oft eher als praxisorientiert wahrnehmbaren Politikformen der Antifa-Gruppen um theoretische und damit womöglich reflektierende Auseinandersetzungen bereichert werden. Die Broschüre des *uG*-Bündnisses ist der Versuch einer solchen theoretischen Auseinandersetzung. Wie die Texte des *Ak Grand Hotel Abgrund* in dieser Ausgabe zu zeigen versuchen ist das vorläufige Ergebnis – zwei weitere Broschüren sollen der ersten folgen – schlecht. Denn unbeachtet aller Kapitalismuskritik der vergangenen Dekaden fungiert alleine der Begriff der kapitalistischen Konkurrenz in der *uG*-Broschüre als das Element in dem alle Probleme und Antagonismen zusammenfallen. Folglich hängt die Beseitigung aller Probleme auch alleine von der Beseitigung des kapitalistischen Konkurrenzverhältnisses ab.

Die Angst einer unreflektierten Übernahme der monokausalisierten und simplifizierten Kapitalismuskritik von *uG* durch andere Gruppen oder Personen, erscheint angesichts der unbefriedigenden und streckenweise anstrengenden Lektüre unbegründet. Weil aber letztlich doch viele Veranstaltungen und Demonstrationen in den letzten Jahren von *uG* organisiert und veranstaltet wurden, lag der Redaktion des *diskus* sehr daran dem *AK Grand Hotel Abgrund* den Raum zu geben die Broschüre aus verschiedenen Perspektiven zu kritisieren

Es kann hilfreich sein zu erkennen an welchen Stellen schon in der Konzeption des *uG*-Bündnisses Fehler gemacht wurden, wenn zum Vergleich ein ähnliches Projekt der vergangen Jahre herangezogen wird. Ein ähnliches Projekt wäre das schon im Jahr zweitausendundsieben zunächst in Frankreich veröffentlichte Buch »L'Insurrection qui vient« des anonymen *Comité invisible*. Dieses Buch hat ebenfalls revolutionäre Theorie und Praxis im Fokus. Zwar ist der Vergleich mit dem Buch »L'Insurrection qui vient« sicherlich zu viel Ruhm für »Staat, ›Weltmarkt‹ und die Herrschaft der falschen Freiheit« aber auf dieser Folie lassen sich schnell zwei elementare Unterschiede identifizieren die folgenreich sind: Erstens ist die Form der Gegenwartsanalyse bei beiden Manifesten grundlegend unterschiedlich, zweitens hat das einen grundliegend unterschiedlichen Umgang mit Identität in beiden Manifesten zur Folge.

»L'Insurrection qui vient« erschien vergangenes Jahr in englischer Übersetzung mit dem Titel »The coming insurrection« in *MIT Press* und hat seitdem ungewöhnlich viel Aufsehen erlangt. Nicht nur, dass das Buch sich nach Erscheinen rasch verkauft hatte (30 000 Exemplare in der ersten Woche), es wurde aus dem französischen bereits in mehrere Sprachen übersetzt und der konservative Fernsehmoderator Glenn Beck, hat im Fernsehsender *Fox*, der Broschüre ganze zehn Minuten seiner Sendung gewidmet (was unterhaltsam auf *Youtube* dokumentiert ist). Diese Aufmerksamkeit ist der *uG*-Broschüre bislang vorenthalten. Das liegt sicherlich auch in den beiden oben genannten elementaren unterschiedlichen Formen der Gegenwartsanalyse und dem Umgang mit Identität beider Broschüren begründet.

Die Gegenwart- eine schöne Scheiße

Beide Manifeste widmen sich erwartungsgemäß der Gegenwart, dies jedoch mit unterschiedlichen Ansätzen. Während das anonyme *Comité invisible* in der Gegenwartsbeschreibung auf zynisch-optimistische Weise den Zusammenbruch des Kapitalismus bevorstehen sieht, liefert das *uG*-Bündnis eine erneute Erklärung wie der gegenwärtige Kapitalismus funktioniert und weshalb er ihrer Ansicht nach funktioniert.

Im Abriss wird in »L'Insurrection qui vient« dem derzeitigen Kapitalismus eine fatale Krise attestiert. Es wird dabei weniger Wert darauf gelegt, warum es bestimmte Probleme gibt sondern vielmehr darauf zu zeigen, dass diese nicht mehr zu lösen sind. Beispielsweise wird darauf hingewiesen das sich soziale Auseinandersetzungen immer seltener pazifizieren lassen. (Was wohl auch auf den Eindruck der Aufstände in den französischen Banlieues in 2006 zurückzuführen ist). Die gegenwärtigen ökologischen und ökonomischen Krisen erschweren ein anhaltendes Vertrauen in das kapitalistische System weil deren kleiner werdenden Zyklen uns kaum noch den Atem lassen. Die Zeiten des sicheren Wachstums sind vorüber. Außerdem werden die postfordistischen Arbeitsverhältnisse und die Kommunikationsverfahren angeprangert und in

das Licht eines Endzeit-Stadiums gerückt.

Es braucht, selbst wenn Mensch optimistischer Auffassung gegenüber der Entwicklung des Kapitalismus ist, in dieser Zeit nicht viele Anstrengungen um die pessimistische Grundtendenz des *Comité invisible* zu mindestens nachzuvollziehen. Schließlich hat der Begriff ›Krise‹ in den Jahren nach dem Erscheinen im Verlag *La Fabrique* in Frankreich 2007 im öffentlichen Diskurs mehr und mehr an Gewicht gewonnen. Ob nun die Polizei weniger in der Lage ist der Situation auf den Straßen Herr zu werden sei dahin gestellt, aber die Verschärfung der Krisen und die großen Schwierigkeiten der handelnden Akteur_innen diese zu erklären, geschweige denn zu vermitteln, dass diese unter Kontrolle sind, lässt sich nur schwer leugnen. Die Konzeption in den ersten sieben Bezirken, wie die Kapitel hier benannt werden, eine nahezu apokalyptische Gegenwart zu zeichnen ist also nicht nur unbegründet. Außerdem verzichtet die anonyme Gruppe darauf, theoretische Apparaturen oder Modelle zu entwickeln, die ein identitäres oder zu mindestens theorietraditionelles Einverständnis verlangen.

Anders liegt der Fall bei der *uG*-Broschüre. *uG* versucht in zwanzig Kapiteln auf etwa hundert Seiten verschiedene, als problematisch identifizierte Aspekte des Kapitalismus zu benennen und zu erklären. Es werden dabei weder aktuelle theoretische und wissenschaftliche Diskurse aufgegriffen, noch wird auf vergangene Debatten Bezug genommen. Die kapitalistische Gesellschaft wird sozusagen neu beschrieben. Dementsprechend würde zunächst auch hier zutreffen, dass es keiner Identifizierung mit einer bestimmten Theorie-Tradition bedarf um mit der Erklärung des Kapitalismus von *uG* d´accord zu gehen. Anders als beim *Comité invisible* wird aber bei der Gegenwartsanalyse weniger Wert auf die Darstellung der Unlösbarkeit bestimmter Probleme gelegt als versucht, die eine wahre Ursache für alle bestimmten Probleme zu penetrieren.

So liegt allen Betrachtungen und Bewertungen der Broschüre stets eine Generalthese zu Grunde. Diese These wird schon auf der ersten Seite des Textes angeführt: die Ursache allen Übels und aller Probleme der gegenwärtigen Gesellschaftform sei die kapitalistische Konkurrenz. Die einzelnen Kapitel des Buches kommen kaum ohne den Begriff der Konkurrenz aus. Das führt beispielsweise dazu, dass auch das notwendig falsche Bewusstsein von kollektiven Identitäten bei *uG* dieser Konkurrenz geschuldet ist. Es bleibt hierbei stets unbeachtet ob diverse Theoretiker_innen, vom dt. Idealismus bis hin zur Postmoderne, für die Konstruktion von Identitäten andere Ursachen identifizierten, denn Grundlagen der Gesellschaftswissenschaften werden nicht aufgegriffen und nicht genannt. Weil aber ständig irgendeine neue Wahrheit in der Broschüre erklärt wird, ist der Verzicht auf Theorie weniger erfrischend als zermürbend. Die eingereichten Erklärungen sind an vielen Stellen, wie der *AK Grand Hotel Abgrund* im *diskus* zeigen wird, unbefriedigend.

Please join me baby!

Die ausgegebenen Thesen werden auch nicht mit Widersprüchen oder widerlegten Gegenpositionen konfrontiert. Das hat zur Folge, dass die Sätze und Aussagen nicht rückgebunden werden an nachvollziehbare Strukturen sondern stets erklärend vorangeschritten wird. Die ungewöhnliche Dichte an diesen nicht diskutierten Thesen kann das Gefühl erwecken von dem Text überrannt zu werden, denn das hohe Tempo mit dem die Thesen ohne jegliche Gegenthese an einem vorbeisausen hat zur Folge dass die Aufmerksamkeitsspanne sinkt. Die Broschüre kommt damit als eine Sammlung an unhintergehbaren Wahrheiten daher und wirkt nicht als Diskussionsangebot, wie im Vorwort suggeriert wird, sondern vielmehr als aggressives Pamphlet.

Deswegen ist mit der Generalthese aus dem Vorwort auch prinzipiell schon vorgegeben worauf sich, der Ansicht von *uG* nach, linke Theorie und Praxis in Zukunft konzentrieren muss, wenn sie nicht wie bisher »die Konflikte und Verzweiflung, die die kapitalistische Konkurrenz fortwährend produziert« verschieben möchte. Emanzipation geht bei *uG* also ausschließlich über die Abschaffung des kapitalistischen Konkurrenzverhältnisses.

Es gilt festzuhalten, dass die Ansätze beider Projekte sich wesentlich unterscheiden. Während *uG* versucht zu erklären, warum bestimmte Probleme im derzeitigen Kapitalismus gibt (alles Konkurrenz), versucht das *Comité invisible* zu beschreiben, wie diese Probleme zu bewerten sind und wie sie sich darstellen (Sie stellen sich als unlösbar dar).

Mit der bei *uG* in der Konzeption der Broschüre angelegten Klärung des Warum wurde sich selber ein Problem auferlegt, dass nur schwer zu lösen ist. Denn letztlich kann der Versuch einer Erhellung auf so wenigen Seiten nur scheitern. Dabei ist weiterhin fraglich, ob tatsächlich eine Grundlage geschaffen wurde, um gemeinsam linksradikale Politik überregional organisieren und durchführen zu können, wie es im Vorwort heißt. Denn vor dem Hintergrund einer so ausschließenden Grundlage (alles Konkurrenz) lassen sich nur schwerlich Bündnispartner_innen finden.

Denn politische Arbeit, die zu anderen Ergebnissen kommt und pragmatisch Politik betreibt, die nicht auf das »Ganze« zielt, wird von *uG* schlichtweg beschimpft: »In herrschaftskritischer Perspektive sind meist sämtliche Alternativen pragmatischer Politik gleichermaßen falsch. Pragmatismus und Dummheit gehen in der bürgerlichen Welt ineinander über.« (uG, 7) Das trifft nicht nur unsere Arbeit sondern es werden sämtliche soziale Bewegungen die unter großen Anstrengungen und gegen harte Widerstände mit mehr oder weniger Erfolg für einen angenehmeren Lebensalltag innerhalb des bestehenden kämpften, desavouiert. Die Ergebnisse dieser Kämpfe, also ein Mehr an Freiheiten innerhalb des gesellschaftlichen Lebens der Akteur_innen, werden, der These von *uG* konsequent folgend, dann auch nicht als Erfolge der »pragmatischen« Bewegungen verstanden. Diese Errungenschaften gelten *uG* durchweg als Epiphänomene der alles umfassenden kapitalistischen Logik. In Bezug auf die Handlungen konkreter Akteurinnen in der emanzipatorischen Frauenbewegungen bedeutet diese These dann folgendes: »Statische, auf persönlichen Hierarchien aufbauende Reproduktions- und Familienbeziehungen mit bindenden Traditionen und Sitten wurden durch den verallgemeinerten Verwertungszwang des Kapitals aufgebrochen, und wenigstens im Prinzip in formelle, staatlich garantierte Rechtsverhältnisse transformiert. Wo sich eine Verwertungschance eröffnet, fragt das Kapital nicht lange nach dem Geschlecht« Es war demnach der kapitalistische Automatismus und weniger das pragmatische gesellschaftliche Engagement einzelner Akteurinnen, die hier eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichten. Damit fällt die konkrete politische Praxis in die Sphäre der Epiphänomene und wird obsolet. Würde dies zutreffen, hätte *uG* auch recht damit wenn sie Pragmatismus mit Dummheit identifizieren.

Wer sich also vor der Gretchenfrage, entweder irgendwie das Konkurrenzverhältnis abzuschaffen oder Dummheiten zu betreiben, drücken möchte kann eigentlich nicht dem Bündnis Gefolge leisten wollen, auch wenn in zwei weiteren Pamphleten in Zukunft noch mehr erklärt werden wird. Damit wird also trotz des fehlenden theoretischen Apparats, ein identitäres und theoretisches Einverständnis verlangt, auf dessen Grundlage dann erst »linksradikale Politik überregional [...]Handlungsfähig« (uG, 7) gemacht werden soll.

Da macht es sich das Comité invisible wesentlich einfacher. Weil dort wie oben kurz erläutert lediglich die andauernde Krise attestiert wird, braucht sich das revolutionäre Subjekt nicht mit einer bestimmten Konkurrenz-Theorie oder einer bestimmten Generalthese zu identifizieren. Es braucht lediglich unabhängig von Partei und Gruppierung zu sabotieren, blockieren und destabilisieren. Und diese revolutionäre Intervention wird beim Comité invisible dem revolutionären Subjekt sehr leicht gemacht. Hierin liegt ein weiterer Aspekt der wohl das große Aufsehen von »L'Insurrection qui vient« erklärt. Es wird nach den ersten sieben Bezirken in denen die Krise in allen Sphären der Welt identifiziert wird so etwas wie eine Anleitung zur Revolution vorgelegt. Sowohl die Sabotage der Verkehrsknoten als auch die Vorbereitung auf die bevorstehenden Ausnahmesituationen mittels Wissen um die autonome kommunale Organisation von Suppenküchen werden bei dieser Anleitung berücksichtigt. Demgegenüber fällt dann auch ganz geschwind auf, dass es *uG* bei all der (fehlenden)Theorie letztlich versäumt zu erklären wie das kapitalistische Konkurrenzverhältnis jetzt denn genau abgeschafft werden soll. Es geht eben nur nicht mit Pragmatik, irgendwie dann aber auch nicht mit pragmatischer Sabotage.

diskus_red

320

iz3w

Die Zukunft im Nacken – Was bewegt Zentralamerika?

Außerdem: ▸ Linke in Lateinamerika ▸ Labiler Frieden in Nepal ▸ Gewalt in Kirgistan ▸ Orchester in Kinshasa ▸ Israelkritik in der Türkei... *52 Seiten, € 5,30 + Porto*

iz3w · *PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org*

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Grand Hotel Abgrund

Wenn sich sechs Jahre nach Auflösung der *Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation* endlich wieder ein bundesweiter Zusammenschluss linksradikaler Gruppen gründet, der das Logo der *Antifaschistischen Aktion* selbstbewusst im Label trägt, dann ist das eine begrüßenswerte Angelegenheit. Zudem ist es interessant, da sich auch einiges getan haben muss in Hinblick auf Auseinandersetzungen um das zu verfolgende Politikkonzept, waren die vergangenen Jahre doch eine Zeit der Neufindung, nachdem Schröders Propagierung eines ›Aufstands der Anständigen‹ im Herbst 2000 weite Teile der autonomen Antifa in eine tiefe Sinnkrise stürzte. Zugleich begann die in den 1990ern begonnene Kritik an traditionslinken Gewissheiten sich langsam in breitere Kreise durchzusetzen. Die dramatisch veränderten Verhältnisse der Welt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kamen nun auch bei den Autonomen an. In Auseinandersetzungen um linken Antisemitismus, jener linke Israelhass der mit einer ›Kapitalismuskritik‹ Hand in Hand geht, die sich im Grunde nur an Erscheinungen der kapitalistischen Welt abarbeitet und ein asketisches Leben jenseits kapitalistischen Konsums‹ propagiert, hat sich in dieser Zeit eine antifaschistisch ausgerichtete Subkultur herausgebildet, die mit eben jenen traditionslinken Vorstellungen nur noch wenig gemein zu haben scheint. Eine neue Generation undogmatischer Kommunist_innen, die der deutschen Nation grundlegend ablehnend gegenüber stehen, scheint zunehmend die (post)autonome Szene zu bestimmen.

Tatsächlich hat man in dieser gerne als ›Popantifa‹ gelabelten Szene mit allerlei linken Unsinnigkeiten abgeschlossen. In Zeiten der Flexibilisierung des Selbst, wird sich in Anbetracht dessen sich abzeichnender Erschöpfung dem Genuss zugewandt, es wird mit Freuden konsumiert und Pillen schluckend auf den sich abzeichnenden Abgrund zugetanzt. Cyberpunk seems not dead und no future-attitude gehen Hand in Hand mit einem politischen Bewusstsein, dass sich gegenüber so mancher traditionslinken Einfältigkeit als geradezu aufgeräumt verhält. Doch auch wenn der alte Nichtstyle des Flohmarkt-Bundeswehrhosen-Outfits zugunsten von Markenkleidung und Style-Bewusstsein aufgegeben wurde, so ist die Identitätspolitik des Black-Block grundsätzlich beibehalten worden. Man kann den Eindruck gewinnen, dass sich in den Veränderungen der Versuch von Gesellschaftsfähigkeit ausdrückt, welche den 80er-Jahre-Autonomen am Aller-

wertesten vorbeiging, da sie sich zugleich gegen eine heute verschwundene linksliberale Öffentlichkeit wendeten (berühmt formuliert durch Slime: »ihr seid nichts als linke Spießer«). Insofern muss die politisch-kulturelle Entwicklung der postautonomen Antifa als Antwortsuchprozess verstanden werden, in dem sich die vollständige Delegitimierung sozialistischer/kommunistischer Kritik nach dem Zusammenbruch des Ostblocks als auch die neue Großmachtstellung Deutschlands und der Staatsantifaschismus widerspiegeln. Wenn mit der hier gezeichneten Skizze auch nicht mehr als wenige, selektive *spotlights* eines sehr viel umfassenderen kulturellen Panoramas eingefangen werden, so mag sie doch vielleicht den Kontext aufzeigen, der einen neuen bundesweiten Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen in Deutschland ermöglichte.

Diesen Zusammenschluss stellt das 2007 gegründete Bündnis *»...ums Ganze!« (uG)* dar, bestehend aus verschiedenen antifaschistisch und antikapitalistisch ausgerichteten Gruppierungen; der Startschuss war die Bildung eines großen sozialrevolutionären Blocks bei den Anti-G8-Protesten in Heiligendamm. Also doch bloß die alte *no-global*-Szene, nur statt Joint und Sperrmüllkombo Extasy und Kirmestechno? Zur Bestimmung einer politischen Linie hat *uG* im vergangenen Jahr ein Grundsatzpapier veröffentlicht, dass sich nicht im Sammeln kurzer Gemeinplätze erschöpft, sondern als gut 100 Seiten starke Broschüre eine theoretische Auseinandersetzung um das zu verfolgende Politikkonzept einfordert. Angesichts der traditionellen Theoriefeindlichkeit in der deutschen Linken ist dies ein durchaus ehrenwerter Anspruch, weswegen wir uns auch nicht lange haben bitten lassen, der Aufforderung zum Streit nachzukommen.

In einem Lesekreis wurde also die Broschüre Satz für Satz gelesen – und wir sind aus dem Staunen nicht mehr heraus gekommen. Schon die ersten Sätze und Kapitel sind weder als Diskussionsangebot formuliert, noch eine adäquate theoretische Auseinandersetzung: vereinfachendes Hauptwiderspruchsdenken, linke Schlussstrichrhetorik, ein unmöglicher Umgang mit Geschlechtlichkeit, Rassismus und Antisemitismus und hinter allem steckt die Konkurrenz, auf Kosten jeder Kontingenz. Mit vielem hatten wir gerechnet, aber dass so weit hinter die Einsichten und Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zurück gefallen, ja eigentlich das Rad neu zu erfinden versucht wird ohne aus alten Fehlern zu lernen, hat uns dann doch überrascht. Dass dieser Unfug innerhalb der Popantifa-Szene weitgehend unwidersprochen geschluckt wurde, ist uns letztlich ein Rätsel geblieben. Angesichts der inhaltlichen Brisanz dieses Selbstverständnisses, auf dessen Grundlage immerhin am laufenden Band bundesweit zu Demos mit beachtlichem Mobilisierungspotential aufgerufen wird, scheint ein ignoranter Umgang damit unangemessen. Unsere These und damit die allererste Kritik an der Broschüre ist, dass die Form eine Auseinandersetzung mit den Inhalten erschwert. Es ist eine begriffslose Aneinanderreihung von Setzungen, verpackt in Wortgirlanden einer Pseudodialektik, denen man kaum anders als mit gleichschwebender Aufmerksamkeit begegnen kann, denn ein klar geführtes Argument sucht man vergeblich. Insofern ist es beim ersten lesen schwierig, einen Einsatzpunkt für Kritik zu entdecken, denn einer Nichtargumentation, die sich als Argumentation ausgibt, einfach mit der Kritik, dies sei eine Nichtargumentation beikommen zu wollen, evoziert nur den Widerspruch, dies stimme ja gar nicht. Also Aussage gegen Aussage. Stattdessen muss der Text selbst zum sprechen gebracht werden, bis er seine Widersprüche und das fehlen einer Logik, ja überhaupt das Fehlen auch nur eines Begriffes selbst offenbart. Eine mühselige Arbeit, die einer wirklichen Auseinandersetzung mit der Broschüre im Sinne des Angebotes gleichberechtigten Diskutierens alles andere als entgegen kommt. Ergänzend dazu geht mit der nur schwerlich kritisierbaren inhaltlichen Belanglosigkeit eine Reklamestrategie Hand in Hand, nach der diese Komplettlösung der Praxisfrage selbstbewusst als Fackel der Aufklärung vor sich hergetragen wird. Dass es sich hierbei tatsächlich um Reklame handelt, sagen einige Gruppen des *uG*-Bündnisses auch offen: so will die Göttinger Gruppe *Redical [M]* »Werbung für den Kommunismus« oder die frankurter *autonome antifa [f]* »Marketing für das so unrealistisch wie notwendige Vorhaben [...] machen, die kapitalistische Gesellschaft endlich zu überwinden«. Auf Lesetour pilgerte *uG* als PR-Manager_in durch die Lande und versuchte ihre Antwort auf die Krise, sowohl die der radikalen Linken als auch die des Kapitalismus, an die Kundschaft zu bringen.

Die Schwierigkeit ohne eingehende Lektüre des Textes, den erläuterten Thesen ernsthafte Kritik entgegenzusetzen, wurde verstärkt durch die Form des Produktes, als ein aufwändig produziertes und vermarktetes Buch. Die äußere Form der Broschüre wird in diesem Kontext zum Komplement der autoritären Setzung von Wahrheit. Schließlich handelt es sich hier nicht um einen kurzen Abriss von Überlegungen zu den eigenen Grundsätzen politischer Arbeit, wie sie in Selbstverständnissen linksradikaler Gruppen stehen, sondern um ein ausgearbeitetes Buch, das suggeriert, dass hier eine intensive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, aber auch den Kämpfen gegen diese, stattgefunden hat und das deshalb einen Vertrauensvorschuss verdiene. Beim Lesen der Broschüre kommt allerdings eher der Eindruck auf, dass die Verheißung der Wahrheit hier zum Produkt selbst wird, welches gänzlich keinen anderen Zweck mehr hat. Zudem ist es ein Projekt gigantischen Ausmaßes, jeder Kritik kann mit dem Verweis auf die noch anstehenden 2 Bände, die das Gesamtwerk erst komplettieren sollen, ein Vertagungsargument also, geantwortet werden.

Vertagungsargumente sind allerdings nur dann unwiderlegbar, wenn es sich bei der Kritik um den Vorwurf einer Verkürzung handelt. Ein solches Argument führen wir hier nicht. Unsere Kritik richtet sich dagegen, dass das in der Broschüre vorgelegte Politikkonzept in sich grundlegend falsch ist. Es können noch so viele Ergänzungsbände publiziert werden, die Gesellschaftskritik von *uG* würde dadurch nicht richtiger werden. Der Tenor der hier veröffentlichten Texte ist

daher keineswegs, dass einzelne Sachen in der Broschüre fehlen würden, oder ›unterbelichtet‹ sind, sondern dass mit einem derartigen Analyseansatz, bei dem die kapitalistische Konkurrenz als Letztbegründung für alle gesellschaftlichen Prozesse herhalten muss, fast alles schief geht, was so schief gehen kann.

Das heißt allerdings nicht, dass unsere Texte einen gemeinsamen Ansatz verfolgen würden. Vielmehr sind sie aus sehr unterschiedlichen Perspektiven geschrieben. In wieweit diese sich vielleicht sogar gegenseitig widersprechen oder produktiv ergänzen halten wir für eine lohnende Diskussion, die bisher nicht abschließend geführt wurde und in vieler Hinsicht auch nicht im Sinne eines Abschlusses geführt werden kann. Daher kann es sein, dass unterschiedliche Argumentationen am gleichen Ausgangspunkt ansetzen, dann aber wieder auseinander treten und andere Dimensionen der begrifflichen Wüstenei offen legen. Des Weiteren fehlen auch immer noch zentrale Kritikpunkte, die uns wichtig gewesen wären, für die uns aber die Zeit fehlte: eine Kritik aus antirassistischer und postkolonialer Richtung beispielsweise, oder eine eingehendere Kritik der Rhetorik und des Gestus der Broschüre. Vieles aus unseren Diskussionen hat demnach keinen Eingang in diese *diskus*-Sonderausgabe gefunden, dennoch denken wir, dass wir wichtige und notwendige Kritikpunkte aufgeschrieben haben, die den Anspruch und Inhalt der Broschüre ernst nehmen und ihnen eigene Analysen entgegen setzen. Da allerdings einiges ohne eine Kenntnis der Broschüre wohl schwierig zu verstehen ist, kann sie hier:

http://ivi.copyriot.com/wpcontent/uploads/2010/04/staatweltmarktherrschaftderfalschenfreiheit.pdf

gelesen werden.

AK Grandhotel Abgrund am Institut für vergleichende Irrelevanz

Wie hoch ist die Zeit?

Zur Kritik einiger Aspekte der *...umsGanze!*-Broschüre

»Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr.«

MEW 23, 96, Fn 33

Im vorangestellten Zitat fasst Marx eine Kritik an bürgerlichen Ökonom_innen zusammen, die vorbürgerliche Formen von Institutionen als geschichtlich und künstlich begreifen, während die bürgerlichen als natürliche gefasst werden und vergleicht dies mit dem Umgang der Kirchenväter mit vorchristlichen Religionen: »Sie gleichen darin den Theologen, die auch zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist.« (MEW 23, 96, Fn 33) Diese Kritik steht im Zusammenhang mit der Entwicklung des Begriffs des Warenfetischismus, der bedeutet, dass dem Produkt als Ware Eigenschaften zukommen, die ihm nur in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen anhängen, aber als natürliche Eigenschaften des Dings erscheinen. Insofern behandeln die Ökonom_innen die kapitalistische Form der Produktion als Naturnotwendigkeit, indem sie ihren spezifischen gesellschaftlichen Charakter aufgrund des Fetischismus nicht erkennen. Die ideologische Behandlung geschichtlicher faits sociaux als natürlicher Grundeigenschaften menschlicher Gesellschaft ist somit nicht nur individueller Verblendung geschuldet, sondern erwächst aus den materiellen Verhältnissen selbst, die sich als verkehrt, verrückt und in gespenstischer Gegenständlichkeit präsentieren. Insofern ist dies eine Kritik an der Vorstellung einer Stillstellung der Geschichte durch die Erklärung des Bestehenden zur Natur. Die *...umsGanze*-Broschüre *(uG)* nun erklärt den Kapitalismus nicht zur Natur des Menschen, stellt aber gleichermaßen die Geschichte still, denn der entwickelte Kapitalismus wird als eine Art autopoietisches System gefasst, welches nur noch nach dem Gesetz der Konkurrenz laufen soll. Alle anderen Phänomene werden aus der Konkurrenz direkt abgeleitet, bzw. als automatisch aus der Konkurrenz folgend gesetzt. Insofern ist daher die Geschichte still gestellt, da jegliche Möglichkeit von Kontingenz ausgeschlossen wird aus der entwickelten Form. Indem dies postuliert wird, verschwindet schließlich jeglicher qualitative Unterschied zwischen kapitalistischem »Normalvollzug« und faschistischer/nationalsozialistischer Krisenlösung.

Diese erste noch behauptete aber nicht bewiesene Diagnose soll im Folgenden substanziiert werden. Im Zentrum der Kritik steht die in der Broschüre getätigte Eingemeindung von Auschwitz in den »kapitalistischen Normalvollzug«. Daher zuerst eine Kritik der Bestimmung des Normalvollzugs:

I Ausbeutung, Freiheit, Ideologie die fehlenden Grundlagen

Die Broschüre beginnt mit einer richtigen Feststellung:

»In den Jahrhunderten seiner Entfaltung hat der Kapitalismus unermesslich leistungsfähige und differenzierte Industrien hervorgebracht eine organisierte gesellschaftliche Macht gegen die Naturverfallenheit primitiver Existenz. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit sind ihre technischen Kenntnisse und produktiven Fähigkeiten derart sprunghaft gestiegen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte verfügt sie über die Mittel, um alle Menschen vor Hunger und vor den meisten Krankheiten zu schützen. Und mit jedem Tag erwirbt sie neue Fertigkeiten, die das Leben aller Menschen verlängern und verschönern könnten.« (uG, 15)

Dieses wäre der Ausgangspunkt zur Bestimmung der Freiheit, die im Untertitel der Broschüre ja einen prominenten Platz einnimmt und als Herrschaft der falschen Freiheit denunziert wird. Doch die Freiheit, die durch das Kapital gesetzt wird, ist die Freiheit vom unmittelbaren Naturzwang. Diese ist erstmals vollständig realisiert in den Produktivkräften. Für Marx bedeutete dieses Moment das Einläuten einer neuen Epoche der menschlichen Geschichte (vgl. MEW 23, 184). Genau dieses Moment der praktischen Aufklärung, eben der Befreiung der Reproduktion des eigenen Lebens aus den Fesseln einer auswendigen ersten Natur schlägt im Kapitalverhältnis um in ein Verhältnis der Fesselung der möglichen Befreiung durch die spezifischen Produktionsverhältnisse. Diese präsentieren sich als zweite Natur, als gesellschaftliche Naturgesetze, die sich den Menschen als ebenso natürlich präsentieren wie Blitz und Donner, und die ebenso im Bewusstsein erscheinen, wie durch Zeus hervorgebracht. Das Spezifische am Kapital ist nun nicht, dass es ein Herrschaftsverhältnis ist, sondern dass die unmittelbaren Produzent_innen absolut getrennt sind von den Produktionsmitteln und den Produkten. Dies bedeutet die Konstitution der gesellschaftlichen Beziehungen über den Wert als die Vermittlungsinstanz der Verhältnisse aller zum Gesamtprodukt und zu sich selbst; verdinglicht und verselbständigt im Geld prozessiert das Kapital durch die Handlungen der Einzelnen vermittelt und gegen sie. Die darin implizierte Ausbeutung hat daher spezifische Voraussetzungen, die nicht nur systematischer, sondern auch historischer ›Natur‹ sind. Jene historischen Voraussetzungen sind dabei von Kontingenz geprägt, denn beispielsweise die kontingente Gewalt der sogenannten ursprünglichen Akkumulation war weder geschichtlich notwendig noch teleologisch auf die dann geschehene Entwicklung ausgerichtet, sondern von Kämpfen und Auseinandersetzungen durchzogen, deren Ausgang von keiner Seins-Notwendigkeit determiniert war, sondern, wie allgemein gesellschaftliche Auseinandersetzungen, als potentiell Ausgangsoffen betrachtet werden müssen. Und dennoch hat die historische Kontingenz ihren Platz in der logischen Systematik bei Marx. Das heißt, dass die gesellschaftliche Form der Reichtumsproduktion notwendig systematisch kontingente Momente enthält, denn abermals beispielsweise ist die Gewalt der sogenannten ursprünglichen Akkumulation in der Konstitution des Rechtsverhältnisses aufgehoben, überwunden und bewahrt zugleich.

Dies alles übersieht *uG* und behauptet stattdessen, eine Systematik ohne Einbeziehung der spezifischen Form der Ausbeutung noch gar der historischen Kontingenz zu entwickeln.

»Produziert wird unter den Zwängen der Kapitalverwertung, unter einem System unternehmerischer und staatlicher Konkurrenz um den Reichtum der Welt.«(uG, 15)

Flugs wird die Kapitalverwertung zu einem System unternehmerischer und staatlicher Konkurrenz, aber ohne Ausbeutung und ohne Arbeiter_innen. Der systematische Sinn jener Bestimmung wird kurz darauf expliziert:

»Im Folgenden geht es also zunächst um eine allge-

meine Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staats als institutioneller Vermittlungsweise eines erneut globalisierten Kapitalismus, sowie um die Rolle, die dem Politischen dabei zukommt. Im Vordergrund stehen nicht die Exzesse dieser Gesellschaftsordnung, sondern ihre selbstverständlichen Voraussetzungen, aus denen jene Exzesse immer wieder entstehen, und die darum nicht weniger skandalös sind. Gegenstand ist die bürgerlich-demokratische *Form* der Vergesellschaftung als solche, die zugleich den Systemcharakter gesellschaftlicher Herrschaft ausmacht (uG, Kapitel 1-5), und die Kritik der Politik innerhalb dieser Formbestimmtheit (uG, Kapitel 6). Von hier aus soll begründbar werden, was an konkreten politischen Problemlagen und Ideologien eigentlich das Problem *ist*, und was nicht.« (uG, 18)

Diese Verengung des Form-Begriffs auf das vermeintlich abstrakt-allgemeine des Kapitalismus[2], ein Vorgehen, das von ihnen als Funktionsbestimmung richtig bezeichnet wird, verklärt allerdings den theoretisch interessierten Reduktionismus die reine Funktionalitätsbestimmung zur Begriffsarbeit[3]. Die Herausnahme der »Exzesse« aus der Darstellung bedeutet jedoch zugleich ihre Eingemeindung in das als abstrakt-allgemein bestimmte Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Der »Exzess« als das »Heraustretende« wird so zum besonders reinen Ausdruck der abstrakt-allgemeinen Prinzipien. Die Form der Vergesellschaftung »als solche« zu analysieren, hieße, die gesellschaftlichen Widersprüche zu benennen, die in jener Form prozessieren. Doch die Reduktion des gesellschaftlichen Widerspruchs und damit des Bewegungsprinzips kapitalistischer Vergesellschaftung auf die Konkurrenz (siehe das Zitat oben) und die Dethematisierung der Ausbeutung als auch der kapitalistischen Freiheitsantinomie eben das Kapital als realisierte Freiheit unter den Bedingungen der Unfreiheit reduziert vieles auf ein merkwürdig gefasstes Ideologieproblem. Dass sich *uG* dann noch anmaßt zu wissen, was »eigentlich das Problem *ist*« setzt dem ganzen noch ein Krönchen auf. Die Betonung des Seinszustandes des eigentlichen Problems negiert zudem den dynamischen und historischen Charakter auch kapitalistischer Vergesellschaftung und markiert die Stelle, an der *uG* die Dialektik von Statik und Dynamik von Werden und Sein nicht erfasst. So gerät die Bestimmung der Freiheit zu einem reinen Ideologieproblem, wodurch der Ideologiebegriff selbst reduziert und verballhornt wird zu dem was sich die bürgerlichen darunter vorstellen: zu einem Weltanschauungsproblem. So wird schlicht ein Begriff bürgerlicher Freiheit herangezogen, an dem der »Selbstwiderspruch« eben derselben aufgezeigt werden soll. Zunächst werden Freiheit (und Gleichheit) aus dem Grundgesetz benannt und daran kritisiert, dass dies nur eine formelle Bestimmung sei, eben dass die Personen freie und gleiche Rechtssubjekte aber ökonomisch ungleiche seien (uG, 26f). So weit, so gut, das kann so gemacht werden. Aber statt dies an materielle Bedingungen zurückzubinden, wird die bürgerliche Freiheit auf ihr Emanzipationsversprechen reduziert, welches im gesellschaftlichen Gehalt der Freiheit keine Rolle mehr spiele:

»Denn ihr wirklicher Inhalt ist nicht die solidarische Emanzipation der Menschheit von Naturzwang und gesellschaftlicher Herrschaft, sondern die Unterwerfung aller unter den unpersönlichen, systemischen Zwang kapitalistischer Verwertung. (...) So produziert die politische Ökonomie der bürgerlichen Freiheit systematisch individuelle und gesellschaftliche Ohnmacht. Das ist ihr Selbstwiderspruch den der bürgerliche Staat kraft seines Gewaltmonopols aufrecht erhält.« (uG, 29)

Durch die einseitige Verschiebung des Freiheitsbegriffs zum Selbstbegriff bürgerlicher Freiheit geht der tatsächliche gesellschaftlich-materielle Gehalt, die Potentialität der materiell realisierten Freiheit, verloren. Stattdessen wird es zum »eigentlichen Problem«, dass das Emanzipationsversprechen ja nur ein ideologisches sei, die materielle Wirklichkeit dagegen reiner Zwang. Die dialektische Bestimmung der realisierten Freiheit als Unfreiheit und die permanente Bewegung

zwischen den Extremen sowie die Vermittlung der realisierten Freiheit in der Unfreiheit werden so nicht mehr begriffen. Der Normalvollzug stellt sich dar als reines Zwang-der-Konkurrenz-System, welches sich ideologisch als Freiheit behaupte, aber mit Freiheit gar nichts am Hut habe.

II Kollektive Identitäten Subjekte als Automaten

Daher ergibt sich ein Verständnis von Ideologie als reinem Schein, als Bewusstseinsproblem. Denn wenn die materiellen Grundlagen keine Rolle spielen, kann es nur darum gehen, das Bewusstsein als Falsches zu entlarven und dem eine Wirklichkeit entgegenzuhalten. Dies erinnert an die alte und zu Recht vergessene Oberflächentheorie der *Marxistischen Gruppe*, die besagte, dass auf der gesellschaftlichen Oberfläche Gleichheit und Freiheit erscheinen, in Wirklichkeit aber alle Insassen eines Klassensystems und Material des Staates seien. Genau dieses Abschneiden des Zusammenhangs von Schein und materieller Grundlage ist ein Problem, welches sich durch die Broschüre zieht. Als Beispiel soll hier die Bestimmung kollektiver Identitäten dienen. Die Bearbeitung dessen wird zu Beginn folgendermaßen zusammengefasst:

»Den strukturellen Konflikten dieser Herrschaftsordnung entspringen immer wieder Ideologien kollektiver Identität (uG, Kapitel 14-17). Sie kreisen um Rasse, Geschlecht, Kultur und Religion, und finden ihre staatsbürgerliche Zusammenfassung im Nationalismus und Nationalsozialismus.« (uG, 19f)

Also soll gezeigt werden, dass es nicht um kollektive Identität, sondern um die Ideologien kollektiver Identität geht, die wiederum den strukturellen Konflikten entspringen (hüpf) und danach (während des Sprungs?) um »Rasse, Geschlecht, Kultur und Religion« kreisen. Während des Kreisens werden sie vom Staat eingefangen und staatsbürgerlich zusammengefasst im Nationalismus *und* (sic!) Nationalsozialismus. Was wollen die Autor_innen uns damit sagen? Aber Rätsel erhalten die Spannung, also gehen wir wie in einem Sherlok Holmes-Kindermitmachbuch zu den entsprechenden Kapiteln und hoffen der Lösung einen Schritt näher zu kommen.

Zu Beginn des Abschnitts wird auf das Kommunistische Manifest rekurriert um das Argument einzuleiten. Dort heißt es:

»Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹.« (MEW 4, 464)

»Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.« (ebd. 465) (Der Vollständigkeit halber: *uG* zitiert diesen Satz nur bis zum Wort »abgerissen«.)

Nun wird dieses Zitat mit der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 200 Jahre konfrontiert und gefolgert:

»Diese Diagnose trifft offensichtlich nicht zu, eher gilt ihr Gegenteil: Zwar hat das dynamische Kapitalverhältnis die letzten ökonomischen und kulturellen Ba-

stionen der feudalen Herrschaftsordnung zerstört. Doch das nüchterne Diktat der ›baren Zahlung‹ blieb während der gesamten bürgerlichen Epoche immer von Ideologien kollektiver Identität begleitet, die das Alltagsbewusstsein und das Selbstgefühl der meisten Menschen nachhaltig präg(t)en.« (uG, 65)

Warum die Diagnose nicht nur nicht zutrifft, sondern eher ihr Gegenteil wird nicht argumentativ belegt, sondern aus der Konfrontation mit eben der Geschichte der bürgerlichen Epoche für falsch erklärt. *uG* betätigen sich hier als Ebenenverschieber_innen. Marx und Engels bewegen sich im Manifest allerdings noch ohne entwickelten Kapitalbegriff auf der Ebene des gesellschaftlichen Verkehrs der Menschen, der hier abstrakt eben nichts anderes darstellt als ein durch Geld vermitteltes Verhältnis. Es werden also die revolu-

tionären Qualitäten der Bourgeoisie hervorgehoben, eben die mythischen Verhältnisse der unmittelbaren Herrschaft des Feudalismus aufgehoben zu haben. Dass dies nun nicht dazu geführt hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse transparenter zu machen (was Marx/Engels im Kommunistischen Manifest tatsächlich noch behaupten), sondern die Bourgeoisie, wie zu Beginn des Textes festgestellt, ihre Herrschaft naturalisiert während alle vorhergehenden Gesellschaftsformen als künstlich und falsch begriffen werden, dass also eine Fetischisierung der selbst gemachten gesellschaftlichen Verhältnisse stattfindet, ist breites Thema im Kapital. Durch die Fetischisierung gleichwohl werden die revolutionären Qualitäten gegenüber dem Feudalismus nicht vollkommen nichtig, wie es bei *uG* behauptet wird. Das Problem für *uG* ist, dass »das nüchterne Diktat der ›baren Zahlung‹ (...) immer von Ideologien kollektiver Identität« begleitet, »die das

Alltagsbewusstsein und das Selbstgefühl der meisten Menschen nachhaltig präg(t)en«. Das Verhältnis von Bewusstsein zu gesellschaftlichem Sein wird zerrissen und die Ideologie als reines Bewusstseinsproblem behandelt. Der Ebenensprung der hier vollzogen wird, ist von der Thematisierung der zweiten Natur als fetischisiertem Objekt der Wahrnehmung, von der Erscheinung der gesellschaftlichen Verhältnisse als natürlicher Eigenschaft der Dinge, unvermittelt zu wechseln zur Konstitution kollektiver Identität. Der Fetischcharakter des Kapitals, dass sich die Dinge dem Bewusstsein darstellen als unmittelbar, heißt die Wahrnehmung der Dinge selbst als vermittelte Unmittelbarkeit zu begreifen. Diese Schnittstelle von Erkenntniskritik und Gesellschaftskritik zu dethematisieren läuft bei *uG* darauf hinaus, die Materialität der Ideologie als notwendig falschem Bewusstsein ebenso zu vernachlässigen wie auch den Wahrheitsgehalt der Ideologie. »Der Schleier, der notwendig zwischen der Gesellschaft und deren Einsicht in ihr eigenes Wesen liegt, drückt zugleich kraft solcher Notwendigkeit auch dies Wesen selbst aus.« (AGS 8, 473) Das heißt, Ideologie selbst als Form der Selbständigkeit des Geistes zu begreifen, vermittelt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, und daher auch als Ausdruck der (potentiellen) Differenz von Bewusstsein und gesellschaftlichem Sein.

Ideologie als Legitimation der Gesellschaft beinhaltet daher notwendig auch Wahrheit über sie. Zugleich ist Ideologie historischen Wandlungen unterworfen. Das Verhältnis des Bewusstseins zum gesellschaftlichen Sein ist notwendig affiziert von den gesellschaftlichen Bedingungen und daher auch von den Bedingungen der Entwicklung der Legitimation des Bestehenden durch Wissenschaft und Kunst. Kultur[4] ist Ausdruck der Freiheit des Bewusstseins vom unmittelbaren Zwang zur körperlichen Arbeit und zugleich zurück gebunden an die Verfügung über fremde Arbeit. Daher ist es schlicht Unsinn, Kultur als Ideologie kollektiver Identität zu behandeln, denn in kollektive Identität Nationalismus fließen zwar kulturelle Momente ein, aber Kultur geht darin nicht auf.

Der Fehler ist sicherlich, kollektive Identitäten als Bewusstseinsproblem zu fassen und rationalistisch-funktionalistisch als Selbstzuschreibung einer Identität zur Überwindung der Ohnmacht zu begreifen. Zugleich schmeißt *uG* persönliche und kollektive Identität in einen Topf, und begreift kollektive Identität als »einen kollektiv versicherten Standpunkt persönlicher Identität, einer widerspruchsfreien Identität inmitten widersprüchlicher Zumutungen von Staat und Kapital« (uG, 67). Warum diese Identität widerspruchsfrei sein soll, erklären sie nicht. Gerade das persönliche Opfer für das Kollektiv ist inmitten der kollektiven Identität zentral: sich selbst zu opfern für das Kollektiv ist eben vielleicht Überwindung einer persönlichen Ohnmacht aber zugleich Aufgabe der persönlichen Identität.

Im Kapitel der Beschreibung des Nationalismus (uG, 74ff) stehen zwar einige richtige Feststellungen, indem z.B. gesagt wird, dass die Nation die Form ist, in der die privat Vereinzelten sich als kollektiv handlungsfähig erleben können. Aber da in keinster Weise ein Begriff des Subjekts entworfen wird, werden auch solche richtigen Aussagen tendenziell falsch. Insbesondere wird ein Automatismus entworfen, der so nicht haltbar ist:

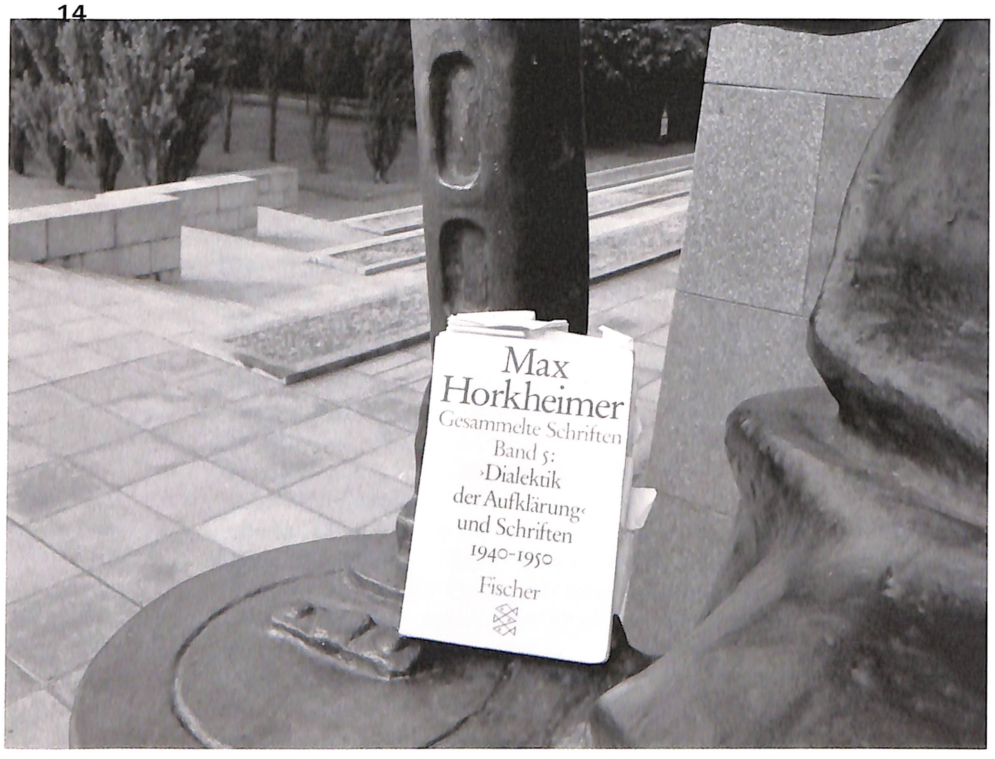
»Die Sorge um die staatlichen Reproduktionsbedingungen des Kapitals ist im entwickelten Kapitalismus eine automatische Gefühlslage der verstaatlichten Individuen.« (uG, 49)

Doch die Identifikation mit der Nation bleibt ein automatisches Bedürfnis der kapitalistisch vereinzelten Individuen.« (uG, 74f)

»Nationale Identifikation entsteht längst nicht mehr als ideologische Vision freiheitlicher Selbstermächtigung zur politischen Souveränität. Sondern als unwillkürliche Reaktion auf die grundlegenden Bedrohungslagen bürgerlicher Individualität unterm ständigen Verwertungsdruck.« (uG, 75)

»Als ideologische Reflexionsform des überdauernden und unausweichlichen Konkurrenzzwangs, unter dem bürgerliche Staaten und Individuen ihr Dasein fristen, ist auch das Gefühl nationaler Identität eine überdauernde und zwanghafte Haltung. Und analog zur ständigen Mobilisierung in der gesellschaftlichen Konkurrenz ist auch nationale Identifizierung als umfassendes und ständig erneuerungsbedürftiges System organisiert.« (uG, 76)

Das Subjekt wird zum Reiz-Reaktionsbündel degradiert und die nationale Formierung als Automatismus dargestellt. Das heißt, die gesellschaftliche Synthesis der im Kapitalverhältnis (und damit tatsächlich auch ausgedrückt in der Konkurrenz) auseinandertreibenden Gesellschaft wird als Automatismus der Ideologie der nationalen Identifikation begriffen. Wird auf diese Art die Nation als Kohäsionsfaktor theoretisiert, fällt die spezifische Form der gesellschaftlichen Synthesis über den Wert weg, die sich wiederum vermittelt als Formierung im Staat darstellt. Die Nichtbeachtung der Vermittlungen in der Synthesis negiert die dialektische Konstitution des Subjekts in der heteronom bestimmten Autonomie. Insofern verstrickt sich *uG* im letzten zitierten Satz in den Widerspruch, nationale Identität als Automatismus und zwanghafte Handlung zu betrachten, die aber ständig erneuert werden müsse. Entweder etwas folgt automatisch, oder es muss prozessierend immer wieder hergestellt werden. Dieser logische Widerspruch ist Ausdruck der Auflösung des Subjekts im Objekt in der Dethematisierung der Subjekt-Objekt-Verkehrung und der darin liegenden Konstitution des Subjekts. Und zugleich zeigt sich die Fokussierung auf die Konkurrenz mit der ihr automatisch entspringenden nationalen Identität zur Behauptung auf dem Weltmarkt als Ausgangspunkt des Zusammenfallens von bürgerlicher Gesellschaft und Faschismus in der *uG*-Theorie. Nation kann daher nicht gefasst werden als die Gesellschaft ordnende Kategorie und außerkategoriale Realität und ihre Vermittlung in der Subjektivität kapitalistisch vergesellschafteter Individuen wird vereinseitigt zu einer ausweglosen Notwendigkeit[5]. Stattdessen wäre die Abstraktifizierung zum Menschen an sich in der Konstitution der Subjektivität ernst zu nehmen, die Vermittlung des konkreten Individuums in der materiell isolationistischen Realität als abstraktem Subjekt (inklusive der damit gesetzten Dialektik von Autonomie und Heteronomie) und die Nation als Form zu begreifen, in der sich abstrakte Dimension der Subjektivität zu einem Subjekt sui generis hypostasiert (vgl. Schiller 1993, 15). Dies würde auch bedeuten, die historischen Besonderheiten der Konstitution der Nation zu berücksichtigen und damit sowohl die spezifischen Formierungsmomente zu bestimmen als auch die aufgehobene Gewalt der historischen Feindkonstruktion in dieser Formierung zu begreifen. Deshalb bleibt die Konstruktion der deutschen Nation notwendig immer verbunden mit dem Nationalsozialismus. Dieser ist nicht einfach weg, sondern die Gegenwartsgesellschaft baut darauf auf. Dass antifaschistische Gruppen sich hinstellen und sowohl die Potentialität einer Autonomie des Subjekts wie auch die spezifischen Besonderheiten der deutschen Nation leugnen, ist ein theoretischer Rückfall, der seinesgleichen sucht. Es ist die Abschaffung der Geschichte zur Installation eines Praxisprogramms, das sich aus einer Kritik, welche den Gedanken als ungegängeltem und ohne vorsätzliche Zwecksetzung als Mittel von Praxis retten möchte, nicht herleiten ließe. »Einen Ausweg könnte einzig Denken finden, und zwar eines, dem nicht vorgeschrieben wird, was herauskommen soll, wie so häufig in jenen Diskussionen, bei denen feststeht, wer recht behalten muß, und die deshalb nicht der Sache weiterhelfen, sondern unweigerlich in Taktik ausarten.« (AGS 10.2, 796)

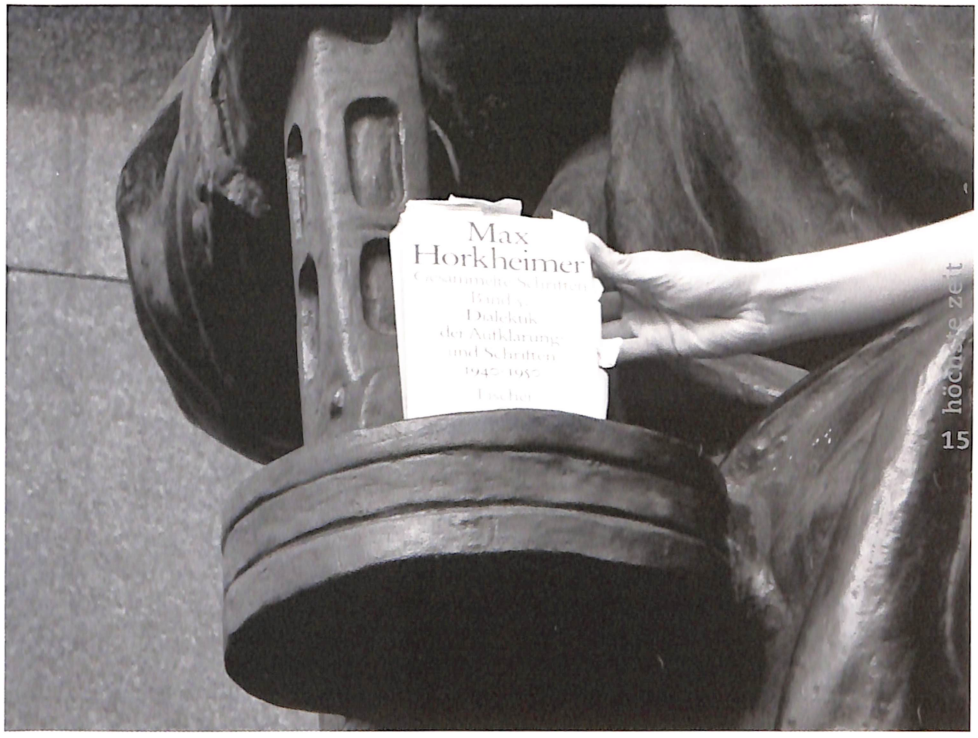


III Die Regression in den gesellschaftlichen Naturzustand oder die merkwürdige Tatsache, dass Antifa-Gruppen vom Faschismus nichts wissen.

»Massenkultur produziert ein begriffsloses Durcheinander, in dem alles allem ähnlich ist.«

Detlev Claussen

Die falsche Bestimmung der Freiheit, die reduktionistische Darstellung der Kohäsion im Staat als Automatismus der Konkurrenz sowie die Dethematisierung des Subjekts führen zu einer Angleichung von bürgerlicher Gesellschaft und Nationalsozialismus. Gleich zu Beginn der Broschüre wird eingeführt, dass die Jahrhunderte des Kapitalismus »randvoll mit organisierter Gewalt, massenhaftem Elend und einsamer Verzweiflung« (uG, 15) sind. Der Nationalsozialismus wird als Spitze »dieser zivilisierten Barbarei« bezeichnet. »Die sichtbaren Leichenhaufen der kapitalistischen Welt sind aber nur Exzesse ihrer alltäglichen Irrationalität.« (ebd.) Dies ist die Eingemeindung des Nationalsozialismus und insbesondere von Auschwitz in die ›normale‹ kapitalistische (Ir)Rationalität. Die Verwendung des Bildes der Leichenhaufen in diesem Kontext bedeutet die eindeutige assoziative Verknüpfung mit den realen Leichenhaufen der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager, denn das sind die einzigen Bilder von realen Leichenhaufen, die medial verfügbar sind; das Sterben an den europäischen Außengrenzen wird nun mal eher entbildert und unsichtbar gemacht. Daher ist die Absicht, die Bilder von ausgemergelten aufgetürmten Toten aus Bergen-Belsen, Auschwitz, Buchenwald usw. an alle Orte der Welt zu verlegen, an denen sich der Kapitalismus mal wieder exzessiv austobt. Das ist ein Spielen mit der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zur Verwischung der Differenz, die beispielsweise in der Bewachung und Abschottung einer Außengrenze und der industriellen Mordmaschine besteht.



Im genuinen Kapitel über die »Gemeinsame ideologische Basis von Nationalismus und Nationalsozialismus bzw. Faschismus« (uG, 79ff) soll eben jene Gemeinsamkeit dargestellt werden. Der Offenbarungseid beginnt mit der Feststellung:

»Die nationalsozialistische Ideologie des völkischen Nationalismus antwortete auf den Zusammenbruch des bürgerlich-liberalen Emanzipationsversprechens in der globalen Konkurrenz kapitalistischer Industriestaaten.« (uG, 79)

Schon gleich wird der Nationalsozialismus (und der völkische Nationalismus) als Ideologie beschrieben, die auf den Zusammenbruch einer anderen Ideologie (Emanzipationsversprechen) antworte. Merkwürdigerweise wird die Verwertungskrise des Kapitals als Zusammenbruch eines Versprechens gedeutet und nicht als das was es war: als gewaltsames Auseinanderbrechen der Reproduktionsmöglichkeiten von Kapital und Menschen. Zugleich wird damit negiert, dass der völkische Nationalismus nicht erst durch die Krise entstand, sondern im 19.Jahrhundert in der romantischen Bewegung[6]. Die Motive des völkischen Nationalismus werden im weiteren Verlauf des Kapitels zudem auf den phänomenologisch einigermaßen richtig gefassten Antisemitismus reduziert. Insbesondere die aus der Romantik folgenden Motive einer größeren Gemeinschaft außer der bestehenden Gesellschaft, in der erst der Mensch seine Identität finden könne, bleiben unberücksichtigt.

Weiter wird im Text fortgefahren mit der Behauptung, dass »in der nationalökonomischen Staatenkonkurrenz, und erst recht in der globalen Verwertungskrise der 30er Jahre« der »liberale Inhalt« der Bürgerrechte verlorenging. Was auch immer das für Deutschland bedeuten mag, wenn wenige Seiten später festgestellt wird, dass »das spezifische Verhältnis von Individuum und Staat, wie es sich in der preußischen Monarchie bzw. im preußisch-deutschen Kaiserreich entwickelte« (uG, 82) eine besondere historische Voraussetzung des NS war, was sich auch darin ausdrückte, dass es keinen bürgerlich-revolutionären Bruch mit der Monarchie gab und der Kapitalismus in Deutschland »immer unter der Aufsicht einer autoritären Monarchie« (ebd.) stand. Wie hat sich unter diesen Umständen ein »liberaler Inhalt« der Bürgerrechte entwickeln können, der dann plötzlich verloren

ging? Dieses ist einer der Widersprüche, die notwendig aus der dargebotenen Theorie folgen.

Da aber nun doch eine Besonderheit in der deutschen Entwicklung ausgemacht wurde, muss diese auch irgendwie ausformuliert werden:

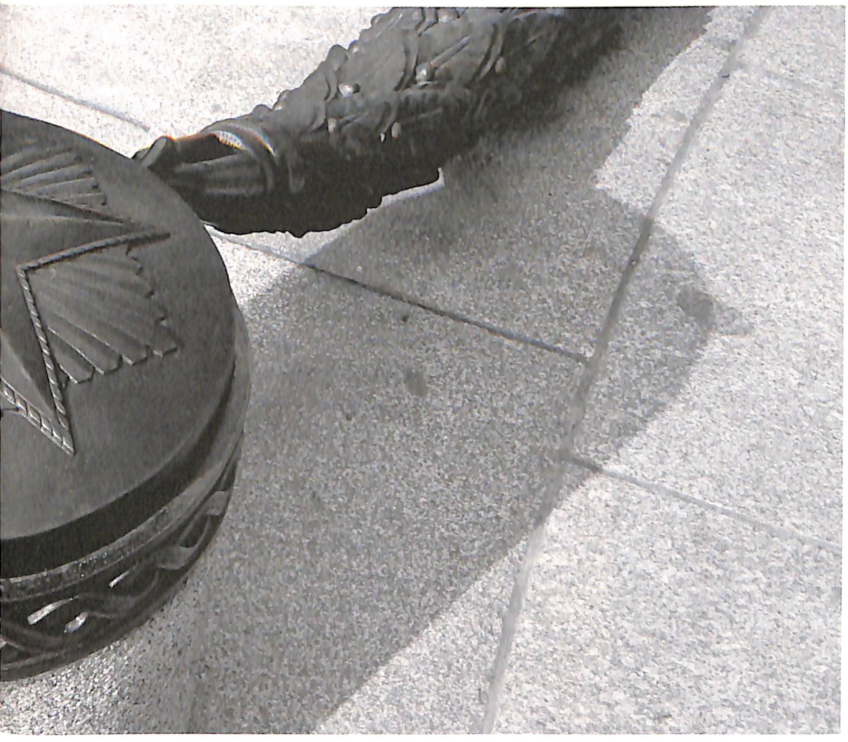
»Die Ideologie des völkischen Nationalismus spricht die Nichtigkeit des Individuums im Verwertungsprozess und seine Abhängigkeit von der staatlichen Schicksalsgemeinschaft offen aus. Doch sie verbindet dies mit dem Versprechen absolut unverbrüchlicher Solidarität und staatlich garantierter Privilegien. Wo die im Kapitalismus unausweichlich vorausgesetzte und eingeforderte ›Autonomie‹ des vertragsfähigen Individuums im täglichen Verwertungsprozess immer wieder überfordert und ökonomisch massenhaft durchgestrichen wird, entspringt nationalsozialistische Ideologie spontan als versichernde Imagination einer vorpolitischen ›Einheit‹ der Nation als Volk und Rasse als nationalsozialistische ›Volksgemeinschaft‹. Anders als der gewöhnliche staatsbürgerliche Nationalismus versprach der NS, die Windmühlenkämpfe politischer Vermittlung, den Widerstreit gesellschaftlicher Interessen ein für allemal zu beenden, und das ersehnte nationale Privileg durch Maßnahmen eines autoritären Staates durchzusetzen.« (uG, 79)

Der NS spricht also einfach nur offen aus, was der bürgerliche Nationalist denkt so kann diese Passage zusammengefasst werden. Das bürgerliche Emanzipationsversprechen wird also nur ein wenig verdreht in ein: füge dich ein und du bekommst die Privilegien in der Konkurrenz, die dir zustehen auch mit Gewalt. Nun denn, nach dieser ersten Differenzbestimmung kann fröhlich weiteres vergleichbar gemacht werden. Paradoxerweise wird dies erstmal durch die Betonung der Unterschiede bewerkstelligt:

»Die Suche nach Gründen, warum der Nationalsozialismus ausgerechnet in Deutschland zur Massenideologie wurde, grenzt oft an verständnisvolle Entschuldigung. Und auch der Vergleich des NS mit anderen Modellen staatlicher Krisenbewältigung der späten 20er Jahre hat meist entschuldigende Funktion. Denn schon der Vergleich als solcher (etwa mit dem italienischen Faschismus, mit dem amerikanischen ›New Deal‹ oder der Sowjetunion) stellt den NS vorab als Kind seiner Zeit dar, als Ausrutscher der Geschichte unter anderen. In Wahrheit kommt es auf die Unterschiede an: Nirgendwo sonst begannen Staat und Staatsbürger als reale ›Volksgemeinschaft‹ einen Raub- und Vernichtungskrieg. Und nirgendwo sonst konnte ein eliminatorischer Antisemitismus zum bejubelten Staatsprogramm werden.« (uG, 82)

Damit wird der NS zunächst als unvergleichbar aus der Geschichte herausgeholt, indem schon der Vergleich der ökonomischen Entwicklung mit denen anderer Länder als Darstellung des NS als Ausrutscher der Geschichte dargestellt wird. Gerade die Diskussionen innerhalb der kritischen Theorie (die Pollock-Neumann-Debatte, die ökonomischen Analysen Sohn-Rethels, die Diskussionen zwischen Adorno und Horkheimer) werden damit (in)direkt angegriffen und abqualifiziert. Warum aber der NS als Ausrutscher der Geschichte betrachtet wird, wenn seine ökonomischen Voraussetzungen und die durchaus als fordistisch zu beschreibenden Entwicklungen als eben Krisenlösungsentwicklung verstanden wird, die Ähnlichkeiten zu anderen Modellen aufweist, folgt nicht aus dem Text. Denn, wie richtigerweise gesagt wird, besteht die Differentia Specifica im antisemitischen Massenmord, nicht in der Durchsetzung fordistischer Modelle. Um die Spezifik nun zu bestimmen, wäre eine polit-ökonomische Analyse des NS notwendig, eine Analyse insbesondere der Rolle der Rüstungsindustrie, die zum wichtigsten Zweig der Krisenlösung aufstieg (auch hier nebenbei, gibt es eine Analogie zu den USA, deren Überwindung der Krise auch erst Ende der 30er Jahre mit dem Hochfahren der Rüstung für den Krieg begann). Hier verschränken sich allerdings antisemitischer Wahn, völkische Lebensraumvorstellungen und Krisenlösung in einer spezifischen Form politischer Herrschaft, die eben nicht einfach die Fortführung des normalbürgerlichen Konkurrenzstaates ist. Neumann versuchte dies mit dem Begriff des Behemoth zu beschreiben, dass eben der totalitäre Staat zugleich Unstaat ist, zerfallen in vier tragende Säulen, die einander bekämpfen, ihre eigene Rechtssprechung haben und direkt auf den Führer ausgerichtet sind. Das Ver-

schwinden der Schutzfunktion des Rechts, die Unmittelbarkeit staatlicher Gewalt, vor der auch die Stützen des NS nicht sicher sein konnten (siehe Röhm-Putsch) zeigen an, dass zwar weiterhin kapitalistische Produktion prozessierte, dass aber die Synthesis der Gesellschaft nicht mehr über den Wert hergestellt wurde, sondern über das antisemitische Wahnbild. Die Rüstung nahm hier eine spezifische Rolle der nationalsozialistischen Konterrevolution ein: als »ursprüngliche Akkumulation der Kapitalvernichtung« (Krahl 1977, 87). Dies als »Auflösung transzendentaler Konstitutionslogik in paranoische Projektionslogik« (ebd., 357) zu begreifen, ist der erkenntnistheoretische Ausdruck der Auflösung funktionierender gesellschaftlicher Synthesis über Wert und Staat als Formen, in denen die gesellschaftlichen Antagonismen prozessieren können, und ihrer Ersetzung durch die negative Gemeinschaft der Vernichtung. Die Setzung paranoischen Wahns als normaler Verfassung des Individuums ist daher Ausdruck der negativen Aufhebung des Kapitals auf der Grundlage des Kapitals, und bedeutet die Regression in den gesellschaftlichen Naturzustand, die fiktionale sekundäre Natur der ›Rasse‹ als gesellschaftlicher Mythos der Natur; im NS wird auf einen sekundären Naturzustand »auf der Höhe der Zeit« (der Produktivkräfte) regrediert und paranoische Projektion wird zum Tatmovens. »Die Konstitution projektiver faschistischer Erkenntnisformen ist das regressive Rückgängigmachen von Reflexion in den Umkreis der vermittelten Unmittelbarkeit des Eigentums (…)« (ebd., 359). Insofern ist es nicht falsch, Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus zu konstatieren diese liegen aber nicht in der Konkurrenz, sondern weitaus früher in der Form des Eigentums (als Form der Aneignung) und der damit einhergehenden Konstitution sowohl erkenntnis- als auch gesellschaftstheoretisch. Nur dadurch kann das spezifische Auseinandertreten begriffen als auch die Voraussetzungen für den industriellen Massenmord gefasst werden.



Wenn *uG* schreiben, dass »(d)ie Staatsunmittelbarkeit des deutschen Individuums (…) in der ökonomischen und kriegerischen Staatenkonkurrenz zu einer Kraftquelle volksgemeinschaftlicher Opferbereitschaft und Unbeugsamkeit bis zur letzten Kugel (wurde)« (uG, 83), dann ist dies eine Reduktion der Differenz auf einen Wettbewerbsvorteil in der Staatenkonkurrenz. Der Witz ist nun, dass aus der Unvergleichbarkeit dies folgt:

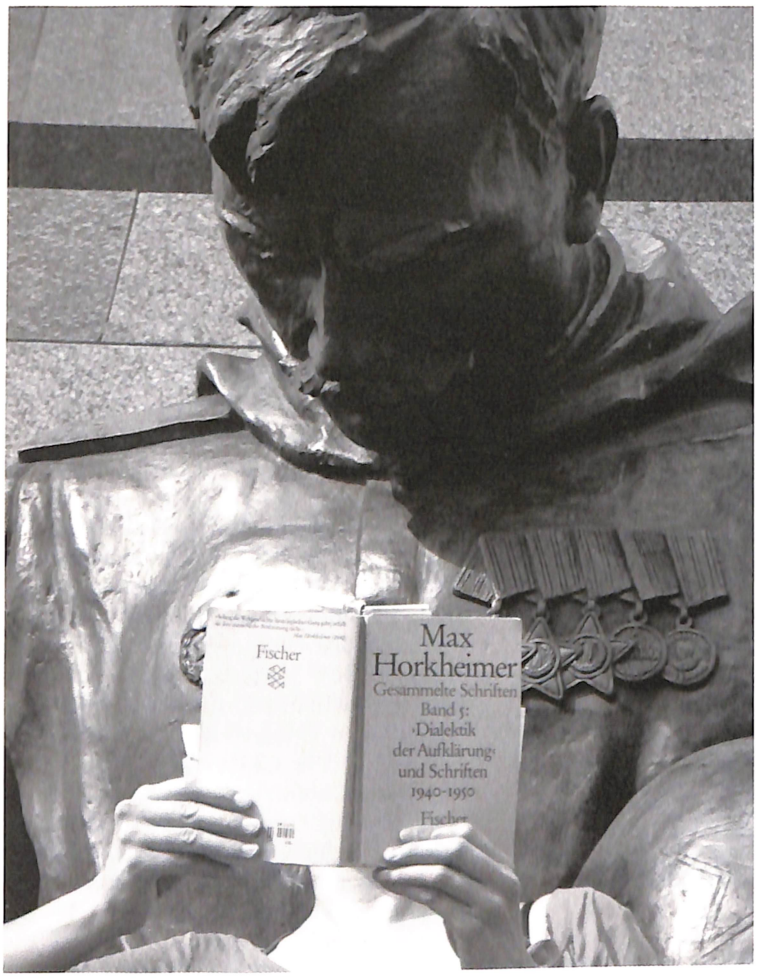
»Damit ist der NS weder erschöpfend historisch erklärt, noch ist er entschuldigt. Es sind aber wesentliche historische Bestimmungsmomente genannt, die den Nationalsozialismus mit der allgemeinen Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft verknüpfen.« (ebd.)

Interessanterweise folgt aus der spezifisch deutschen Geschichte und der Unvergleichbarkeit des NS, dass damit die Verknüpfung mit der allgemeinen Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft wesentlich(!) bestimmt sei. Dagegen hat Horkheimer schon recht früh solche seiner Auffassung nach nationalökonomischen bzw. positivistischen Denkweisen entspringenden Auffassungen kritisiert: »Deshalb sollte man auch jetzt, d.h. In der Vorgeschichte neuer Kriege, die wirtschaftlichen Gegensätze nicht mit den ökonomischen Grundlagen verwechseln. Eine Auffassung, welche Geschichte aus Konkurrenzphänomenen erklärt, ist ebenso wenig materialistisch, wie die Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung aus Angebot und Nachfrage [, diesen spezifisch nationalökonomischen Kategorien]. Diese im fachlich national-ökonomischen Sinne ›wirtschaftlichen‹ Erscheinungen festzustellen und zu ordnen, genügt keineswegs, um zum historischen Kern vorzudringen.« (Horkheimer 1934, 167) *uG*, solchermaßen gefangen in der Darstellung unverstandener Phänomene, kommen daher notwendig zu solch verquastem Kram, aus dem sie schließlich den Clou entwickeln die vollständige Eingemeindung des NS in den Normalzustand:

»Dass die nationalsozialistische Ideologie in kapitalistischer Konkurrenz und Krise gründet, bedeutet auch: Der Nationalsozialismus war kein ›Zivilisationsbruch‹, sondern Ausdruck jenes konstitutiven Selbstwiderspruchs bürgerlicher Freiheit, der auch im zivilisierten demokratischen Alltag spürbar ist. Die kritisch gemeinte Metapher des ›Zivilisationsbruchs‹ ist im

politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs der Berliner Republik selbst ein Stück Ideologie und Begriffsverweigerung. Die bürgerliche ›Zivilisation‹ ist deshalb so brüchig, weil ihre gesellschaftliche Substanz der ständige Verdrängungswettbewerb von Individuen und Staaten unterm kapitalistischen Konkurrenzzwang ist.« (uG, 83)

Damit ist der NS nichts anderes als eine vielleicht etwas extreme Form des »kapitalistischen Normalzustandes«. Die explizite Ablehnung des Begreifens von Auschwitz als ›Zivilisationsbruch‹ anstatt konkret Auschwitz zu benennen, hier den NS zu erwähnen, ist



schon Ausdruck des Unwillens, sich mit dem, was denn mit ›Zivilisationsbruch‹ umschrieben ist, zu beschäftigen, heißt nichts anderes, als sich der normalen deutschen Geschichtsschreibung einzureihen, denn dadurch wird Auschwitz zum Verschwinden gebracht. »Die massenmediale Kultur hat Auschwitz assimiliert. Das zu begreifende Unbegreifliche ist in eine banale Trivialität verwandelt worden, aus der die Menschheit Lehren ziehen soll, deren Unverbindlichkeit sich kaum verheimlichen lässt.« (Claussen 1995, 13) Diese Assimilation mitzuvollziehen und an der Stelle, an der der Begriff versagt, eine allgemeine Erklärbarkeit zu postulieren und dann auch noch die intellektuelle Unverschämtheit von sich zu geben, dass dies ja im Grunde alltäglich »spürbar« sei, ist eine Verhöhnung der Opfer in den Vernichtungslagern. Das Leiden in den Lagern ist als das Nichtkommunizierbare zu begreifen, es ist weder intellektuell nachvollziehbar noch gar sinnlich nachzuempfinden. Der Begriff des ›Zivilisationsbruchs‹ mag einerseits, soweit kann die Kritik noch nachvollzogen werden, dazu verwandt werden, dass Auschwitz zu einem unbestimmten Schrecken verklärt wird; aber in seiner kritischen Verwendung wird genau auf dieses hingewiesen. Auschwitz einfach aus dem »Selbstwiderspruch bürgerlicher Freiheit« und der »Konkurrenz« zu erklären, heißt, die konkrete Tat in den geschichtlichen Normalablauf einzuordnen. Das Grauen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern entzieht sich aber jeglicher Rationalität, jeglicher logischer Geschichte (und wenn *uG* die Konkurrenz und ihre Rationalität so in den Mittelpunkt stellen, dann ist darin, da sie ja Prozess ist, notwendigerweise eine Vorstellung von logischem Gang der Geschichte gegeben[7]). Indem hier also eine Kommensurabilisierung von Auschwitz betrieben wird, stellt sich das antifaschistische *uG*-Bündnis in eine Reihe mit der herrschenden Geschichtsschreibung und Vergangenheitspolitik und zwar in einem zentralen Moment. Die Nichtbeachtung des sekundären Antisemitismus, der einen Ausdruck genau in einer solchen Kommensurabilisierung von Auschwitz hat, ist ein Offenbarungseid für Antifaschist_innen.

Doch diese Eingemeindung von Auschwitz folgt notwendig aus der in der Broschüre entwickelten Theorie und insbesondere aus dem Automatismus des Entspringens des Nationalismus aus der Konkurrenz sowie aus der falschen Freiheitsbestimmung. Nimmt man letztere, so wie sie gegen *uG* bestimmt wurde, als in den Produktivkräften realisierte Freiheit vom Naturzwang, so wird der qualitative Umschlag in Auschwitz deutlich: die in den Produktionsmitteln und Fähigkeiten materialisierten Produktivkräfte schleppen auch in der kapitalistischen Rationalität noch die realisierte Freiheit unter Bedingungen der Unfreiheit in der Ermöglichung der Selbsterhaltung der Menschen mit. Auschwitz als »groteske arische ›antikapitalistische‹ Negation« der ›normalen‹ Fabrik (Postone 1995, 40) bedeutet die vollkommene Umkehrung des Einsatzes der Produktivkräfte zur Selbsterhaltung: die Vernichtung von Menschen als absoluter Selbstzweck. Genau hier ist das Verlassen jedweder Rationalität markiert und eben auch das begrifflich nicht mehr fassbare, denn jeder Versuch das »zu begreifende Unbegreifliche« (Claussen 1995, 13) auf die Verstehbarkeit hin aufzulösen, negiert das Moment des qualitativen Bruchs. Jegliches Denken über Auschwitz muss aber dieser Aporie des zu begreifenden Unbegreiflichen standhalten, sonst verkommt es zu affirmativem Geschwätz.

Dan Tarbow

//_noten

#1 In einer Veranstaltung zur Vorstellung der Broschüre wurde angekündigt, eine Kritik »auf der Höhe der Zeit« formulieren zu wollen. Deshalb meine Rückfrage als Titel dieses kleinen Textes.

#2 Die Fixierung auf die Konkurrenz als allgemeiner Bestimmung verbleibt auf einer Ebene, auf der vielleicht prima »Funktionsbestimmungen« gemacht werden können, verfehlt aber so einiges: »Es erscheint also in der Konkurrenz alles verkehrt. Die fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse, wie sie sich auf der Oberfläche zeigt, in ihrer realen Existenz, und daher auch in den Vorstellungen, worin die Träger und Agenten dieser Verhältnisse sich über dieselben klarzuwerden suchen, sind sehr verschieden von, und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer innern, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff.« (MEW 25, 219)

#3 Da *uG* Allgemeines in den Mittelpunkt stellen und vom Konkreten absehen, ist mit Adorno einzuwenden: »Dem Fetischismus der Fakten korrespondiert einer der objektiven Gesetze.« (AGS 8, 356)

#4 Kultur nur als Ideologie kollektiver Identität zu begreifen nimmt die Ideologie der »Leitkultur« für bare Münze und verweigert sich der kritischen Durchdringung des Problems. Dieses liegt an der falschen Freiheitsbestimmung ebenso wie am falschen Ideologiebegriff. Ähnlich verhält es sich damit, Geschlecht als kollektive Identität zu begreifen. Das fällt hinter jegliche feministische Theorie zurück, die Geschlecht als Strukturkategorie von Gesellschaft begreift. Dass es Tendenzen in der feministischen Bewegung gab, »Frau« als Identität stark zu machen, ist unbestritten. Dies gilt aber nicht für die Darstellung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse. Sie nur als Ausdruck von Verteilungskämpfen zu begreifen und darin den Benachteiligten abzusprechen, für gleiche Rechte zu kämpfen, ist zynisch und schlicht falsch. Nancy Fraser (2001, 23ff) nannte dies mal das Anerkennungs-Umverteilungs-Dilemma, womit sie die Widersprüche darstellte, in denen Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe geführt werden, ohne aber pauschal diese Kämpfe zu denunzieren. Aufzubrechen wäre tatsächlich eine Gesellschaft, in der vor jeglicher Reflexion darauf die strukturelle Zuordnung zu einem vereindeutigtem Geschlecht grundlegender Zwang ist. Der neugeborene Mensch identifiziert sich relativ selten selbst als »Mann« oder »Frau«, dies wird in der Regel von gesellschaftlichen Instanzen übernommen. Dass dieses Geschlechterverhältnis mit einer spezifischen Sexualität(svorstellung) überhaupt erst gewaltsam durchgesetzt werden musste, indem Abweichungen drastischen Bestrafungen unterworfen wurden, sollten die *uG*-Leute mal in den entsprechenden Büchern nachlesen.

#5 Wie die *uG*-Leute es dann schaffen, sich selbst dem Automatismus zu entziehen und die Nation zu kritisieren, bleibt ihr Geheimnis. Dies kann aus ihrer dargelegten Position nicht begründet werden. Die einzige Möglichkeit ist, dass sie irgendwie eine Position außerhalb des Beschriebenen erreicht haben. Dies ist allerdings nur durch einen mystischen Sprung möglich.

#6 Zur völkischen Bewegung und ihrem Verhältnis zur Romantik vgl. Mosse 1991.

#7 Dies scheint ein Widerspruch zur anfangs gemachten Bestimmung der Stillstellung der Geschichte in der *uG*-Broschüre zu sein. Dieses Paradoxon, Vorstellung eines logischen Gangs der Geschichte implizit im Gang der Konkurrenz haben zu müssen, gleichzeitig aber die Geschichte stillzustellen, wurzelt im Nichtbegreifen der Dialektik von Werden und Sein des Kapitals sowie der Negation der Kontingenz.

//_txt

Adorno, Theodor W. 1968: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, in: ders. Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt, S. 354-370

Adorno, Theodor W. 1954: Beitrag zur Ideologienlehre, in: ders.: Gesammelte Schriften Bd.8, Frankfurt, S.457-477

Adorno, Theodor W. : Resignation, in: ders.: Gesammelte Schriften Bd. 10.2, S.794-799

Claussen, Detlev 1995: Die Banalisierung des Bösen. Über Auschwitz, Alltagsreligion und Gesellschaftstheorie, in: Michael Werz (Hrsg.): Antisemitismus und Gesellschaft, Frankfurt am Main, S.13-28

Fraser, Nancy 2001: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt am Main

Horkheimer, Max 1934: Brief an Erich Fromm 24.Juli 1934, in: ders. 1995: Gesammelte Schriften Band 15, Frankfurt, S.163-171

Krahl, Hans-Jürgen 1977: Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt

Marx, Karl/Friedrich Engels 1848: Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4

Marx, Karl 1998: Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Bd.1, in: MEW 23, Berlin

Marx, Karl 1983: Das Kapital. Bd.3, in: MEW 25, Berlin

Mosse, George L. 1991: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main

Postone, Moishe 1995: Nationalsozialismus und Antisemitismus, ein theoretischer Versuch, in: M. Werz (Hrsg.): Antisemitismus und Gesellschaft, Frankfurt

Schiller, Hans-Ernst 1993: An unsichtbarer Kette. Stationen Kritischer Theorie, Lüneburg

umsGanze 2009: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs, o.O.

Feministische Unterbrechungen

Dieser Text versucht auf Grundlage der Broschüre »Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit« des *...ums Ganze!* Bündnisses das Nachdenken über den Zusammenhang verschiedener Ausbeutungs- bzw. Herrschaftsmechanismen anzuregen. Da beim Lesen der Broschüre der Eindruck entsteht, dass das Ganze, um das es hier gehen soll, nur sehr reduktionistisch auf Teilbereiche kapitalistischer Ökonomie zugespitzt ist, scheint es notwendig zu sein, einige Grundlagendiskussionen der Linken zu betrachten, in deren Überlegungen diese Form des Ökonomismus schon überwunden war.

Dieser Text kann es nicht leisten all die Auslassungen nachzuholen, die der *...ums Ganze!* Text macht, ich beschränke mich deshalb im Folgenden auf eine Skizzierung antikapitalistischer-feministischer Debatten, die eine Theoretisierung des Zusammenhangs von Kapitalismus und hierarchischen Geschlechterverhältnissen nicht nur auf der konkreten Ebene alltäglicher Herrschaftserfahrung versuchen, sondern in der abstrakten Bestimmung der Funktionsweise kapitalistischer Herrschaft.

Die Broschüre, die uG im letzten Jahr veröffentlichte, formuliert den Anspruch eine Diskussion über die theoretischen Grundlagen linker Praxis zu eröffnen. Der Beitrag der Broschüre dreht sich dabei in erster Linie um das Verhältnis von Staat und Kapital, weitere Broschüren sollen noch folgen. Auch wenn der Staat im Zentrum steht, werden aber bereits viele Überlegungen zu anderen Themenfeldern andiskutiert, insbesondere zu den »allgemeingültigen« Logiken des Kapitalismus. An diesem Punkt möchte ich beginnen meine Kritik zu entwickeln.

Im Vorwort ihres Textes formulieren *...ums Ganze!*:

»Offenbar ist nicht nur an dieser Gesellschaftsordnung etwas verkehrt, sondern auch an ihren Begriffen. Deshalb ist radikale Gesellschaftskritik nicht ohne theoretische Auseinandersetzung zu haben. Nicht ohne eine Kritik der Basiskategorien, in denen sich die bürgerliche Gesellschaft im Alltagsbewusstsein darstellt. [...] Es geht in unserer Darstellung also wesentlich um den Systemcharakter von Herrschaft und Ausbeutung, die sich aus der Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ergeben. Diese Struktur ist nicht vom Himmel gefallen, und sie folgt auch keinem Masterplan. Dennoch lässt sich Allgemeingültiges über sie sagen.« (uG, S.7)

Leider wird diesem Anspruch im weiteren Verlauf des Textes keineswegs entsprochen. Unter Ausblendung sämtlicher Auseinandersetzungen und Diskussionen der Linken der letzten 40 Jahre wird hier eine Theorie kapitalistischer Gesellschaft entworfen, die so reduktionistisch argumentiert, dass es fast schwierig wird sie zu kritisieren. Denn obwohl das *...ums Ganze!* Bündnis hauptsächlich aus postautonomen Antifa Gruppen besteht, scheint es notwendig zu sein, selbst auf die Grundlagen zu verweisen, die bereits mehr oder weniger Konsens innerhalb der autonomen Linken waren.

Dieses Problem beginnt bereits bei der Bestimmung des »Allgemeingültigen«, das sich über die kapitalistische Gesellschaft aussagen lässt. Denn das »Allgemeingültige«, welches in dieser Broschüre herausgearbeitet wird, konzentriert sich hauptsächlich auf den Begriff der Konkurrenz.

Obwohl im vorangegangen Zitat noch darauf verwiesen wird, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht vom Himmel gefallen ist, wird der historischen Entstehung und Entwicklung wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Lediglich die Gleichzeitigkeit der Entwicklung von kapitalistischer Produktionsweise und bürgerlichem Staat findet im Text Beachtung. Wobei die Rolle des Staates für die Regulation und Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft auf das Recht an Eigentum und die Absicherung der Konkurrenzverhältnisse verkürzt wird.

Auch auf eine kritische Befragung der Begriffe der bürgerlichen Gesellschaft wartet mensch beim Lesen des Textes vergeblich.

Im Folgenden möchte ich die theoretischen Annahmen der Broschüre mit feministischen Argumenten zum Verhältnis von Kapitalismus und Geschlecht, oder Patriarchat, konfrontieren.

Eine Kritik sozialistischer Feministinnen an marxistischen Theorien war stets, dass die Frage der Unterdrückung von Frauen oft hauptsächlich als ideologisches Problem entworfen wird; Frauenunterdrückung scheint ein Überbleibsel präkapitalistischer Gesellschaft zu sein und zeigt sich vor allem in der Familie.[1] Die ökonomische oder materielle Seite des Geschlechterverhältnisses wird nicht systematisch mitgedacht. Diese Kritik trifft auch auf die Analyse, die in der UG Broschüre entworfen wird, zu. Geschlecht kommt hier als Kategorie nur im Zusammenhang des Problems »kollektiver Identitäten« vor. Somit wird der Kategorie Geschlecht nicht zugestanden, die Gesellschaft unter kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung maßgeblich zu strukturieren. Stattdessen erscheint Geschlecht nur als eine Variante der Ideologie kollektiver Identität, zu der neben Geschlecht noch »Rasse«, Kultur und Religion gezählt wird. Soweit mensch auch auf den ersten Blick begrüßen sollte, dass mittlerweile der fiktive Charakter von Zweigeschlechtlichkeit in der Linken angekommen zu sein scheint, ist diese Analyse jedoch nicht in der Lage die spezifische Materialität der Kategorie Geschlecht in ihren verschiedenen Dimensionen zu erfassen.[2] Die eigenständige Dynamik, die dem hierarchischen Geschlechterverhältnis als Herrschaftsstruktur innewohnt, ihre gesellschaftlichen Legitimationserzählungen, aber auch die Wandlungen, die sich innerhalb der Kategorien »Mann« und »Frau« vollzogen haben, werden in der Analyse des Ganzen gar nicht berücksichtigt. Stattdessen werden vergangene Kämpfe auch feministischer Aktivist_innen als Dummheit (vgl. UG S.18) diskreditiert und ihnen wird jegliches emanzipatorische Potenzial versagt, wenn sie um Gleichberechtigung, Anerkennung und für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation kämpfen.

»Die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Verdrängungswettbewerb läuft auf eine Verschiebung seiner Opfergruppen hinaus. Wen an der Sortierung in Unten und Oben nur die ungleiche Repräsentation im Oben stört, der muss sich eben »als Frau«, »als Migrant« oder als »Proletarierkind« nach oben buckeln und treten.« (UG S.28)

Das Problem des Textes besteht aber nicht nur auf der Ebene der Diskreditierung vergangener Kämpfe, sondern beginnt bereits in allgemeinen theoretischen Ausgangspositionen, die ich im Folgenden näher bestimmen und in feministischer Perspektive kritisieren möchte. Auch wenn die Diskussionen, die ich hier darstelle, teilweise veraltet erscheinen, ist eine Auseinandersetzung mit den Theoretisierungen eines marxistisch geprägten Feminismus unverzichtbar, da in ihm wichtige Kritikpunkte an den Auslassungen marxistischer Theorie formuliert werden. Weiterführende Diskussionen über beispielsweise Schwächen der verschiedenen feministischen Ansätze aus einer emanzipativen Position heraus wären zwar notwendig, allerdings können diese Diskussionen nur auf der Grundlage der Erkenntnisse feministischer Debatten geführt werden. Da die Broschüre eine von mir bereits häufiger in der Linken beobachtete Ignoranz gegenüber feministischer Theoriebildung aufweist, möchte ich bestimmte Aspekte noch mal ins Bewusstsein rufen, auf deren Grundlage eine Grundsatzdiskussion zu führen sein könnte.

What it's all about

In ihrer Bestimmung der allgemeingültigen Gesetze oder Logiken des Kapitalismus stellen ...ums Ganze! den Begriff der Konkurrenz ins Zentrum. Dies hat weitreichende Konsequenzen für ihre Analyse, da sie durch die Beschränkung ihres Blickes auf Konkurrenz nicht in der Lage sind, danach zu fragen, welche Erfahrungen von unterschiedlichen Gruppen oder Klassen unter der Herrschaft des Kapitals gemacht werden, und welche differenten Lebensbedingungen im Kapitalismus geschaffen werden. Die Perspektive der Konkurrenz und des Verwertungszwangs bei UG führt zu einer Vereinheitlichung unterschiedlichster Positionen und negiert bestehende Konfliktlinien.

»In entwickelten kapitalistischen Ökonomien ist den Menschen ihr Dasein als Privateigentümer und Konkurrenten zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden. Egal ob sie ihren Lebensunterhalt als Lohnabhängige verdienen müssen, als unternehmerisch ›Selbständige‹, als Manager oder in irgendei-

ner scheinselbständig-prekären Hybridgestalt: stets stehen sie in Konkurrenz mit ihresgleichen - um Arbeitsplätze und Beförderungen, um Aufträge und Profite, um Gewinnanteile und Wachstumsraten. Und diese Konkurrenz wird im Kapitalismus niemals enden.«(uG, S.16)

Mit der Fokussierung auf Konkurrenz beschränken uG ihre Kritik am Kapitalismus auf einen Teilbereich der Produktion, wobei sie nicht einmal den klassischen Kritikpunkt marxistischer Theorie, nämlich den des Klassenantagonismus, theoretisieren. Etwas später schreiben sie:

»Auch die Kapitalisten sind durch das Band der Konkurrenz dazu verdammt, Profit zu machen oder unterzugehen. Trug ist der Sachzwang der Konkurrenz aber, weil er nur in einer historisch spezifischen Form der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion entsteht. Als ›Naturgesetz‹ wirken Konkurrenz und Verwertungszwang nur in Gesellschaften, in denen eine kapitalistische Produktionsweise herrscht, in der also die Menschen ihr Auskommen und Überleben jederzeit im ökonomischen Wettstreit gegeneinander produzieren müssen.« (uG, S.20)

Wie ich auch noch mal an späterer Stelle zeigen werde, meinen uG in der Regel nur Männer, wenn sie von Menschen sprechen. In den vorangegangen Zitaten geht es ihnen immerhin nicht um eine Bestimmung eines historisch spezifischen Moments innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, in dem diese Aussagen wahr wären, sondern um eine Bestimmung allgemeingültiger Logiken des Kapitalismus. Dass feministische Belange insbesondere in Theorien, die sich vornehmen alles zu erklären, keine allzu große Rolle spielen, ist schon häufig von Feministinnen kritisiert worden. Eine derartige Nichtberücksichtigung in der Theorie eines Bündnisses aus diversen sich als linksradikal verstehenden Gruppen ist jedoch eine bodenlose Unverschämtheit. Schließlich reicht es aus, sich die letzten 70 Jahre kapitalistischer Gesellschaften anzuschauen, um festzustellen, dass Frauen in der Entwicklung kapitalistischer Ökonomien immer wieder von der Produktion ausgeschlossen waren. In Deutschland sind Frauen zum Beispiel erst seit dem Inkrafttreten des Gleichberechtigungsgesetzes am 01.07.1958 berechtigt erwerbstätig zu sein, jedoch nur wenn Ehemann und Kinder durch die Arbeit nicht vernachlässigt werden. Zuvor konnten Ehemänner ihren Frauen verbieten arbeiten zu gehen. Hier zeigt sich, dass die allgemeingültige Aussage, dass »die Menschen ihr Auskommen und Überleben jederzeit im ökonomischen Wettstreit gegeneinander produzieren müssen« schlichtweg falsch ist.

Wenn die Beschreibung und Analyse des Kapitalismus, wie sie von uG gemacht wird, aus feministischer Perspektive nicht haltbar ist, stellt sich die Frage, wie Kapitalismus theoretisiert werden kann unter Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse. Dieser Frage haben sich zahlreiche sozialistische Feministinnen gestellt, einige Punkte der Diskussion möchte ich im Folgenden darstellen.

Kapitalismus und hierarchische Geschlechterverhältnisse

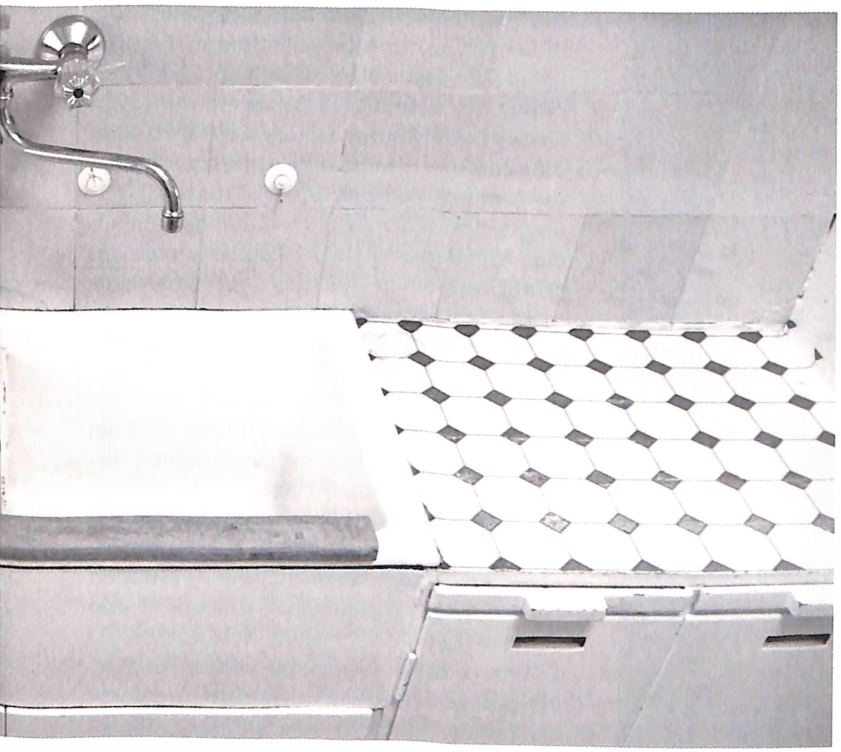
Für das Verständnis des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und hierarchischen Geschlechterverhältnissen spielt der Begriff der geschlechtlichen Arbeitsteilung eine zentrale Rolle. Die Auseinandersetzung mit geschlechtlicher Arbeitsteilung nahm sowohl in der politischen Praxis der 1970er Jahre als auch in den theoretisch-akademischen Diskussionen in der Entstehung der Frauenforschung einen großen Raum ein. Im Vordergrund stand hierbei die von Frauen geleistete Arbeit, sowohl die reproduktive, unbezahlte, als auch die Lohnarbeit, und die Analyse ihrer Bedeutung für die Reproduktion gesellschaftlicher Ausbeutungsverhältnisse.

In Auseinandersetzung mit den Klassikern der marxistischen Theorie wurde festgestellt, dass die Kategorien des Marxismus geschlechtsblind seien. Da eine Auseinandersetzung mit der Sphäre der Reproduktion weitestgehend nicht vorhanden ist, stellte sich die Frage, wie marxistische Kategorien in feministischer Perspektive erweitert und umformuliert werden können.

In dem Bemühen eine materialistische Theorie des Geschlechterverhältnisses zu entwerfen wurde vor allem auf frühe Schriften des Marxismus Bezug ge-

nommen. Zentral für viele feministische Arbeiten wurde das folgende Zitat von Engels.

»Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andrerseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andrerseits der Familie.« (MEW 21, S 27f.)



Dieses Zitat aus dem Vorwort zum Ursprung der Familie gilt vielen sozialistischen Feministinnen als Ausgangspunkt, um feministische und marxistische Theorie zu verknüpfen. Da das Zitat der Familie für die gesamte soziale Reproduktion der Verhältnisse eine ebenso zentrale Bedeutung wie der Produktion von Waren einräumt, kann von hier aus eine materialistische Theorie entwickelt werden, die das hierarchische Geschlechterverhältnis als einen zentralen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen kann. Der Begriff der Produktion umfasst hier nicht nur die Produktion von Waren, sondern auch die Produktion in der Familie, die Produktion von Menschen, nicht nur im biologischen Sinne der Reproduktion der Gattung, sondern im sozialen Sinn der Produktion von Gesellschaftsmitgliedern.[3] Geschlechtliche Arbeitsteilung wird hier also zu einem zentralen Moment gesellschaftlicher Ordnung, auch sie bedingt wie "die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben«.

Lohn für Hausarbeit - die feministische Hausarbeitsdebatte

Eine der breitesten Debatten innerhalb des marxistischen Feminismus waren die »Lohn für Hausarbeit« Kampagnen, die in den 70ern in vielen westlichen Ländern stattfanden. Die Kampagnen waren ein Versuch antisexistische mit antikapitalistischen Kämpfen zu verbinden. Die Verbindung wurde vor allem auf der Ebene gesucht, die engen Relationen zwischen geschlechtlicher Arbeitsteilung im Bereich des Privaten und der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, und wie sich diese Aspekte wechselseitig bedingen, zu erkennen. Reproduktive Arbeiten wurden theoretisch als Grundlage der kapitalistischen Verhältnisse gefasst, da sie die männliche Arbeitskraft erst hervorbringen und somit zur Reproduktion und Stabilisierung der gesamten Verhältnisse von zentraler Bedeutung sind. Die Forderung kam von italienischen Feministinnen aus dem Kontext des Operaismus. Im Zuge der Kämpfe um einen Mindestlohn Anfang der 70er in Italien entstand die feministische »Lohn für Hausarbeit«-Bewegung. Einer der wichtigsten Texte für die Diskussion ist der erstmals 1972 veröffentlichte Text »Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft« von Mariarosa Dalla Costa. In diesem Text setzt sie sich mit der Situation der Frauen des Proletariats auseinander und argumentiert, »daß die Hausarbeit produktive Arbeit im Marxschen Sinn ist, das heißt also Arbeit, die Mehrwert produziert.«

»Bezüglich der Bestimmung der Lohnarbeit ist immer wieder behauptet worden, daß die Frau bei der Hausarbeit nicht produktiv sei. Tatsächlich trifft genau das Gegenteil zu, wenn man an die enorme Menge gesellschaftlicher Dienstleistungen denkt, die die kapitalistische Organisation in private Tätigkeit umwandelt, indem sie sie der Hausfrau aufbürdet. Die Hausarbeit ist keineswegs spezifische Frauenarbeit. Keine Frau verwirklicht sich mehr oder ermüdet weniger als ein Mann beim Waschen oder Saubermachen. Dies sind gesellschaftliche Dienstleistungen, insofern sie der Reproduktion der Arbeitskraft dienen. Und das Kapital hat eben durch die ihm eigentümliche Familienstruktur den Mann von solchen Funktionen »befreit«, um ihn vollständig »frei« zu machen für die direkte Ausbeutung - nämlich frei, genug zu verdienen, damit die Frau ihn als Arbeitskraft reproduzieren kann.« (Dalla Costa 1973)

Hausarbeit bringt nach Dalla Costa demnach auch eine Ware hervor, nämlich die Ware Arbeitskraft, somit arbeiten auch Frauen für das Kapital.

Der Versuch, die unbezahlte reproduktive Arbeit in die Begriffe der Kritik der politischen Ökonomie zu übersetzen und sie somit als wertbildend denken zu können, wurde von vielen Theoretikerinnen der Hausarbeitsdebatte geteilt. Der in der marxistischen Theorie zentrale Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, der sogenannte Hauptwiderspruch, wurde

auf den Kopf gestellt und die geschlechtliche Arbeitsteilung als zentraler Widerspruch der kapitalistischen Verhältnisse konzipiert. In diesem Sinne bildet die reproduktive, unbezahlte Arbeit der Frauen eine Art unsichtbare Basis für die gesamte Kapitalakkumulation.

Das Besondere der Hausarbeitsdebatte und ihr Verdienst für weitere feministische Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis von Kapitalismus und hierarchischen Geschlechterverhältnissen ist sicherlich, dass durch sie erst die Signifikanz der reproduktiven Arbeiten, sowohl für das Kapital als auch für die Reproduktion gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse, erfasst werden konnte. Zwar wurde häufig von anderen Feministinnen kritisiert, dass durch den Fokus auf werttheoretische Überlegungen nur das Verhältnis von Hausarbeit zum Kapital, nicht aber das Verhältnis von Frauen und Männern ausreichend theoretisiert wurde, jedoch wurde einstimmig begrüßt, dass durch die Debatte ein neues Bewusstsein über die Wichtigkeit von Hausarbeit in der Linken geschaffen wurde. Die große Popularität, die insbesondere Dalla Costas Text erreichte, hing aber nicht nur an ihren theoretischen Überlegungen, sondern auch an dem radikalen Gestus des Textes, der prinzipiell zur Verweigerung jeglicher Arbeit unter den Bedingungen des Kapitals aufrief.

»Niemand von uns glaubt daran, daß sich die Emanzipation, die Befreiung, durch die Arbeit vollzieht. Arbeit bleibt immer Arbeit - sei es im Haus oder außerhalb. Die Autonomie des Lohnarbeiters besteht darin, ein »freies Individuum" für das Kapital zu sein; dies gilt für die Frauen nicht weniger als für die Männer. Wer behauptet, daß die Befreiung der Frau der Arbeiterklasse darin liegt, eine Arbeit außerhalb des Hauses zu finden, erfaßt nur einen Teil des Problems, aber nicht seine Lösung. Die Sklaverei des Fließbands ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens.«
und weiter:

»Deshalb müssen wir die Hausarbeit als Frauenarbeit, als uns aufgezwungene Arbeit, verweigern, als Arbeit, die die Frauen niemals erfunden haben, die niemals bezahlt worden ist, die man uns unter unsinnigen Arbeitszeiten von 12 oder 13 Stunden täglich aufgezwungen hat, um uns ja den ganzen Tag an das Haus zu fesseln.

Wir müssen das Haus verlassen; wir müssen den Haushalt verweigern, weil wir uns mit den
anderen Frauen vereinigen wollen, um gegen alles anzukämpfen, was die Anwesenheit der

Frauen im Hause zur Voraussetzung hat, um uns selbst mit den Kämpfen all derer, die in Ghettos sind, zusammenzuschließen, sei es nun das Ghetto eines Kindergartens, einer Schule, eines Krankenhauses, eines Altersheims oder eines Slums. Bereits das Verlassen des Hauses ist eine Form des Kampfes, weil die gesellschaftlichen Dienstleistungen, die wir erbringen, nicht länger unter diesen Bedingungen ausgeführt und folglich alle die, die außer Haus arbeiten, fordern würden, daß die Last, die bis jetzt von uns getragen wird, genau dahin geworfen wird, wo sie hingehört - auf die Schultern des Kapitals.« (ebd.)

Das Beispiel der »Lohn für Hausarbeit« -Debatte verdeutlicht auch, inwiefern die Kritik von *...uns Ganze*

an vermeintlich staatszentrierten Forderungen politischer Bewegungen ins Leere läuft. Die Diskussion zeigt, dass trotz der konkreten Forderung die Überwindung kapitalistischer Ausbeutung stets das Ziel der radikaleren Aktivistinnen war, die Kämpfe somit einen Raum eröffnet haben, der über das Bestehende hinausweist.

Als ein weiterer Verdienst der Debatte können auch die zahlreichen feministischen Arbeiten, die versuchen die historische Spezifität der Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre in bürgerlich kapitalistischen Gesellschaften nachzuweisen, gelten. In diesen Arbeiten wird gezeigt, dass geschlechtliche Arbeitsteilung und ihre Begründung in natürlichen Differenzen der Geschlechter kein präkapitalistisches Überbleibsel ist, sondern sich erst in kapitalistischen Gesellschaften entwickelt hat.[4]

Auch der von einigen Bielefelder Entwicklungssoziologinnen entwickelte Ansatz der Subsistenzproduktion entstand im Kontext der Hausarbeitsdebatte. Mit dem Begriff der Subsistenzproduktion versuchten die Autorinnen den Radius der Debatte, der bisher auf westliche Industriestaaten begrenzt blieb, zu erweitern und die Arbeitsverhältnisse in peripheren Staaten in die feministische Debatte um Hausarbeit zu integrieren. Unter Subsistenzproduktion verstehen sie dabei alle Formen von gebrauchswertorientierter Produktion, aber auch bestimmte Teile tauschwertorientierter Produktion, z. B Prostitution, kleinbäuerliche Produktion, kleines Handwerk, oder sporadische bzw. kurzzeitige Formen von Lohnarbeit. Mit diesem weiten Begriff der Subsistenzproduktion konnte die Hausarbeit in den kapitalistischen Zentren, mit kleinbäuerlicher, handwerklicher Produktion, die eher dem Eigenbedarf dient, in beispielsweise afrikanischen Staaten in einen Zusammenhang gestellt werden. Der zentrale Widerspruch im Kapitalismus wird in dieser Perspektive im Verhältnis von Kapital zur Subsistenzarbeit gesehen. Die Ausbeutung der Subsistenzarbeit insgesamt und vor allem die Ausbeutung des »weiblichen Arbeitsvermögens« garantieren die Kapitalakkumulation und stabilisieren somit die kapitalistischen Verhältnisse. Der Ansatz bezieht sich vor allem auf Rosa Luxemburgs These der fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation.[5] Während jedoch Luxemburg davon ausgeht, dass der Kapitalismus an seine Grenzen stoßen muss, da irgendwann die ganze Welt durchkapitalisiert sei, sehen die Theoretikerinnen des Subsistenzansatzes in der Ausbeutung der Subsistenzarbeit und vor allem in der Ausbeutung des »weiblichen Arbeitsvermögens« eine unerschöpfliche Ressource.

Dieser Ansatz wurde in der radikalen Linken populär, stellte er doch eine Verbindung antisexistischer Kämpfe in den Metropolen mit den Kämpfen der von Armut am stärksten Betroffenen in den Staaten der sogenannten Dritten Welt her. In den aktuelleren Debatten um Arbeit intervenierte der Bielefelder Ansatz mit dem Begriff der Hausfrauisierung von Arbeit. (vgl. Werlhof 1983) Damit sollte der Entwicklung hin zu prekarisierten, affektiven, flexiblen Beschäftigungsverhältnissen Rechnung getragen werden. Die bisher die Hausarbeit bestimmenden Elemente würden in einer Form verallgemeinert, dass Hausarbeit zu einem Modell kapitalistischer Arbeit schlechthin werde. Die These der Hausfrauisierung der Arbeit zielt vor allem auf die Problematisierung sich verschärfender Ausbeutungsverhältnisse. Auf der anderen Seite wird allerdings im »weiblichen Arbeitsvermögen« auch die Möglichkeit von Widerstand gegen und Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung verortet (vgl. Mies 2001).[6]

Die Skizzierung der verschiedenen feministischen Ansätze und Auseinandersetzungen mit dem Komplex der geschlechtlichen Arbeitsteilung soll deutlich machen, dass eine kapitalismuskritische Perspektive Geschlechterverhältnisse nicht unberücksichtigt lassen darf. Sowohl der Versuch einer abstrakten Bestimmung der Funktionsweise des Kapitalismus, als auch die Auseinandersetzung mit den Transformationen kapitalistischer Gesellschaften, bleibt ohne die Einbeziehung der feministischen Kritiken zwangsläufig unvollständig.

Kapitalismus und Patriarchat zwei Seiten einer Medaille oder voneinander unabhängige Formen der Herrschaft?

Ich möchte im Folgenden noch eine zweite feministische Debatte kurz anreissen, die für eine Bestimmung des Verhältnisses von hierarchischen Geschlechterverhältnissen und Kapitalismus von zentraler Bedeutung war: die Patriarchatsdebatte, die hauptsächlich zu Beginn der 1980er Jahre stattfand. Ich beziehe mich hierbei vor allem auf die englischsprachige Diskussion.[7]

Die Frage danach, ob die Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung von Frauen als Frauen aus der internen Logik des Kapitalismus heraus bestimmt werden kann, oder ob sie Effekte eines zwar mit dem Kapitalismus verbundenen, aber doch unabhängigen Systems männlicher Dominanz sind, ist nicht so leicht zu beantworten. Feministische Diskussionen drehten sich immer wieder um diese Fragestellung und die verschiedenen Theoretiker_innen versuchten sich dem Problem auf unterschiedliche Weise zu nähern.

Ausgangspunkt der Debatte war vor allem der Aufsatz »The unhappy marriage of marxism and feminism: towards a more progressive union« von Heidi Hartmann. In diesem Text kritisiert Hartmann die Allianz marxistischer und feministischer Kämpfe in der Hinsicht, dass feministische Belange immer nur eine untergeordnete Rolle einnehmen. Zwar gebe es in der marxistischen Theorie vereinzelte Auseinandersetzungen mit der Stellung der Frau, jedoch werde in der Regel nicht das Verhältnis von Frauen und Männern theoretisiert, sondern nur das Verhältnis von Frauen zur Produktion. Eine Befreiung der Frauen sei in dieser Analyse nur mit einem Kampf gegen Kapital und Privateigentum zu erreichen, feministische Kämpfe werden somit unter Klassenkämpfe subsumiert. Sie kritisiert, dass die unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenswelten, die Frauen und Männer in kapitalistischen Gesellschaften machen bzw. haben, in marxistischen Theorien nicht ausreichend theoretisiert werden. Auch in den marxistisch-feministischen Diskussionen, wie der hier bereits skizzierten Hausarbeitsdebatte, stehen marxistische Fragestellungen im

Vordergrund. So werde zwar analysiert, inwiefern das Kapital von der unbezahlten Arbeit der Frauen profitiere, die Frage danach, welche Vorteile Männer durch die zahlreichen Arbeiten der Frauen im reproduktiven Bereich genießen, werde aber nicht theoretisch bearbeitet.

Gleichzeitig kritisiert Hartmann am radikalen Feminismus, dass dieser in seinen Untersuchungen der Geschichte patriarchaler Herrschaft zeitweilig ahistorisch argumentiere und durch seinen Fokus auf Bereiche wie Psychologie das Patriarchat eher als kulturelles Phänomen fasse.[8] Im weiteren Verlauf ihres Textes versucht sie, Marxismus und radikalen Feminismus zu verbinden und eine materialistische Theorie der Geschlechterverhältnisse zu entwickeln. Sie geht davon aus, dass Patriarchat und Kapitalismus als zwei voneinander unterschiedene Systeme gesellschaftlicher Ordnung nebeneinander Bestand haben und die Unterdrückung von Frauen in bürgerlichen Gesellschaften als Effekt sowohl kapitalistischer als auch patriarchaler Herrschaft verstanden werden muss.

Patriarchat definiert sie als »set of social relations between men, which have a material base, and which, though hierarchical, establish or create interdependence and solidarity among men that enable them to dominate women.« (Hartmann 1981, S.14) Der Begriff Patriarchat umfasst also nicht länger nur Kindererziehung und psychische Strukturen von Männlichkeit und Weiblichkeit, sondern dehnt sich auf alle sozialen Strukturen aus, die männliche Dominanz ermöglichen. Als materielle Basis des Patriarchats versteht Hartmann demnach vor allem die männliche Kontrolle über weibliche Arbeitskraft und weibliche Sexualität, die unter anderem durch die Institution der Ehe abgesichert wird.

In Anschluss an das bereits weiter vorne verwendete Engels Zitat aus dem Vorwort zum Ursprung der Familie geht Hartmann davon aus, dass für eine materialistische Analyse der Gesellschaft stets zwei Formen der Produktion untersucht werden müssen. Zum Einen die Produktion von Gütern, Waren, Nahrung etc., also die ökonomische Produktion, zum Anderen die Produktion von Menschen, wobei sie hier insbesondere Wert auf die gesellschaftliche Produktion der Geschlechter, also die Prozesse, die Frauen und Männer hervorbringen, legt. Diese verschiedenen Modi der Produktion stehen stets in einem Zusammenhang, sie bestimmen wie »die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben«. So kann nie ein reiner Kapitalismus oder ein reines Patriarchat bestehen, stets müssen beide Formen gesellschaftlicher Produktion in der Theorie bedacht werden, um ein umfassendes Verständnis von Gesellschaft erlangen zu können.9

Patriarchat und Kapitalismus haben sich in dieser Perspektive zwar historisch ineinander verwoben, es besteht jedoch keine notwendige Verknüpfung eines patriarchalen Modus der Produktion von Gesellschaftsmitgliedern und eines kapitalistischen Modus ökonomischer Produktion. Wie sich geschlechtliche Arbeitsteilung in bürgerlichen Gesellschaften entwickelt und durchgesetzt hat, verdeutlicht sowohl, wie sehr kapitalistische Ökonomie und Patriarchat miteinander verflochten sind, als auch wo das mögliche Konfliktpotenzial der verschiedenen Herrschaftssysteme liegt, da insbesondere bezüglich der Frage, wie weibliche Arbeitskraft eingesetzt wird, patriarchale und kapitalistische Interessen sich gegenüberstehen können.[10]

In Auseinandersetzung mit Hartmanns Aufsatz versucht Iris Young ihre Kritik am »dual systems approach« zu entwickeln. Sie kritisiert an Hartmanns Ansatz bereits die Metaphorik der Hochzeit von Marxismus und Feminismus, da diese Metapher suggeriert mensch könne einfach die besten Einsichten des Marxismus und des radikalen Feminismus vereinen bzw. zusammenfügen, wobei der Marxismus die Kategorien für die Analyse der Produktionssphäre bereit stelle und der Feminismus die Kategorien für die Analyse des Patriarchats. Wenn die marxistischen Kategorien »sex blind« seien, sollten feministische Kategorien der Theorie nicht einfach zugefügt werden, sondern der Feminismus solle die marxistische Theorie übernehmen und reformulieren. Young geht davon aus,

dass Patriarchat und Kapitalismus nicht als zwei voneinander unterschiedene Systeme gedacht werden können, sondern dass sie als ein System gedacht werden müssen, das maßgeblich auf der Unterdrückung von Frauen beruht. Um den patriarchalen Kapitalismus verstehen zu können, muss die Kategorie der Arbeitsteilung zum Ausgangspunkt theoretischer Überlegungen werden und nicht der Begriff der Klasse, da Arbeitsteilung viel konkreter zu fassen ist als Klasse und mit dem Begriff der Arbeitsteilung auch die Konflikte in und zwischen Klassen theoretisiert werden können. (vgl. Young 1981, S.51) Young argumentiert, dass die erste institutionalisierte Form der Arbeitsteilung die geschlechtliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern war. Aus diesem Grund ermögliche der Fokus auf Arbeitsteilung zum einen die Erfassung aller Facetten männlicher Dominanz, zum anderen die Analyse der gesamten sozialen Beziehungen einer historisch spezifischen Situation. Die Idee einer Theorie, die alles erklären und erfassen kann, scheint meiner Ansicht nach nie eine gute Idee zu sein, da sie dazu neigt verschiedene Widersprüche auf einen Nenner zu bringen. Auch Youngs Ansatz ist nicht in der Lage zu erklären, warum sich eine der bestimmenden Formen von Arbeitsteilung entlang der Achse Geschlecht entwickelt hat. Begrüßenswert an diesem Ansatz bleibt jedoch, dass er die wenig fruchtbaren Spekulationen, ob Kapitalismus auch ohne hierarchische Geschlechterverhältnisse funktionieren könnte, verwirft. Auch ihr Einsatz durch eine andere theoretische Prioritätensetzung in der marxistischen Gesellschaftskritik, feministische Belange zu einem zentralen Bestandteil sowohl der Theorie als auch der Kämpfe zu machen, ist begrüßenswert, jedoch läuft der Ansatz der »one system« Theorie Gefahr, feministische Kämpfe wieder unter dem Klassenkampf zu subsumieren.

Geschlechtliche Arbeitsteilung bei *...ums Ganze!*

Nachdem ich verschiedene feministische Diskussionen skizziert habe, möchte ich noch mal kurz auf den Text der Broschüre zurück kommen. In ihrem Kapitel zu »Ideologien kollektiver Identität« gibt es einen kurzen Abschnitt, indem sie auf die geschlechtliche Arbeitsteilung verweisen.

»Die kapitalistische Gesellschaft fußt auf einer konsequenten Trennung von Produktion (›am Arbeitsplatz‹) und Reproduktion (›zu Hause‹). Denn wesentliche Produktions- bzw. Arbeitsmittel sind für die meisten Menschen kein persönlicher oder kollektiver Besitz. Und diejenigen, die diese Mittel besitzen, arbeiten meist nicht selbst mit ihnen, sondern vernutzen daran fremde Arbeitskraft gegen einen Lohn. Mit der historischen Durchsetzung dieses Lohnarbeitsverhältnisses lösen sich zugleich traditionelle persönliche Abhängigkeitsverhältnisse auf. Die politische Steuerung der Gesellschaft wird damit zu einer eigenständigen öffentlichen Aufgaben Diese spezifische Struktur kapitalistischer Reproduktionsbeziehungen begründet eine bedeutungsvolle Trennung des Lebens in eine ›öffentliche‹ bzw. ›ökonomische‹ und eine ›häusliche‹ und insofern ›private‹ Sphäre. Entlang dieser historisch etablierten, gesellschaftlich objektiven Trennlinie entwickelte sich eine sehr grundlegende Form geschlechtlicher Arbeitsteilung, die in kapitalistischen Krisenverläufen immer wieder neu betont und variiert wurde: die Rolle des Mannes als Familienernährer, und der Frau als beseelter Hüterin von Heim und Kind. Doch beide Zuschreibungen oder ›Rollen‹ ergeben sich erst durch ideologische Vereindeutigung tatsächlicher Verteilungskonflikte. Denn die kapitalistische Produktionsweise erzeugt zugleich eine gegenläufige Tendenz. Eine Tendenz, Geschlechterrollen in Lohnabhängigkeitsverhältnissen einzuebnen: In der

bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft können Frauen durch Lohnarbeit ein Maß materieller Autonomie von Mann und Familie gewinnen, das ihnen in früheren Gesellschaften verwehrt blieb. Statische, auf persönlichen Hierarchien aufbauende Reproduktions- und Familienbeziehungen mit bindenden Traditionen und Sitten wurden durch den verallgemeinerten Verwertungszwang des Kapitals aufgebrochen, und wenigstens im Prinzip in formelle, staatlich garantierte Rechtsverhältnisse transformiert. Wo sich eine Verwertungschance eröffnet, fragt das Kapital nicht lange nach dem Geschlecht.« (uG, S.71)

Die Argumentation ergibt wenig Sinn. Zum Einen wird betont, dass die Trennung der Sphären Privat und Öffentlich eine spezifisch kapitalistische ist, geschlechtliche Arbeitsteilung sich also erst im Kapitalismus herausgebildet habe, dennoch wird gleichzeitig davon ausgegangen, dass die kapitalistische Entwicklung dazu führe, diese Trennung wieder aufzuheben und Frauen aus der Sphäre des Privaten zu befreien. Zum Anderen verwundert dieser Abschnitt, da er im Kapitel zu Ideologien kollektiver Identität auftaucht, indem wenige Seiten zuvor noch behauptet wird, dass Geschlecht als Ideologie kollektiver Identität vor allem die Funktion habe zu entschädigen gegenüber den alltäglichen Zwängen, denen die Menschen in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften ausgeliefert sind.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Debatten wird deutlich, wie wenig sich uG mit den feministischen Kritiken an marxistischen Ansätzen auseinander gesetzt haben. Dass empirisch zu beobachten ist, dass Frauen auch heute noch weniger Lohn bekommen als Männer, sie in "oberen« Positionen deutlich seltener zu finden sind und auch heute noch reproduktive Arbeiten und Kindererziehung weitestgehend in Frauenhand sind, scheinen uG in ihren theoretischen Überlegungen keinerlei Bedeutung zuzugestehen.

Existenzbedingungen und Funktionen des Staates im ...*ums Ganze!* Universum vs. Feministische Staatskritik

Kommen wir jetzt einmal zur Bestimmung des Staates, der ja wie gesagt eigentlich im Zentrum der Broschüre steht. UG verfolgen hierbei eine rein funktionale Argumentation. Sie schreiben:

»Eine dauerhafte Verwertung des privaten Reichtums als Kapital kann nur in einem gesellschaftlichen System des ›freien Warentauschs‹ gelingen, des ausschließlich ökonomischen Widerstreits der Individuen und Unternehmen. Es bedarf also einer Instanz, die außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz steht, und die die Voraussetzungen dieser Konkurrenz schützt - und zwar gegen betrügerische und gewalttätige Vorgehensweisen, die durch die kapitalistische Konkurrenz selbst motiviert werden. Diese Instanz ist der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts. Um Recht und Gesetz durchsetzen zu können, beansprucht er das Gewaltmonopol - das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen und ökonomischen bzw. institutionellen Akteuren auf seinem Territorium. [...]Eine funktionierende kapitalistische Reproduktionsweise als ganze setzt jedoch voraus, dass der ökonomische Verdrängungswettbewerb insgesamt als freie Konkurrenz nach allgemeinen Regeln ausgetragen wird. Der ökonomische Antagonismus vollzieht sich also in der Form des Vertrags zwischen formal freien und gleichen Rechtssubjekten, die sich gegenseitig als Privateigentümer anerkennen. Jedes legale Geschäft fußt auf einem solchen Vertrag. Und diesen Vertrag garantiert der bürgerliche Staat kraft seiner hoheitlichen Monopolgewalt durch ein allgemeines Recht.« (uG, S. 21)

Ich möchte jetzt gar nicht diesen Abschnitt mit allen Kritiken, die aus der Perspektive einer materialistischen Staatstheorie formuliert werden könnten, konfrontieren, jedoch will ich auf zwei Punkte hinweisen, die die feministische Staatskritik herausgearbeitet hat. Auch wenn die Auseinandersetzung mit Staat oder Staatlichkeit eher an den Rändern der feministischen Theoriebildung stattfindet, so ist eine Betrachtung der Analysen und Theoretisierungen von Staatlichkeit aus feministischer Perspektive für eine linke Kritik und Praxis unverzichtbar, wenn sie sich die Emanzipation von sämtlichen Herrschafts- und Zwangsver-

hältnissen auf die Fahnen geschrieben hat. Indem der Begriff der Konkurrenz auch hier in den Mittelpunkt gestellt wird, kann die Frage danach, wie der Staat das hierarchische Geschlechterverhältnis produziert und reproduziert, gar nicht erst gestellt werden. Wie auch in den üblichen Staatstheorien wird bei uG das strukturell männliche Konzept der Staatsbürgerschaft universalisiert, Erfahrungen von Frauen werden systematisch ausgeblendet. Da in ihren theoretischen Ausführungen zum Staat die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, die für den Liberalismus von zentraler Bedeutung ist, nicht einmal vorkommt, kann hier auch nicht eine feministische Perspektive additiv noch hinzugefügt werden.

Feministische Arbeiten zum Staat haben gezeigt, dass bereits die Begriffe des Gesellschaftsvertrags und des Gewaltmonopols in Frage zu stellen sind. Eine Aufgabe feministischer Kritik ist, die vermeintliche Geschlechtslosigkeit der Begriffe zu hinterfragen und die geschlechtsspezifischen Implikationen, die bereits in diesen Begriffen enthalten sind, zu offenbaren. Der Begriff des Gesellschaftsvertrags kommt zwar im Text der Broschüre nicht vor, die Beschreibung dessen, wie sich Konkurrenz ohne staatliche Intervention äußern würde, erinnert aber sehr stark an das Hobbes'sche Modell des Naturzustandes der Menschen.

Denn das Streben der Menschen geht nach *...ums Ganze!* »notwendig darauf, den ökonomischen Gegner nieder zu konkurrieren, und dazu alle verfügbaren Mittel zu mobilisieren. Dieser Logik des kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs entsprechend, würden sie gegenüber ihren ökonomischen Widersachern auch auf Mittel zurückgreifen, die die Konkurrenzordnung insgesamt zerstören würden: Gewalt, Täuschung, Diebstahl, Erpressung, Sabotage, üble Nachrede etc. Solche Verfahrensweisen können aber keine Regeln des Kapitalismus als gesellschaftlicher Reproduktionsordnung sein.« (ug, S.21)

Auch wenn der Begriff Gesellschaftsvertrag nicht benutzt wird, scheint er den theoretischen Überlegungen also implizit, was eine Auseinandersetzung mit ihm an dieser Stelle wichtig macht.

Die Idee des Gesellschaftsvertrags als Legitimation der herrschenden Ordnung beansprucht zwar universell zu sein, bei genauerer Auseinandersetzung mit den liberalen Theorien wird jedoch deutlich, dass dem Gesellschaftsvertrag schon immer ein Geschlechtervertrag zu Grunde lag. Der Gesellschaftsvertrag entpuppt sich als Vertrag unter Männern, der Frauen aus der Sphäre der Öffentlichkeit ausschließt. In allen bürgerlich- kapitalistischen Ländern mussten sich Frauen erst das Wahlrecht erkämpfen. Dies beweist, dass Frauen nicht schon immer Staatsbürgerinnen waren, sondern lange Zeit aus dem Begriff des Staatsbürgertums ausgeschlossen wurden.

Auch der Begriff des Gewaltmonopols zeigt sich in feministischer Perspektive als äußerst problematisch. Denn »das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen« (UG, S.21) scheint der Staat gar nicht zu beanspruchen, wenn das Geschlechterverhältnis mitgedacht wird. An diesem Punkt ist es wichtig sich die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit genauer anzugucken. Während der Staat auf der einen Seite, der Sphäre der Öffentlichkeit, Gewalt monopolisiert, wird in der Sphäre der Privatheit die Gewalt dezentralisiert, auf das männliche Familienoberhaupt übertragen. (vgl. Sauer 2003, S.6) Mechthild Rumpf spricht deshalb auch vom "Mythos des staatlichen Gewaltmonopols«.

»Der Unterwerfung der männlichen Subjekte unter eine souveräne staatliche Macht korrespondiert die Absicherung männlicher Souveränität in der häuslichen Sphäre.« (Rumpf 1995, S. 235)

Um diese These des halbierten Gewaltmonopols zu begründen genügt wieder ein Blick auf das Recht. Besonders gut verdeutlicht werden kann die These mit Blick auf die Rechtsprechung bei sexueller Gewalt in der Familie. Bis 1997 war es Frauen nicht möglich eine Vergewaltigung in der Ehe anzuzeigen.

Der zitierte Abschnitt von uG verdeutlicht, dass sie ihrem eigenen Anspruch »eine Kritik der Basiskategorien, in denen sich die bürgerliche Gesellschaft im Alltagsbewusstsein darstellt« zu formulieren, keineswegs entsprechen und wie problematisch eine fehlende Auseinandersetzung mit Begriffen sein kann. Wird

der Abschnitt in einer feministischen Perspektive interpretiert, zeigt sich mal wieder, dass Menschen hier nur Männer sein können. Eine herrschaftskritische Perspektive, die wirklich die Überwindung von Staat und Kapital zum Ziel hat, kann sich eine derart verkürzte Kritik kaum leisten. Schließlich möchte ich nicht für eine Welt kämpfen, in der sich nur die Ausbeutung von und Herrschaft über einen Teil aller Menschen erledigt hat.

Mello

//_noten

#1#So wird zum Beispiel in Engels "Ursprung der Familie" die Unterdrückung von Frauen lediglich in der bürgerlichen Familie verortet. Als Ursache für die Unterdrückung von Frauen in der bürgerlichen Familie macht er vor allem das Privateigentum aus. Das männliche Familienoberhaupt kontrolliere die weibliche Sexualität bzw. Gebährfähigkeit, um sicherzustellen, dass das Eigentum vererbt werden kann. Da proletarische Familien kein Privateigentum besitzen, wurde davon ausgegangen, dass Frauen in proletarischen Familien nicht unterdrückt seien. (vgl. auch Beer 1984, S.84)

#2#In der Broschüre wird sichtbar, was passiert, wenn die theoretische Annahme von Geschlecht als ideologischer Fiktion aus ihrem feministischen Theoriekontext entwendet wird und ohne eine Auseinandersetzung mit den Begriffen und der Bedeutung des Ansatzes in andere Ansätze hereingebastelt wird.

#3#Leider ist der Bezug auf Engels problematisch. Im weiteren Verlauf des Ursprungs der Familie wird deutlich, dass er geschlechtliche Arbeitsteilung als natürliche Arbeitsteilung wahrnimmt. (vgl. Beer 1984, S.32f)

#4# In ihrem Beitrag zur Sommeruniversität für Frauen 1976 arbeiteten Gisela Bock und Barbara Duden heraus, dass sich erst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts das Modell der bürgerlichen Kleinfamilie hegemonial durchgesetzt hat. Es stellte sich heraus, dass die strikte Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre sich in einem längeren Prozess gewaltsam auf Kosten der Frauen durchgesetzt hat.

#5# Rosa Luxemburg schreibt im Kontext ihrer Imperialismustheorie, dass der Kapitalismus "zu seiner Existenz und Fortentwicklung nichtkapitalistische Produktionsformen als Umgebung" braucht, er also darauf angewiesen sei, sich Gebiete einzuverleiben, die nicht kapitalistisch organisiert sind. (vgl. Luxemburg 1981, S. 316f)

#6#Der Bielefelder Ansatz hat selbstverständlich diverse Schwachstellen, insbesondere im positiven Bezug auf das "weibliche Arbeitsvermögen". Auch dem Begriff der "Hausfrauisierung" stehe ich eher skeptisch gegenüber, das was mit ihm in den Blick genommen werden soll, kann sicherlich mit besseren Begriffen erfasst werden. Interessant ist jedoch, dass der Ansatz Anschlusspunkte für weitere Theorien zum Wandel und zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen bietet.

#7#Hier ist vor allem das Buch "Women and Revolution. A Discussion of the unhappy marriage of marxism and feminism." von Lydia Sargent zentral, dass die feministische Diskussion um das Verhältnis von Marxismus und Feminismus dokumentiert.

#8#Einige feministische Arbeiten naturalisieren heute empirisch zu beobachtende Charaktermerkmale der Geschlechter und machen sie damit zu ahistorischen Konstanten der menschlichen Entwicklung. Männliche Dominanz wird in diesen Arbeiten zu dem bestimmenden Moment historischer Entwicklung.

#9#So kann man vom patriarchalen Feudalismus oder von patriarchalen Kapitalismus ... sprechen.

#10#Hartmann belegt diese These in einer Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Norm des Familienlohns. Sie zeigt auf, dass Frauen aus gewerkschaftlicher Organisierung ausgeschlossen waren und dass die Kämpfe für den Familienlohn und für Gesetze, zum Schutz von Frauen und Kindern, von männlichen Arbeitern vorangetrieben wurden, da die Lohnarbeit von Frauen zu einer Destabilisierung klassischer Familienbeziehungen führte. (vgl. Hartmann 1981, S. 26ff) Selbstverständlich sind insbesondere im Bereich der Erwerbstätigkeiten von Frauen gravierende Änderungen eingetreten seit dem 19. Jahrhundert. Die geschlechtliche Arbeitsteilung hat sich durch diese Änderungen allerdings nicht einfach erledigt. Der Begriff soll nämlich nicht nur auf die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre verweisen, sondern zeigt auch inwiefern sich diese Arbeitsteilung auf dem Arbeitsmarkt manifestiert. So gibt es bis heute Jobs, die als Frauenjobs gelten und auch hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, z.B. Pflegeberufe, Kindererziehung etc.. Frauenjobs sind auch heute noch schlecht bezahlt und genießen wenig Prestige.

#11#Besonders wichtig war hier das 1988 erschienene Buch "The Sexual Contract" von Carole Pateman. In Auseinandersetzung mit den klassischen Theorien des Gesellschaftsvertrags von Hobbes und Locke bis Rousseau arbeitet Pateman heraus, dass Frauen nicht als Freie und Gleiche, also als Vertragsparteien mitgedacht werden, sondern dass sie nur als Betroffene des Vertrags vorkommen. Der Gesellschaftsvertrag fußt auf einer Unterwerfung der Frauen im Bereich der Familie bzw. des Privaten bei gleichzeitiger Ausschließung von Frauen aus der Öffentlichkeit.

#12# In Deutschland können Frauen seit 1919 wählen, in Belgien, Frankreich und Italien erhalten Frauen erst in den 40ern volles Wahlrecht, in der Schweiz sogar erst 1971.

//_txt

Beer, Ursula 1984: Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung. Frankfurt am Main, New York

Bock, Gisela/ Duden, Barbara 1977: Arbeit aus Liebe - Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg) 1977: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juni 1976. Berlin

Dalla Costa, Mariarosa 1973: Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. www.klassenlos.tk/data/pdf/dalla_costa.pdf

Hartmann, Heidi 1981: The unhappy marriage of Marxism and feminism: towards a more progressive union. In: Sargent, Lydia 1981: Women and Revolution. A discussion of the unhappy marriage of Marxism and feminism. Boston

Luxemburg, Rosa 1981: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen

Erklärung des Imperialismus. In: Gesammelte Werke Band 5. Berlin

MEW 21: Engels, Friedrich 1975 (1892): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und

des Staats. Marx-Engels-Werke Bd. 21, Berlin

Mies, Maria 2001: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive. In: Knapp, Gudrun Axeli/ Wetterer, Angelika (Hg): Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster

Pateman, Carol 1988: The sexual contract. Cambridge

Rumpf, Mechthild 1995: Staatsgewalt, Nationalismus und Krieg. Ihre Bedeutung für das Geschlechterverhältnis. In: Kreisky/ Sauer (Hg) 1995: Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt am Main/New York

Sargent, Lydia (Hg) 1981: Women and Revolution. A discussion of the unhappy marriage of Marxism and feminism. Boston

Sauer, Birgit 2003: Staat, Demokratie und Geschlecht - aktuelle Debatten. www.gender- politik-online.de; http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/birgit_sauer/birgit_sauer.pdf

Young, Iris 1981: Beyond the unhappy marriage: a critique of the dual systems theory. In Sargent, Lydia: Women and Revolution

Antifaschistischer Revolutionismus.

Über den Zusammenhang des Abwendens vom Subjekt und der Verabschiedung vom Antifschismus als Handlungsmaxime linksradikaler Praxis

Die folgenden Bemühungen gehen von dem Phänomen aus, dass die bei *…ums Ganze! (uG)* organisierten Gruppierungen zwar weitgehend aus dem Spektrum des autonomen Antifaschismus hervorgegangen sind, dieser jedoch in Theorie und Praxis dieses Bündnisses nur mehr eine untergeordnete Rolle spielt. Statt sich als Kommunist_in in einer Zeit nach dem Scheitern der sozialen Revolutionen, nach der Shoah und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks grob gesagt mehr oder weniger damit zu begnügen, die Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, wird von der ›Postantifa‹ seit wenigen Jahren wieder ein Bewegungskonzept vertreten, dass trotz alledem ›aufs Ganze‹ zu gehen beansprucht. Abgewandt wurde sich dabei zuallererst von der Subjektkritik, was, wie zu zeigen sein wird, ernste Konsequenzen für die von *uG* vertretene Gesellschaftskritik insgesamt hat. Es ist eine Abwendung, die konsequent zu Gunsten der gesellschaftlichen Verhältnisse vollzogen wird, wodurch die Kritik an der »falschen Freiheit« auf die Negation einer jeden Möglichkeit von Kausalität durch Freiheit hinaus läuft. Dass dennoch im Schlusskapitel der Broschüre eine unverkennbar kantische Melodie angestimmt wird, rundet den antiaufklärerischen Charakter der Broschüre nur ab. Missliebige Widersprüche empirischer Art, die der propagierten Bewegungspolitik im Weg stehen, werden mittels eines im Baukastensystem willkürlich zusammen gepuzzelten Theoriekonstruktes einfach umgangen; wenn dabei offensichtlicher Unsinn heraus kommt, wird mit Koketterie nachgewürzt. Die nach dieser Methode ausbuchstabierte Kritik an den deutschen Zuständen, mündet in einer selbstbewusst als Fackel der Aufklärung vor sich hergetragenen Schlussstrichtheorie.

Die Deutschen als Antifas – wie soll man da noch Praxis machen?

Der Versuch einer Bestimmung von revolutionärem Antifaschismus als eigenständiges Konzept linksradikaler Praxis ist nicht neu. Bereits in der aus den späten Neunzigern stammenden Grundsatzbroschüre *Das Konzept Antifa* der *Antifaschistischen Aktion Berlin* war die Parole »Antifa ist der Kampf ums Ganze« Programm:

»Konsequenter Antifaschismus begreift […] den

Kampf gegen den Faschismus auch als Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen entsteht, faschistische Denkmuster anzunehmen [...]. Konsequenter Antifaschismus hat deshalb eine revolutionäre, antikapitalistische Ausrichtung.« (Antifaschistische Aktion Berlin, 6f)

Das Miteinbeziehen einer retrospektiven Analyse und Kritik jener gesellschaftlichen Verhältnisse, die Nationalsozialismus und Faschismus hervor brachten und die fortbestehen, war und ist eine ›konsequente‹ Weiterführung des Notwehrkonzeptes der *Antifaschistischen Aktion* aus der Spätphase der Weimarer Republik.

Neben der Untersuchung von objektiven Bedingungen impliziert eine solche Analyse auch die Berücksichtigung einer subjektzentrierten Perspektive. Denn die ›Bereitschaft der Menschen‹ für faschistische und antisemitische Propaganda (u.a.) liegt nicht in der Ideologie begründet, sondern in der Regressivität des Individuums, das auf die Ideologie abfährt, obwohl es diese doch rational als solche durchschauen könnte. Nur deshalb funktioniert der gegenwärtig von *uG* kritisierte Nationalismus als zentrales Konstrukt jenes Populismus, mittels dessen das Klasseninteresse des Kapitals weitgehend unwidersprochen Gemeinnützigkeit beanspruchen kann und auf diese Weise die in der Krise verstärkt aufscheinenden sozialen Gegensätze verschleiert werden. Ideologiekritik, die sich gegen diese falsche Identität von Subjekt und Objekt wendet, muss daher immer auch die affektive Besetzung von Ideologie, die Vermitteltheit von Heteronomie und Autonomie im Handeln der Individuen, mitreflektieren. Der Ökonomie kommt aus dieser Perspektive eine gewichtige Rolle zu, weil der Unterwerfung unters Tauschprinzip instrumentelle Beziehungen entsprechen, die als Denken in Kollektiven und Ressentiments gelingende Intersubjektivität der Tendenz nach verunmöglichen. Theodor W. Adorno fasst diesen Missstand unter dem Begriff der »Kälte, des Grundprinzips der bürgerlichen Subjektivität, ohne das Auschwitz nicht möglich gewesen wäre« (Adorno 1966b, 356). Nicht die Affekte an sich sind demnach das Problem, sondern dass sie sich ans Falsche, an Ideologien heften, die von den konkreten Emotionen abstrahieren. Nichts wäre hinsichtlich Auschwitz angemessener, als offene Empörung und Parteilichkeit für die Opfer – doch gerade daran krankt die deutsche ›Geschichtsaufarbeitung‹.

Dass die Deutschen sich dennoch seit einem guten Jahrzehnt als antifaschistisch geläuterte Aufarbeitungsweltmeister_innen inszenieren ist ein Problem, an dem das Weltbild der Autonomen scheiterte. Ansinnen der Autonomen war es, das Dasein des unter das Kapitalverhältnis subsumierten narzisstischen Sozialcharakters zu durchbrechen, indem dem Leben als entindivualisierte Arbeitsdrohne die Entwicklung eigener Konzepte von Alltag entgegengesetzt wurde. In diesem, dem narzisstischen Sozialcharakter diametral entgegengesetzten Selbstverständnis, musste die Fähigkeit zur Introspektion mittels Bekenntnis zur autonomen Gesinnung als absolut gesetzt werden. Eine von der Illusion möglicher, reiner Autonomie lebende positive Identität. Immerhin wurde durch diesen praktischen Kultus des Individuums das utopische Moment von Unmittelbarkeit und Selbstbestimmung als Idee bewahrt, es, einem verzweifelten Rettungsversuch gleich, nicht einfach aus der Verantwortlichkeit für sein Handeln entlassen. Mindestens intuitiv hatte man begriffen, dass es trotz aller konstatierbaren Entsubjektivierungstendenz in der Gesellschaft gilt, nur umso verzweifelter an der Fähigkeit des Individuums zu Kritik und Utopie festzuhalten – wie verkümmert diese auch sein mag. »Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den Kantischen Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen« (Adorno, 1966a, 93). Dass der ›bürgerlichen Kälte‹ entsprechend ein autonomes Konzept von Solidarität entgegengesetzt wurde, in dessen Zentrum der Alltag als explizit politisch verhandelt wurde, hatte so besehen durchaus aufklärerischen Charakter. Bei aller gebotenen Kritik an konkreten Positionen und Ausformungen der von den Autonomen betriebenen Politik können die im Zuge einer kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen, konkreten Lebensbedingungen entwickelten sozialen Experimente durchaus als ein progressiver und für diese Bewegung auch wesentlicher Charakterzug begriffen werden.

Dennoch ist es rückblickend nicht überraschend, dass der nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 vom Kanzler ausgerufene »Aufstand der Anständigen« die letzten historischen Ausläufer der verschworenen Gemeinschaft traditionsautonomer Antifaschist_innen auf Jahre hin nachhaltig verunsicherte. Jene Teile der Autonomen, die ihre Identität wesentlich in Abgrenzung zum Bürgertum mit seiner ›falschen Freiheit‹ begründeten, sahen sich nun von einer ordentlichen und anständigen Bürgerwehr gegen den Faschismus ihres wichtigsten Betätigungs- und Selbstbestätigungsfeldes beraubt. Wie ist damit umzugehen, dass jener, einer totalitaristischen Denke verpflichtete ›Bürger‹ plötzlich ›das Glotzen sein lässt‹ und sich in die Demo einreiht? Mit der bloßen Denunziation bürgerlicher Freiheiten als ›falsch‹ jedenfalls, ließ sich dieses Phänomen nicht angemessen begreifen. Obwohl der »Aufstand der Anständigen« hinsichtlich des seit der Annexion der DDR zu beobachtenden und bis heute andauernden kulturellen Bestrebens zur Konstruktion einer positiven, widerspruchsfreien Identität der deutschen Nation nach Auschwitz nicht mehr als eine Fußnote darstellen mag, ist dieses Ereignis daher zu einer gewichtigen Wegmarke für die Autonomen geworden. Während die antifaschistische Bürgerwehr den negativen Standortfaktor ›Stiefelnazis‹ in den Fokus nahm, verlagerte sich die Perspektive der autonomen Antifa zusehends auf die Mitte der Gesellschaft. Spätestens jetzt wurde auch der Rückgriff auf subjekttheoretische Überlegungen ein unumgängliches Scharnier, um eine angemessene Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen im Postnazismus üben zu können. Es fand damit eine theoretische Weiterentwicklung statt, über die sich von der ›reinen Autonomenlehre‹ zusehends entfernt wurde.

Der Weg aus der Krise

Seit zwei Jahren nun pilgert das *u*G-Bündnis durchs Land, um der autonomen Antifa den Weg aus ihrer Identitätskrise zu weisen. Man gefällt sich in der Rolle einer Wunderheiler_in, die mit erhobenem Zeigefinger kritisch bemerkt, dass »[h]äufig [...] viel Papier produziert [wurde], um das zu legitimieren, was man ohnehin schon politisch treibt oder treiben wollte« (uG, 105), jetzt aber sei das richtige Gegenmittel mehr oder weniger gefunden. Die ›Krise‹ der autonomen Antifa wurde dabei offenbar nicht primär als Ergebnis von Unzulänglichkeiten der theoretischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft interpretiert, sondern anhand von praktischen Gesichtspunkten. So wurde ein Weg eingeschlagen, der zwar von der als praktische Querfront empfundenen Nähe zum ›Bürgertum‹ weg führt, gleichzeitig damit aber auch dem Antifaschismus, zumindest dem nun vertretenen Selbstverständnis nach, der Rücken gekehrt.

Im Wesentlichen besteht der von *u*G angepriesene *way out* aus einer praktischen Schwerpunktverlagerung innerhalb des Politikkonzeptes der *Antifaschistischen Aktion*. Die Gewichtung soll demnach nicht länger auf einem Antifaschismus liegen, der konsequenterweise »den Kampf gegen den Faschismus auch [!] als Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen entsteht, faschistische Denkmuster anzunehmen« (Antifaschistische Aktion Berlin, 6), begreift. Stattdessen fand eine Verschiebung statt hin zu einem Bündnis, das sich genau umgekehrt aufgrund einer sozialrevolutionären Ausrichtung auch notwendig als antifaschistisch definiert:

»Das ...ums Ganze!-Bündnis wurde gegründet, um linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.« (uG, 7)

»Und für einige Bevölkerungsgruppen macht es einen Riesenunterschied, ob die regierende Sozialpolitik ›arbeitnehmerfreundlich‹ ist oder nicht. Deswegen beteiligen wir uns als Bündnis auch [!] an bestimmten sozialen Protesten oder an Aktionen gegen Nazis.« (uG, 110)

Mit diesem Richtungswechsel wurde sich von der Idee der *Antifaschistischen Aktion*, ein Bündnis für Antifaschist_innen – fernab jeder Parteizugehörigkeit oder zu leistenden Lippenbekenntnissen für den Kommunismus – zu sein, verabschiedet. Nazis bekämpft man bei *u*G nicht zuallererst, weil sie aufgrund ihrer menschenverachtenden Ideologie und dem daraus folgenden Handeln bekämpfenswert sind, sondern weil sie der Bewegung auf ihrem Weg zum Kommunismus im Weg stehen. Um diese Abwendung vom Antifaschismus als Handlungsmaxime dennoch im Kontext des autonomen Antifaschismus verorten zu können, wurde das Selbstbild der Autonomen verblüffenderweise schlicht auf den Kopf gestellt, was tunlichst als Fortschritt ums Ganze zu verschleiern versucht wird. Der Preis für den Ausweg aus der linken Handlungsunfähigkeit ist, dass das Subjekt einer, gegen jedwede Möglichkeit ungegängelter Erfahrung, als hermetisch abgeschlossen begriffenen Totalität und damit der Hoffnungslosigkeit überantwortet wird. Ein Richtungswechsel von der autonomen zur heteronomen Antifa, an dessen logischem Schluss gegenteilig zur einst kolportierten reinen Autonomie als Szenekollektiv nun die Abwendung vom Subjekt steht:

»Die Sorge um die staatlichen Reproduktionsbedingungen des Kapitals ist im entwickelten Kapitalismus eine automatische Gefühlslage der verstaatlichten Individuen.« (uG, 49) »Nationale Identität ist also eine allgemeine, objektive Gedankenform kapitalistischer Vergesellschaftung, ein einheitliches, aus struktureller Bedrohung geborenes Bedürfnis.« (uG, 79).

Es ist zwar richtig, die affektive Besetzung von Ideologie im Zusammenhang mit Gefühlen zu begreifen, doch ist Nationalismus keine »Gefühlslage« und schon gar keine »automatische«, wenngleich sich Propaganda bestimmte Gefühle zu Nutze macht. Nationalistische Propaganda macht sich v.a. das Gefühl der Angst zu Nutze, was in der – von *u*G aufgegriffenen (uG, 97ff) – derzeit zu beobachtenden Propaganda des

Kabinetts Merkel auch leicht einsehbar ist.[1]

Dass diese populistische Leier in weiten Teilen der Gesellschaft auf Affirmation trifft, die Menschen der Sachzwanglogik folgend ihren Gürtel widerstandslos enger schnallen, spricht Bände nicht nur über die Verbreitung nationalistischen Gedankengutes in Deutschland, sondern auch über die Verfasstheit der Subjekte. Es war daher wohl nur eine Frage der Zeit, könnte man meinen, bis resignierte Bewegungslinke mit der Einschätzung hausieren gehen würden, dass selbst

noch die berüchtigte ›Lurchethese‹[2] aus der »Dialektik der Aufklärung« eine Euphemisierung des spätbürgerlichen Sozialcharakters darstelle. Adorno allerdings ging es bei derlei auf ein »Primat der Ökonomie über die Psychologie« (Adorno 1955, 48) verweisenden Subjektverortungen keineswegs um die Tötung des Subjekts, ein Vorwurf der ihm nicht zuletzt auch gerne von Vertreter_innen der reinen Autonomen-Lehre gemacht wird. Im Gegenteil stand dahinter das verzweifelte Ansinnen festzuhalten an dem Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft, obwohl und gerade weil ersteres diesen der Tendenz nach nur mehr regressiv zum Ausdruck zu bringen vermag:

»Weil es der objektiven Möglichkeiten nach der Anpassung nicht mehr bedürfte, genügt einfache Anpassung nicht mehr, um es im Bestehenden auszuhalten. Die Selbsterhaltung glückt den Individuen nur noch, soweit ihnen die Bildung ihres Selbst missglückt, durch selbstverordnete Regression.« (ebd., 69f)

Indem Adorno auf diese Weise von einem innerhalb des Bestehenden notwendig regressiven Individuums ausgeht, trägt er dem subjektiven Prinzip »bürgerliche Kälte« Rechnung, und »trotzdem geht die Möglichkeit der Freiheit innerhalb der schuldhaft verstrickten Totalität real auf. Immer wieder erfahren sich intermittierend die Subjekte als der Möglichkeit nach frei und als unfrei in der Wirklichkeit. Und frei dürfte man [...] jede Handlung nenne[n], die durchsichtig bezogen ist auf die Freiheit des Ganzen.« (Adorno 1964/65, 370) Die Bedingung dafür ist das Vermögen sich wirklich auf eine Sache einzulassen statt dumm machen zu lassen, die Reflexion auf den Reflex.

Es geht also um intellektuelle Arbeit deren Unangenehmlichkeit darin besteht, dass es weitaus leichter und auch prestigeträchtiger ist der ewig erfahrenen Fremdbestimmtheit autosuggestiv ein Schnippchen zu schlagen, indem sich die Handlungsfähigkeit als Teil einer progressiven Avantgardebewegung in die Tasche gelogen wird. »Die transzendente Methode, die aufs Ganze geht, scheint radikaler als die immanente, welche das fragwürdige Ganze zunächst sich vorgibt. Sie bezieht einen der Kultur und dem gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang enthobenen Standort, [...] von dem aus das Bewusstsein die Totalität, wie sehr sie auch laste, in Fluß bringen vermag. Der Angriff aufs Ganze hat seine Kraft darin, dass um so mehr Schein von Einheit und Gleichheit in der Welt ist, wie gelungene Verdinglichung, also Trennung. Aber die summarische Abfertigung der Ideologie [...] tut jener Ganzheit wiederum zuviel Ehre an.« (Adorno 1949, 26)

Indem die heteronome Antifa zur theoretischen Begründung eines bewegungspolitischen Kampfes ums Ganze von einem Subjekt ausgeht, das qua definitionem die Fähigkeit zu Kritik und Utopie überhaupt nicht mehr beinhalten kann, huldigt sie dem Primat der Ökonomie geradezu und geht damit der Ideologie auf den Leim. »Indem sie das Ganze wie mit einem Schwamm wegwischen wollen, entwickeln sie Affinität zur Barbarei, und ihre Sympathien sind unweigerlich mit dem Primitiveren, Undifferenzierteren, wie sehr es auch im Widerspruch zum Stand der geistigen Produktivkraft selber stehen mag. Die bündige Verleugnung der Kultur wird zum Vorwand, das Gröbste, Gesündeste, selber Repressive zu befördern, zumal den perennierenden Konflikt von Gesellschaft und Individuum, die doch beide gleichermaßen gezeichnet sind, stur zugunsten der Gesellschaft zu entscheiden" (ebd., 26f). Auf diese Weise wird den Menschen die Verantwortung für ihr eigenes Handeln abgesprochen; die Verantwortung dafür den Mut zu haben, sich ihres Verstandes ohne Leitung einer_eines Anderen zu

bedienen. Angesichts dieser düsteren Aussichten hat man offenbar auch bei *uG* kalte Füße bekommen, weswegen im Schlusskapitel der Broschüre, zum Zwecke rückwirkender Schadensbegrenzung, noch einmal auf die Gretchenfrage – wie haltet ihrs mit dem Subjekt? – zurück gekommen wird. Selbstkritisch und wohl auch ein bisschen zerknirscht wird diesbezüglich eingeräumt:

»Den Generalplan haben wir gerade verschlampt. Aber eins ist klar: Der Austritt der Menschen aus ihrer selbst geschaffenen Unmündigkeit muss das Werk bewusster Individuen sein. Und da gibt es sicher noch Einiges zu diskutieren.« (UG, 111)

Schielen auf die Masse als selbst verordnete Regression

Da man es bei *uG* in Sachen Gretchenfrage also eigentlich besser weiß drängt sich die Frage auf, warum, anstatt einen angemessenen Umgang damit zu suchen, die gesamte Broschüre hindurch schlicht so getan wird, als wäre das Problemfeld der Subjektkritik für das angestrebte Politikkonzept nicht von Belang. Es ist eine Groteske die von dem Unwillen zeugt jene real existierenden Widersprüche auszuhalten, denen man sich mit dem Festhalten an einer Idee von Befreiung ausgesetzt sieht in Zeiten, in denen die objektiven Bedingungen einstweilen gegen eine_n stehen. Denn in der Tat: Eine Gesellschaftsordnung, in der die menschliche Persönlichkeit praktisch nicht als Zweck an sich selbst, sondern bestenfalls als Akzidens anerkannt wird, begünstigt alles andere als einen Sozialcharakter, dessen Vermögen zur Introspektion über das eines scheinbaren (!) ›Nationalautomaten‹ hinausgeht. Wer angesichts dieses elendigen Daseins keine Kritik führt, die der bürgerlichen Gesellschaft ihre uneingelösten Versprechen vorhält, sich stattdessen einem Primat der Theorie über die Empirie zur Legitimation von Praxis um ihrer selbst willen verpflichtet, wendet sich von der Realität ab. Von einer Hinwendung zu dieser wäre erst wieder zu sprechen, wenn das revolutionäre Bewegungskonzept auf die These vom Nationalautomaten rückbezogen werden würde, was dann allerdings ›automatisch‹ auch die nachhaltige Diskreditierung jedes sozialrevolutionär ausgerichteten Politikkonzeptes als mindestens unterschwellig nationalrevolutionär zur Folge hätte.

In diese, einer intellektuellen Kapitulationserklärung gleich kommende *double-bind* Situation, nämlich dem eigenen Konzept nach mit jenen Leuten auf die Straße gehen zu wollen gegen die man eigentlich demonstriert, konnte sich *uG* nur manövrieren, indem der praktische Ansatz eines positiven, sozialrevolutionären Bewegungskonzeptes theoretisch über aller Kritik verortet wurde. Damit wurden die wenigen Anknüpfungspunkte verschüttet, die wie verzerrt auch immer doch zumindest einen Ansatz von Selbstreflexion innerhalb der eigenen linksradikalen Gemeinschaft darstellten. Gegenüber dem Selbstverständnis der Autonomen, zu deren Zeit ein reflexiver Umgang mit der eigenen Praxis immerhin sporadisch stattfand, etwa in Kontroversen um die Ausübung von Militanz als einem notwendigen Übel, das immer auch für eine ›männliche‹ Politikform, für einen Habitus der Stärke, Zielstrebigkeit und des konsequenten Handelns steht, stellt dieses Konzept einen deutlichen Rückschritt dar.

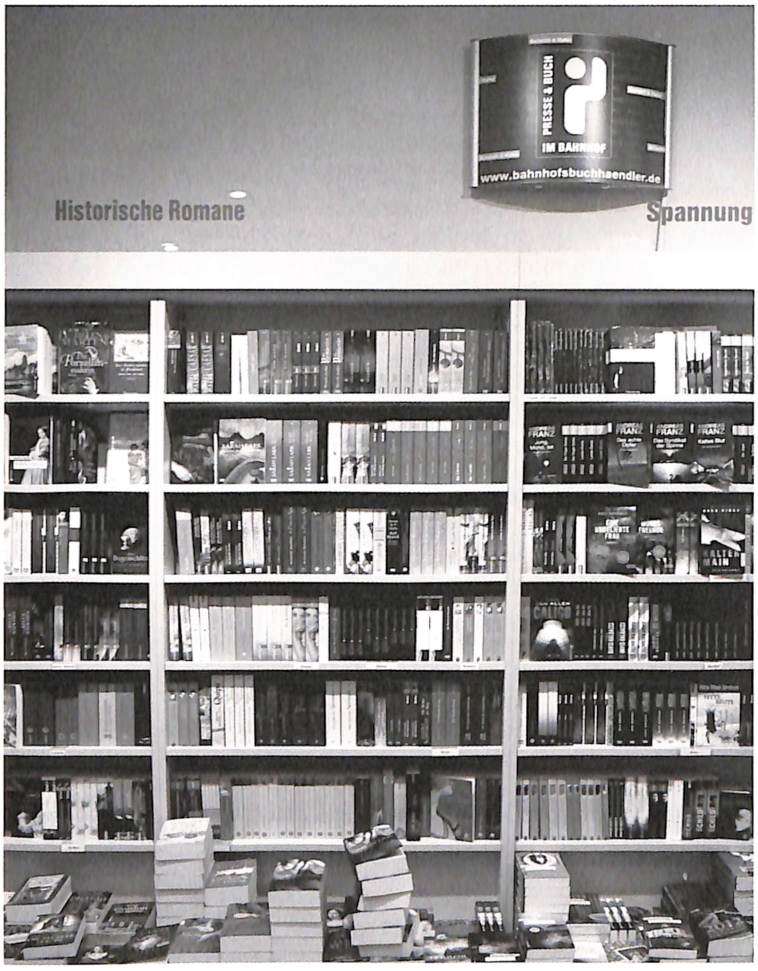
Stattdessen hat es eine gewisse Note infantilen Trotzes dazu gewonnen, kann doch die Abwendung vom Subjekt und damit der einseitig gegenüber der Gesellschaftsordnung erhobene Schuldvorwurf immer auch als Abwehrmechanismus funktionieren; die Schuld am alltäglichen Unglück wird ausschließlich dem Äußeren zugeschrieben, allem wird Schuld zugewiesen, nur dem eigenen Selbst nicht. Die Kritik des (eigenen) Alltags kann auf diese Weise bequem umgangen werden. Entsprechend funktioniert der antifaschistische Revolutionismus durchaus als attraktive, ein rebellisch-avantgardistisches Gefühl versprechende Ideologie, ohne dass ihre Apologet_innen sich auch nur einen Augenblick genötigt fühlen müssten, über die eigene, sozialisatorisch beschränkte Perspektive hinaus zu denken. Solcherart subjektiv-radikales Gedankengut verbietet sich vielmehr qua vorgegebener Theorielinie von selbst. »Die narzisstische Gratifikation, im Geheimnis zu sein und mit anderen Erlesenen einig, befreit, sobald es über die nächsten Interessen hinausgeht, von der Realitätsprüfung, an welcher das Ich alten Stils, laut Freud, seine vornehmste Aufgabe hatte.« (Adorno 1959, 117)

Entsprechend verbissen behauptet sich diese Perspektive als weder begrenzt, noch anschlussfähig an Subjektkritik, sondern als holistisch. Mit der Panik der_des Ausweglosen wird eine neue Spielart von Marxismus erfunden, in der beispiellos beliebig schlicht alles als aus der Ökonomie ableitbar behauptet wird. »›Rasse‹, Geschlecht, Kultur und Religion« (uG, 65) werden, ohne auch nur den Ansatz einer Herleitung zu liefern, als abgeleitet gesetzt. Von der »nationalsozialistischen Ideologie« über Rostock-Lichtenhagen bis wahlweise auch zum Pogrom von Johannesburg (uG, 78) – es ist alles eine Soße, die, geht man nur aufs Ganze, lässig mit der Fahne der *Antifaschistischen Aktion* im Arm als Nebenwiderspruch erledigt werden kann. Die durchaus bedeutsame Frage, was für Charaktere sich eigentlich durch Form und Inhalt eines bestimmten Politikkonzeptes angesprochen fühlen, muss dabei ebenso vernachlässigt werden wie das historische Faktum, dass der Nationalsozialismus selbst eine Bewegung war, sich immer auch als Bewegung begriffen hat.

›Zivilisationsbruch‹. Ein guter Begriff in schlechter Gesellschaft

Nicht vergessen hat man bei *uG* immerhin, dass das maßgeblichste Kriterium, durch das sich das deutsche Projekt Nationalsozialismus von anderen Faschismen unterscheidet, der Vernichtungsantisemitismus ist. »Nirgendwo sonst begannen Staat und Staatsbürger als reale ›Volksgemeinschaft‹ einen Raub- und Vernichtungskrieg. Und nirgendwo sonst konnte ein eliminatorischer Antisemitismus zum bejubelten Staatsprogramm werden.« (uG, 82). Der Name Auschwitz steht dafür. Für ein historisch singuläres Verbrechen an der Menschheit, das als Ausbuchstabierung der

Ratio in eine Maschinerie zur Menschenvernichtung eine der modernen Zivilisation innewohnende, autodestruktive Tendenz aufgezeigt hat, die jede positive Geschichtsteleologie der Aufklärung nachhaltig desavouiert. Adorno sah sich durch diese historische Erfahrung zur Verlagerung des gesellschaftskritischen Fokus auf die Subjekte veranlasst, deren Vermögen zur Introspektion als Bedingung autonomen Handelns offenbar grundlegend in Frage zu stellen ist. Da *uG* stattdessen versuchen diesem Misstrauensvotum ge-



recht zu werden indem sie es ignorieren, mit allerlei rhetorischer Finesse um das Subjekt herum schreiben, muss die Frage erlaubt sein welcher Stellenwert der historischen Erfahrung von Auschwitz eigentlich in diesem Konzept noch zukommen kann. Zuvor muss dafür jedoch erörtert werden, welche Bedeutung eine subjektzentrierte Perspektive dabei hat.

Den Zusammenhang zwischen jener, der Zivilisation innewohnenden, autodestruktiven Tendenz und der Shoah hat der amerikanische Historiker und Soziologe Dan Diner in Reaktion auf den Historikerstreit Ende der 1980er mit dem Begriff des ›Zivilisationsbruchs‹ zu fassen versucht:

»Das Ereignis Auschwitz rührt an Schichten zivilisatorischer Gewißheit, die zu den Grundvoraussetzungen zwischenmenschlichen Verhaltens gehören. Die bürokratisch organisierte und industriell durchgeführte Massenvernichtung bedeutet so etwas wie die Widerlegung einer Zivilisation, deren Denken und Handeln einer Rationalität folgt, die ein Mindestmaß antizipatorischen Vertrauens voraussetzt; ein utilitaristisch geprägtes Vertrauen, das eine gleichsam grundlose Massentötung, gar noch in Gestalt rationaler Organisation, schon aus Gründen von Interessenkalkül und Selbsterhaltung der Täter ausschließt.« (Diner 1988, 7)

Der Kontext, auf den sich Diner in seinen Ausführungen bezieht, ist offenbar die Dimension der subjektiven Erfahrung der Gräuel des nationalsozialistischen Vernichtungswahns. »Nicht [durch] die wirklichkeitsgetreue Rekonstruktion des Menschheitsverbrechens«, so Diner, »sondern anhand des eingetretenen Dementis von auf Selbsterhaltung und Überleben gerichteten Denk- und Handlungsformen wird der Bruch offenbar, den Auschwitz zivilisatorisch tatsächlich bedeutet.« (ebd., 8f) Er rekurriert damit insbesondere auf den bereits 1945 verfassten Aufsatz »Individuum und Terror« von Leo Löwenthal, der darin auf der Grundlage von seitens ehemaliger Konzentrationslagerinsass_innen geschilderten Erfahrungen des Lagerterrors zu ergründen versucht, was für eine eigentümliche Logik diesem »modernen Terror« inne wohnt. Das von den Überlebenden Erfahrene dechiffriert Löwenthal als eine Form totaler Verdinglichung, als eine Degradierung menschlicher Individuen zum »Rohmaterial« einer Vernichtungsmaschinerie. In den Schlüssen, die er aus dieser deskriptiven Perspektive subjektiver Erfahrung zieht, ist das von Diner geführte Argument einer »Widerlegung der Zivilisation« implizit enthalten. Löwenthal bestimmt es als die Zerstörung des »Kausalzusammenhang[s] zwischen sozialem Verhalten und Überleben«, wodurch »das Individuum mit nackter Naturgewalt - d.h. mit einer unnatürlich gewordenen Natur – in der Gestalt des allmächtigen Terrorapparates« konfrontiert ward (Löwenthal 1945, 167).

Diese »Atomisierung des Individuums«, auf die die Logik des SS-Terrors abzielte, hat auch nach Löwenthal ausdrücklich seine Wurzeln in der modernen Zivilisation. Der subjektiven Erfahrung, aus der heraus die Zivilisation als unwiederbringlich ›zerbrochen‹ dechiffriert wird, steht die gesellschaftliche Praxis des bruchlosen Weitermachens konträr gegenüber. Der Begriff Zivilisationsbruch ist daher ein parteiischer, der seinen Sinn im Widerspruch zu jenem positivistischen Geschichtsverständnis hat, das die Shoah als eine Art zivilisatorischen Unfall verhandelt, in dessen Zuge im Gegensatz zum kapitalistischen Normalvollzug die Politik das Primat über die Ökonomie erlangt habe. Eben weil die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland nicht den kulturellen und gesellschaftlichen Bruch bedeutete, als welcher diese Entwicklung seitens der deutschen Geschichtsschreibung geadelt wird, gilt es diese Wunde offen zu halten.

Die Vereinnahmung des Begriffs durch die Zivilgesellschaft

Paradoxerweise jedoch hat sich ausgerechnet der eine radikale Gesellschaftskritik implizierende Begriff des Zivilisationsbruchs als allgemein anerkannte Sprechweise in der ›Zivilgesellschaft‹ eingebürgert.[3] Vor diesem Hintergrund scheint es durchaus angebracht zu untersuchen, auf welche Weise dieser Begriff im Zuge seiner Vereinnahmung für die Konstruktion eines positiven Selbstverständnisses der deutschen Nation nach Auschwitz seine Parteilichkeit einbüßt. Der Ansatzpunkt für die Vereinnahmung – soviel soll diesbez. zumindest als These angebracht werden – liegt darin begründet, dass Diners Begriff zwar die Perspektive der subjektiven Erfahrung gewichtet, dies allerdings explizit nur aus Perspektive der Opfer, nicht gleichzeitig auch aus der der Täter_innen tut. Letzteres würde unweigerlich die Frage aufwerfen, was denn die Menschen »zu dem Unsäglichen« trieb, »das in Auschwitz nach weltgeschichtlichem Maß kulminierte« (Adorno 1966a, 88). Der Weg zur Beantwortung dessen führt über die Frage nach dem Täter_innenprofil auch und v.a. der gewöhnlichen Deutschen. Er führt zu jenem narzisstischen Sozialcharakter der für das subjektive Prinzip »bürgerliche Kälte« steht, ein Charakter den Adorno in Hinblick auf die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Vorherrschaft auch als »Typus des verdinglichten Bewußtseins« bezeichnet:

»Erst haben die Menschen, die so geartet sind, sich selber gewissermaßen den Dingen gleichgemacht. Dann machen sie, wenn es ihnen möglich ist, die anderen den Dingen gleich.« (ebd., 98)

Diese abstrakte Bestimmung des Täter_innenprofils stellt für Adorno jedoch nicht mehr als eine Ausgangsthese dar, mittels der er auf eine Geschichtswissenschaft insistiert, die aus Solidarität mit den Opfern den Fokus auf die Täter_innen legt:

»Bei Versuchen, der Wiederholung von Auschwitz entgegenzuwirken, schiene es mir wesentlich, zunächst Klarheit darüber zu schaffen, wie der manipulative Charakter zustande kommt, um dann durch Veränderung der Bedingungen sein Entstehen, so gut es geht, zu verhindern. Ich möchte einen konkreten Vorschlag machen: die Schuldigen von Auschwitz mit allen der Wissenschaft verfügbaren Methoden, insbesondere mit langjährigen Psychoanalysen, zu studieren, um möglicherweise herauszubringen, wie ein Mensch so wird. [...] Allerdings dürfte es schwierig sein, sie zum Reden zu bringen« (ebd.).

Einen bedeutsamen Beitrag, die Täter_innen »zum Reden zu bringen«, stellt die Studie »Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust« des Historikers Daniel Jonah Goldhagen dar. Die mikrosoziologische Methode, die dieser Studie zu Grunde liegt, kommt dem von Adorno vorgeschlagenen Ansatz, die Täter_innen auf die Couch zu legen, sehr nahe:

»

Wenn man bloß klinisch saubere Beschreibungen der Tötungsvorgänge gibt, dann verzerrt man damit das gesamte Erscheinungsbild des Mordens, man blendet die Gefühlsanteile aus und verhindert damit jedes wirkliche Verstehen. [...] Deshalb vermeide ich den klinischen Ansatz und versuche die Gräuel und Grausamkeiten zu vermitteln, mit denen die Ereignisse für die Täter verbunden waren – was natürlich nicht heißt, daß diese den Schrecken auch immer empfanden. [...] Wollen wir deren Weltsicht verstehen, dann müssen wir uns jedes grausame Bild deutlich machen, das sie erblickten, uns jeden Angst- und Schmerzensschrei ins Gedächtnis rufen, den sie zu hören bekamen.« (Goldhagen1996, 38)

Die am Beispiel eines Reserve-Polizeibattaillons durchgeführte Untersuchung der Täter_innenmotive willkürlich rekrutierter Durchschnittsbürgerinnen und -bürger beweist, was zahllose Überlieferungen von Erinnerungen der Opfer mindestens erahnen lassen: Ein antisemitisch motivierter Vernichtungseifer war auch bei ganz gewöhnlichen Deutschen als Regelfall festzustellen. Jede und jeder Deutsche (bis auf jene die Regel bestätigenden Ausnahmen) hat im NS gemordet, ihre_seine Opfer gefoltert und gedemütigt, oder wäre dazu bereit gewesen, wenn sich ihm_ihr die Möglichkeit dazu aufgetan hätte![4]
Folgt man der Goldhagenstudie und ihren Implikationen, so ergibt sich ein Bild, das dem Selbstverständnis des neuen Deutschlands, in dessen Kontext gewöhnliche Deutsche als larmoyante ›Zeitzeug_innen‹ in Infotainment-Produktionen aus der Feder eines Guido Knopp etwa abgefeiert werden, aufs Schärfste widerspricht. Zwar wird in der deutschen ›Geschichtsaufarbeitung‹ der subjektiven Perspektive der Opfer pflichtgemäß ein Stück weit Berechtigung eingeräumt, vorrangig motiviert ist dieses Zugeständnis jedoch durch das Interesse an der eigenen in die Verbrechen des NS verstrickten Familienhistorie, die im Zuge dieser ›Aufarbeitung‹ eine Umarbeitung zu einer von Entbehrungen und Leid durchzogenen Opfergeschichte erfährt.[5] Der sog. ›zweite Historikerstreit‹, den die Goldhagenstudie auslöste, manifestierte sich entsprechend als antisemitisch aufgeladener, jeder Wissenschaftlichkeit spottender Abwehrdiskurs.[6] Eine antifaschistisch motivierte Aufarbeitung der Vergangenheit, die sich schonungslos mit den Bedingungen der Shoah auseinandersetzt, um den Anfängen zu wehren, aus der Geschichte lernen zu können, sähe ganz bestimmt anders aus.

Goldhagen hat mit seiner Studie jenes Täter_innenprofil belegt, das im Begriff des Zivilisationsbruchs von Diner implizit angedeutet und bei Adorno aus Perspektive der Ökonomie auf den Begriff des verdinglichten Charakters gebracht ist. Die deutsche Geschichtspolitik selbst gibt der Parteilichkeit des von Diner geprägten Begriffs Recht, gerade aufgrund dessen spezifischer Vereinnahmung für das neue Deutschland. »Das Widerstreben, das Phänomen des Terrors in all seinen Implikationen rückhaltlos zu erforschen, ist in sich selbst ein unterschwelliges Symptom des Terrors.« (Löwenthal 1945, 163)

So besehen stellt sich selbst die Stattgabe eines doch als irgend vorhanden eingeräumten Rechtes der Opfer

der Shoah auf einen Platz in der Geschichte als geheucheltes Interesse dar. Im Zuge der Vereinnahmung des Begriffs Zivilisationsbruch wird die Dimension der subjektiven Erfahrung des NS-Terrors aus Perspektive der Opfer nur soweit ›zur Kenntnis‹ genommen, wie es zur Legitimation der eigenen Opferrolle notwendig ist. Eine widerwillige, halbwegs pflichtgemäße Solidarität, würde doch jede wirkliche Parteinahme einen früher oder später in Widerspruch mit dem eigenen, positiven Bezug auf die Täter_innennation bringen. Damit, mit der Abspaltung der Dimension der_des gewöhnlichen deutschen Durchschnittstäter_in ist der Begriff des Zivilisationsbruchs so effizient um seine Parteilichkeit gebracht, dass von ihm nicht mehr als eine inhaltsleere bis rätselhafte Ruine geblieben ist. Er ist zu einer Metapher und damit zu einer rhetorischen Figur deformiert worden, die ihrer Natur nach weder wahr noch falsch, sondern höchstens brauchbar oder unbrauchbar sein kann. Die Vereinnahmung der Kritik geht mit der Verwischung des Begriffs Hand in Hand.

Pioniere der Gegenaufklärung

Doch wer nicht bloß vom Besonderen abstrahiert, sondern es systematisch negiert, das Subjekt ausschließlich über seine Vergesellschaftung begreifen will, pflegt immer schon ein kein der Wahrheit verpflichtetes, sondern instrumentelles Verhältnis zur Theorie. Hier können Begriffe nie mehr als eigentlich Metaphern sein, sind substituier- und kombinierbar, frei nach Gusto. Und so kommt es, dass *uG* davon absehen, den Begriff des Zivilisationsbruchs gegen seine Verwischung, die Kritik gegen ihre Vereinnahmung zu verteidigen. Anstatt den Vereinnahmungsversuch als Bestätigung des Begriffs gesellschaftskritisch zu wenden, wird sich von der »kritisch gemeinte[n] Metapher des ›Zivilisationsbruchs‹« distanziert, weil sie sich eben als unbrauchbar erwiesen habe, seit sie – die Metapher (!) – »im politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs der Berliner Republik selbst ein Stück Ideologie und Begriffsverweigerung« geworden sei (UG, 83). Die Degradierung des Begriffs zur Metapher wird hier also nicht als Mechanismus der Begriffsverweigerung erkannt, sondern es wird munter in den Mechanismus eingestimmt, obwohl man die Begriffsverweigerung an sich kritisch sieht. Ein Trugschluss, in dessen Konsequenz sich von der Kritik abgewandt und die Widersprüche, die im Mechanismus der Begriffsverweigerung immerhin einseh- und kritisierbar sind, in blinder Flucht nach vorn aufgelöst werden. Perspektivisch verlagert sich der Zivilisationsbruch dabei vom Konkreten, der historischen Erfahrung von Auschwitz, zum Abstrakten, der (als komplett aus der Ökonomie abgeleitet gesetzten) Kausalität des Nationalsozialismus, um dann folgerichtig als solcher nicht mehr erkennbar zu sein:

»Dass die nationalsozialistische Ideologie in kapitalistischer Konkurrenz und Krise gründet, bedeutet auch: Der Nationalsozialismus war kein ›Zivilisationsbruch‹, sondern Ausdruck jenes konstitutiven Selbstwiderspruchs bürgerlicher Freiheit, der auch im zivilisierten demokratischen Alltag spürbar ist.« (ebd.)

Damit haben die Schwierigkeiten von Erinnerungspolitik, gegen das Vergessen zu arbeiten in Zeiten, in denen nur noch sehr wenige Überlebende der Shoah vom Unvorstellbaren berichten können, als geschichtsunbewusste Beliebigkeit ihren Niederschlag im Konzept der *Antifaschistischen Aktion* gefunden. Zwischen Demokratie und Faschismus ist kaum mehr ein Unterschied feststell-, bzw. »spürbar«, zumindest der Behauptung nach nicht. Der Ableitungswahn, schlicht alles aus der Ökonomie und der ihr idealtypisch entsprechenden bürgerlichen Freiheit erklären zu wollen, verstellt den Blick bereits auf Mindeststandards ›bürgerlicher Faschismuskritik‹, darauf, dass der Faschismus den Freiheitsspielraum der Einzelnen, bis hin zur Vernichtung, radikal beschneidet. Auf diese Weise mündet die mittels Abwendung vom Subjekt vollzogene Abstraktion von konkret erfahrbarem Leiden de facto in einer Abwendung von den Opfern des Vernichtungswahns; paradoxerweise in Abgrenzung von der Täter_innennation, die, wenn sie zwar auch nichts von der Perspektive der Täter_innen wissen will, so doch zumindest die der Opfer nicht vollends negiert.

Die methodische Abwendung von der Realität, in deren Zuge *uG* das Empirische dem zur Begründung der eigenen Praxis erdachten Theoriekonstrukt unterordnet, gibt sich so als eine Form von Gegenaufklärung zu erkennen, die rücksichtslos alle Widersprüche platt macht, die der politischen Neufindung als sozialrevolutionäre Bewegung den Weg versperren. Solidarität und Parteilichkeit weichen dem Habitus einer Berufspolitiker_in, die in gefälligem Layout und lockerer, sich popularisiert gebender Schreibe einen *rollback* zurück in eine neue Form bewegungslinker Politik propagiert, bei der zwar nicht notwendig der antifaschistische Anspruch auf der Strecke bleiben muss, wohl aber dessen inhaltliche Substanz. Denn »wer sich in seinem politischen Urteil nicht ständig blamieren will, der muss sich kritisch und unvoreingenommen [!] mit den Strukturen dieser Gesellschaft beschäftigen.« (uG, 105). Eine Unvoreingenommenheit, in deren Konsequenz analog zur Theoriebildung auch zur deutschen Geschichte ausschließlich ein instrumentelles Verhältnis erkennbar ist.

Dadurch ist nicht bloß jede substantielle Kritik an der deutschen Ideologie im Postnazismus verunmöglicht, es wird dieser auch noch selbstbewusst zugearbeitet. Während die Deutschen nicht trotz, sondern aufgrund von Auschwitz weitermachen als handele es sich um eine bloße Fußnote innerhalb der Zivilisationsgeschichte, hat die ›Postantifa‹ es aufgrund dessen aufgegeben dem Schlussstrich zu trotzen und vollendet ihn stattdessen in einer Weise, die noch hinter den Staatsantifaschismus der ›Zivilgesellschaft‹ zurück fällt. Denn während letztere immerhin noch für das ›trotz‹ kritisiert werden kann, sich immerhin zu einem halbwegs pflichtgemäßen Handeln genötigt sieht, fallen bei *uG* die Begrifflichkeiten selbst dem Rotstift zum Opfer, mittels denen eine substantielle Kritik gegen das bruchlose Weitermachen geführt werden könnte. Stattdessen werden die Subjekte vorbehaltlos zu Nationalautomaten degradiert und damit aus ihrer Eigenverantwortlichkeit entlassen. Im Umkehrschluss hat dies zur Folge, dass eben der »nationalsozialistischen Ideologie« selbst eine Kausalität durch Freiheit

zugesprochen wird, irgendwo muss diese schließlich ihren Ursprung haben. »Wo die [...] ›Autonomie‹ des vertragsfähigen Individuums im täglichen Verwertungsprozess immer wieder überfordert und ökonomisch massenhaft durchgestrichen wird, entspringt nationalsozialistische Ideologie« daher, so *uG*, »spontan« (uG, 79), was antifaschistisch motiviertes Handeln – das Bestreben ›den Anfängen zu wehren‹ – natürlich ungemein erschwert, gesetzt den Fall eine solche Motivation wäre überhaupt noch denkbar.

Im Zuge der Auflösung aller gesellschaftlichen Widersprüche in Heteronomie ist die Form bei *uG* endgültig zum Inhalt geworden. Ein wesentlich unkritischer Bewegungsrummel, der in letzter Konsequenz der deutschen Ideologie zuarbeitet. Denn was käme der sich antifaschistisch geläutert gebenden Nation wohl besser zupass, als den Persilschein zum endgültigen Schlussstrich ausgerechnet von radikalen Kritiker_innen des Nationalismus ausgestellt zu bekommen? Ein knappes Jahrzehnt nach dem ›Antifasommer‹, haben Teile der autonomen Antifa endlich ihre Identitätskrise überwunden und tragen nun ihren eigentümlichen, bescheidenen Teil zum Projekt Aufarbeitungsweltmeister_in bei. Das desaströse Ergebnis eines Politikkonzeptes, mittels dessen das Ende der Gesellschaftskritik zu Gunsten des Praxisfetischs endgültig zementiert wird.

Alexander Frank

//_noten

#1 Im Wesentlichen zielt die von Merkel vertretene Re-Lektüre des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard auf einschneidende Sozialreformen ab. Begründet werden diese mit einem bestimmten, als zwingend zu beschreiten angesehenen Weg zur wirtschaftlichen Weltspitze, denn was für Deutschland gut ist – so die Krux dessen – könne schließlich für deutsche Staatsbürger_innen nicht schlecht sein. Wären die Deutschen nicht leicht einzuschwören auf Führungsambitionen aller Art, man könnte es glatt Klassenkampf von oben nennen, doch braucht es hierfür immer noch zwei miteinander kämpfende Klassen. Der Nationalismus erweist sich in solchen Fällen als traditionsbehaftete, sichere Bank, um trotz sozialer Einschnitte den Klassenkompromiss herzustellen. Jenen die an der (neuen) sozialen Marktwirtschaft nicht mitarbeiten wollen, die ›Sozialschmarotzer‹ und ›Reformbremsen‹, werden als außerhalb des Kollektivs stehend bestimmt, was nichts anderes als die Drohung des Ausschlusses aus selbigem meint. »Nationale Identität« ist folglich kein »aus struktureller Bedrohung geborenes Bedürfnis«, sondern die Entscheidung liegt bei den Subjekten, ob sie sich von dem Angebot des Nationalismus angesprochen fühlen, sich von der entsprechenden Propaganda instrumentalisieren lassen (wollen), oder nicht.

#2 Horkheimer / Adorno 1947, 59

#3 Die Verbalakrobatik des späten Joschka Fischer kann für dieses Phänomen als exemplarisch gelten. In seiner viel beachteten, bei der UN-Sondersitzung zum 60. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee gehaltenen Rede, bezeichnete er die Shoah als »einen Zivilisationsbruch ohne Beispiel«, ein Verbrechen das »immer Teil der deutschen Geschichte« sein würde, weswegen »[d]as Existenzrecht des Staates Israel und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger [...] immer unverhandelbare Grundposition deutscher Außenpolitik bleiben« werden. Wie verlässlich die Israelsolidarität jenes Staates, für den der Vizekanzler das Wort führte tatsächlich ist, zeigt bereits ein Blick auf die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen zu dieser Zeit, in denen die Berliner Republik als wichtigste Importpartnerin des Mullahregimes fungierte. Anstatt jene zu bekämpfen die das Existenzrecht Israels negieren, beschränkt sich die Berliner Republik jovial darauf Israel ein Recht auf Existenz zuzugestehen, wodurch dieses überhaupt erst zur Disposition gestellt wird. Sie vollführt damit einen Akt der Doppelmoral, in dessen Konsequenz die Fortexistenz der deutschen Nation nach Auschwitz als ebenso selbstverständlich wie vernünftig bestätigt wird. Dass der gesamte Pathos der Rede schlussendlich auf eine moralische Rechtfertigung und Protegierung der Beteiligung deutscher Truppen an Kriegseinsätzen im Ausland abzielt vervollständigt das Bild einer relativen Parteilichkeit für Israel, die abhängig ist von dem Nutzen, den die BRD sich davon auf internationaler Ebene verspricht.

#4 Mit diesem, vor allem deskriptiven Ansatz hinsichtlich der Täter_innenprofile, liefert Goldhagen einen kaum zu überschätzenden Beitrag zu jener von Adorno geforderten Erforschung der Täter_innengenese, die auf theoretischer Ebene zwei grundsätzliche Schlüsse nahe legt. Zum einen erfährt Adornos Idealtypus des »verdinglichten Charakters« eine Bestätigung, wodurch entgegen dem von Goldhagen vertretenen, bürgerlichen Gesellschaftsbegriff der Warentausch als Vergesellschaftungsprinzip ins Zentrum der Kritik rückt. Zum anderen ist dieses Prinzip aber für eine Erklärung der Entstehungsbedingungen der Shoah nicht hinreichend. Es waren nicht ganz normale Menschen, sondern »ganz normale Deutsche« die diese Verbrechen begangen haben. Eine Kritik der postnazistischen Gesellschaft kann sich daher nicht darauf beschränken, die Kontinuität gesellschaftlicher Strukturen und Bedingungen zu kritisieren. Es muss sich zuallererst dem gesellschaftlichen Bewusstsein gestellt werden; einer Empirie, an der sich Überlegungen zum Verhältnis von Subjektkonstitution und kapitalistischer Vergesellschaftung entwickeln und bestätigen lassen, die jedoch nicht aus letzterer ableitbar ist.

#5 Siehe dazu Welzer / Moller / Tschuggnall 2002

#6 Siehe dazu Küntzel / Thörner / u.a. 1997, insb. 43f

//_txt

Adorno, Th. W. (1949): Kulturkritik und Gesellschaft, in: Kulturkritik und Gesellschaft I, Gesammelte Schriften 10.1, Frankfurt a.M. 1997

Ders. (1959): Theorie der Halbbildung, in: Soziologische Schriften I, Gesammelte Schriften Bd. 8.1, Frankfurt a.M. 1997

Ders. (1964/65): Zur Lehre von der Geschichte und von der Freiheit, in: Nachgelassene Schriften 13, Frankfurt a.M. 2006

Ders. (1966a): Erziehung nach Auschwitz, in: Kadelbach, G. (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M. 1971

Ders. (1966b): Negative Dialektik, in: Gesammelte Schriften 6., Frankfurt a.M. 1997

Ders. (1955): Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, in: Soziologische Schriften I, Gesammelte Schriften Bd. 8.1, Frankfurt a.M. 1997

Antifaschistische Aktion Berlin (ca. 1995): Das Konzept Antifa, ohne Ort

Diner, D.: Vorwort des Herausgebers, in: Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988

Goldhagen, D. J.: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996

Horkheimer, M. / Adorno Th. W. (1947): Dialektik der Aufklärung, in: Horkheimer Gesammelte Schriften 5, Frankfurt a. M. 1987

Küntzel, M. / Thörner, K. / u.a.: Goldhagen und die deutsche Linke, Berlin 1997

Löwenthal, L. (1945): Individuum und Terror, in: Schriften 3, Frankfurt 1990

...ums Ganze! (2009): Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs, ohne Ort

Welzer, H. / Moller, S. / Tschuggnall, K.: »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002

Vergessen wir nicht – die Subjekte!

– zum Problem der kollektiven Identitäten in der *…umsGanze!*-Broschüre

Verdächtige Versuchsanordnungen

Eigentlich scheint schon der Versuch eine schlechte Idee zu sein: Religion, Kultur, race und Geschlecht als Ideologien kollektiver Identität zusammenzufassen und diese gemeinsam unter der Überschrift ›mobile Frontverläufe gesellschaftlicher Konkurrenz‹ als einen thematischen Block unter vielen abhandeln zu wollen. Dennoch wird in der Broschüre des *…umsGanze!*-Bündnisses (im Folgenden *uG*) genau selbiges versucht und die Begründung dieses Versuchs gleich am Anfang in dem programmatischen Kapitel *Kritik ums Ganze* gegeben:

»Den strukturellen Konflikten dieser Herrschaftsordnung [dem Kapitalverhältnis] entspringen immer wieder Ideologien kollektiver Identität (Kapitel 14-17). Sie kreisen um Rasse, Geschlecht, Kultur und Religion, und finden ihre staatsbürgerliche Zusammenfassung im Nationalismus und Nationalsozialismus.« (uG, 18)

Klar wird hier, dass es in dieser Gesellschaft strukturelle Konflikte gibt, welche als Teil des Kapitalverhältnisses zu verstehen sind. Herrschaft und strukturelle Konflikte sind demnach begründet im Kapitalverhältnis und in diesem zu verorten. Kultur, Religion, *race* und Geschlecht (im Folgenden KRrG) sind demnach selber keine Strukturkategorien gesellschaftlicher Konflikte, sondern es gibt im *u*G-Kosmos kollektive Identitäten, die den Konflikten des Kapitalverhältnisses entspringen und dann um KRrG kreisen. Um im Bild zu bleiben müssten KRrG demnach irgendwie Mittelpunkte von Kreisbewegungen kollektiver Identitäten sein, deren Verortung erstmal unklar bleibt. Die grundlegende Struktur von Gesellschaft und Herrschaft ist das Kapitalverhältnis, diesem »entspringen immer wieder Ideologien kollektiver Identität« – wie sie das machen und wo sie nach diesem Sprung landen bleibt unklar. Diese sind allerdings nicht gleichzusetzen mit KRrG, sondern haben sie als Mittelpunkte ihrer ständigen Kreisbewegungen. Wo diese Mittelpunkte in der gesellschaftlichen Topographie zu finden sind wird nicht gesagt – nur dass die um sie Kreisenden eine Zusammenfassung erleben; eine Operation, die eigentlich das abrupte Ende von Kreisbewegungen bedeutet[1] selbst wenn sie »staatsbürgerlich« geschieht. Allerdings bleibt auch noch das Problem, dass diese Bewegung des staatsbürgerlichen Zusammenfassens (also eine Bewegung die eigentlich ein Stillstellen bedeutet) gleichzeitig an zwei verschie-

denen Orten geschieht: denn sie werden nicht im Staatsbürger zusammengefasst, sondern »im Nationalismus und Nationalsozialismus«[2] – womit auch das (grammatische) Subjekt, das dieses Zusammenfassen ausführt im Vagen bleibt.

Da aber scheinbar der Versuch die metaphorische Versuchsanordnung zu dechiffrieren nur noch mehr Verwirrung erzeugt, könnte vielleicht genau dies die rhetorische Idee sein: das Kreisen der Ideologien dient dazu die strukturellen Konflikte zu verdecken, die Entschlüsselung der eigentlichen Probleme der Herrschaftsordnung zu verwirren, zu erschweren, ja letztendlich zu verunmöglichen[3]. So ließe sich dies auch in den Kontext des ganzen Projekts stellen, der zwei Sätze vorher formuliert ist: »Von hier aus [der analytischen Position, wie sie sich der Broschüre entfalten wird] soll begründbar werden, was an konkreten politischen Problemlagen und Ideologien eigentlich das Problem ist« (uG, 18). Das Kreisen, Verwirren, Verunmöglichen von klaren Bestimmungen scheint wohl ein Problem der Ideologien zu sein, die den eigentlichen strukturellen Konflikten entspringen um dann kreisend die hermeneutische Zugänglichkeit zu verunmöglichen .

Brutkasten kreisender Frontverläufe

Um also mehr darüber zu erfahren, was an den Ideologien kollektiver Identität eigentlich das Problem ist, blätter ich vor zum entsprechenden Kapitel 14. Dies beginnt damit, dass *uG* die Hoffnung des Manifests der Kommunistischen Partei zitieren, dass die bürgerliche Gesellschaft sich dadurch auszeichne, dass der »rührend-sentimentale Schleier [...] abgerissen« sei und sich die tatsächlichen Verhältnisse »als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹« offenbaren. Dies sei allerdings nicht der Fall, vielmehr sei es so dass, »sich gerade der Kapitalismus als Brutkasten obskurer Ideologien [präsentiert]. Wo die vorausgesetzte ‚Autonomie' des bürgerlichen Individuums beständig durch unpersönliche Zwänge der Verwertung frustriert wird, versprechen Imaginationen kollektiver Identität Entlastung und Orientierung. Zu ihren wirkmächtigsten zählen ›Rasse‹, Geschlecht, Kultur und Religion. Sie wurden und werden noch immer als unumstößliche Eigenschaften vorgestellt, die den Kern der Persönlichkeit ausmachen, und zugleich die Zugehörigkeit zu einer übergeordneten Gruppe garantieren. Sie scheinen dem nackten ökonomischen Interesse und der politischen Willensbildung vorgeordnet, außer Reichweite der ‚gefühllosen ›bare[n] Zahlung‹« (uG, 65).

Das eigentliche Problem der Ideologien ist also, dass sie etwas verdecken oder verschleiern. Sie scheinen so, als ob sie außerökonomisch wären und tun so, als ob sie nicht Teil der politischen Willensbildung wären[4] – was sie aber eigentlich sind. Dadurch verschleiern und verhindern sie eine Erkenntnis der eigentlichen Zumutungen der strukturellen Konflikte kapitalistischer Konkurrenz, denen sie ja entspringen. Was wiederum heißt, dass *uG* meinen, dass der Kapitalismus eigentlich die Brutstätte der Ideologien ist, diese sich aber so präsentieren als hätten sie einen Brutkasten gar nicht nötig – als wären sie natürlicher Teil des gesellschaftlichen und individuellen Lebens. Würde sich der Kapitalismus als Brutkasten präsentieren, dann wäre ersichtlich, dass er künstlich in die eigentlich natürlichen Prozesse eingreift, um sie seinen Zwecken anzupassen – er würde also die Verschleierung als Brutkastenprodukt ausstellen. Und das er dies nicht tut, sondern ihm der Schleier der Ideologien entspringt (er ihn also selber produziert und nicht nur ausbrütet) um die Zumutungen, die aus seinem eigentlichen Wirken resultieren, zu verdecken, scheint ja das eigentliche Problem zu sein[5].

Darüberhinaus sind KRrG nicht mehr die Mittelpunkte des zusammengefassten Kreisens, sondern die wirkmächtigsten »Imaginationen kollektiver Identität«, die »Entlastung und Orientierung« versprechen. Diese Ideologien, die Vorstellungen einer kollektiven Identität sind, haben also ihren Sprung ins Dasein dem Versprechen zu verdanken für die Frustrationen der Autonomie des bürgerlichen Individuums Entschädigung leisten zu können. Da nicht der Platz ist um den ganzen Komplex von KRrG zu erörtern, werde ich mich im Folgenden auf die Analyse von Geschlechtlichkeit konzentrieren. In diesem Zusammenhang wird wichtig, dass *uG* meinen, dass die Frustrierung der Autonomie[6] nur »durch unpersönlichen Zwänge der Verwertung« geschieht. Wie die Geschichte der feministischen Kritik immer wieder aufgezeigt hat, ist die Konzeption des autonomen, bürgerlichen Individuums die Universalisierung des männlichen Standpunkts. In der bürgerlichen Gesellschaft fällt das allgemeine mit dem männlichen Rechtssubjekt zusammen, das sich selbst nur als autonom setzen kann, indem er die Abhängigkeit auf die Position der Frauen verschiebt und die eigenen verleugnet. So waren schon die in der Französischen Revolution ausgerufenen Menschenrechte nicht Rechte, die für alle galten, sondern Rechtssubjekte, also Menschen, waren nur die Männer. Und auch alle Versuche der Gleichstellung, die bis dahin unternommen wurden und alle Erfolge, die sich erkämpft wurden, verweisen immer wieder darauf, dass sich daran bis heute nicht viel geändert hat. Aufgrund des Ursprungs des bürgerlichen Rechtssubjekts aus patriarchalen Strukturen, kann auch die rechtliche Gleichstellung (die besser ist als nichts) die strukturelle Benachteiligung nicht aufheben – faktisch werden Frauen immer noch schlechter bezahlt, sind öfter von Armut betroffen, sind Opfer patriarchaler Gewalt und werden in Politik, Wirtschaft und Kultur nur als Ausnahmeerscheinungen geduldet

Wenn nun *uG* davon ausgehen, dass die Identifizierungen einer Person kompensierend der Frustration ob der Beschneidung der individuellen Autonomie entgegenwirken, dann ist damit ausschließlich die männliche, weiße, deutsche Subjektposition gemeint[7]. Denn eine geschlechtliche Position, der selber beständig der Status als autonomes Individuum abgesprochen wird – wie es von Mario Barth bis zum Schwangerschaftskonfliktgesetz ständig geschieht – kann nicht für die ökonomischen Zumutungen Kompensation leisten[8]. Vielmehr kann dieser theoretische Versuch einer Ableitung gar keinen Erklärungsansatz für die Vielfältigkeit von Lebensformen bieten, denn wie

sollte daraus verständlich werden, dass es illegalisierte Migrant_innen ohne Pass gibt? Worin die Entlastung und Orientierung dieser »Imagination kollektiver Identität« liegt, bleibt unklar[9].

uG wiederholen somit die ausschließende Struktur des Rechtssystems, da sie nicht darauf reflektieren können, dass es Menschen gibt, die in dessen Strukturen nicht vorkommen, oder notwendig von diesen ausgeschlossen sind. Da diese kein Recht auf Rechte haben und damit auch keine Autonomie zugesprochen bekommen, haben sie bei *uG* nicht mal mehr das Recht auf eine Ideologie kollektiver Identität, denn um diese auszubilden müsste ja erstmal ihre Autonomie frustriert werden, auf die sie aber gar kein Recht haben.

Igitt, igitt: Natur

Geschlechtlichkeit wäre also nicht im Sinne von *uG* zu fassen als zu kompensatorischen Zwecken aus der kapitalistischen Konkurrenz abgeleitete Ideologie kollektiver Identität, sondern scheint Gesellschaft und die in ihr sich befindenden Subjekte struktureller zu prägen. Geschlechtlichkeit ist demnach eine gesellschaftliche Strukturkategorie, die sich nicht aus der Ökonomie ableiten lässt, aber vielfältig mit dieser in Beziehung steht.

Zur Kritik und Weiterführung der Überlegungen des *uG*-Bündnisses werde ich einen anderen Ansatz vorstellen mit dem der Zusammenhang von Geschlecht und Sexualität, den ich hier Geschlechtlichkeit nenne, besser zu begreifen ist. Ein Ansatz der sich an der Dekonstruktion und den *queer theories* orientiert.

Die zentrale Idee bei Judith Butlers Überlegungen zu Geschlecht ist, dass die Trennung zwischen ›sex‹, ›gender‹ und ›desire‹[10] selber sozial konstruiert ist. Indem sie aufzeigt, dass es keinen Rückgriff auf die scheinbar vordiskursive Natur geben kann, der nicht bereits kulturell kodiert ist, verdeutlicht sie, dass auch ein Bezug auf den scheinbar ›natürlichen‹ oder ›biologischen‹ Körper diesen immer erst diskursiv produziert[11]. Das Reden über oder der Bezug auf das ›sex‹ ist also immer auch dessen soziale Produktion. Die Idee des ›sex‹ ist damit genauso sozial konstruiert und diskursiv produziert wie die des ›gender‹ – eine genaue Trennung der beiden ist demnach nicht (mehr) möglich. Dies bedeutet nun nicht, dass Butler behauptet, dass es den Körper nicht geben würde, oder das ›sex‹ gleich ›gender‹ wäre. Es bleiben zu unterscheidende Phänomene, die zwar auf die gleiche Weise produziert werden, aber in unterschiedlichen, vielfältig miteinander verknüpften Diskursen, die unterschiedliche Funktionsweisen haben und über verschiedene Herrschaftsmechanismen funktionieren. Wichtig ist, dass es egal ist, ob es etwas ›Vordiskursives‹ oder ›Natürliches‹ gibt, oder geben könnte, da es selbst wenn dem so wäre, keine Möglichkeit eines ›reinen‹ Zugriffs darauf gäbe. Jeder Zugriff auf ›Natur‹ ist immer strukturiert durch die Kategorien und Begriffe mit dem er vollzogen wird und produziert damit immer auch erst performativ den Bereich, über den versucht wird Aussagen zu treffen.

Von so etwas Ähnlichem scheinen auch *uG* schon einmal gehört zu haben: »›Rasse‹, Geschlecht, Kultur und Religion werden in kritischer Absicht häufig als ›Konstrukte‹ bezeichnet. Der Hinweis auf ihre Bestimmung in ›umkämpften Diskursen‹ soll daran erinnern, dass Identitätszuschreibungen immer auch Herrschaftsverhältnisse repräsentieren« (uG, 66).

Abseits des ironischen Untertons der Beschreibung ist vor allem der letzte Halbsatz von Bedeutung. Denn wenn Identitätszuschreibungen von KRrG Herrschaftsverhältnisse repräsentieren, dann folgt daraus,

dass sie selber keine Herrschaftsverhältnisse sind. So wie die Bundestagsabgeordneten selbstverständlich nicht die Wähler_innen sind, sondern sie lediglich repräsentieren – also deren Willen abbilden und ihm entspringen. Hinter den Zuschreibungen kollektiver Identität läge demnach das eigentliche Herrschaftsverhältnis, dass über KRrG lediglich repräsentiert wird. D.h. die Idee von Geschlechtlichkeit als einem kulturellen Konstrukt wird nicht ernst genommen, sondern so nebenbei in die eigene Theorie der Konkurrenz als Letztbegründung für alles eingemeindet. Denn die kritische Absicht, die darin liegt z.B. Geschlechtlichkeit als Konstrukt zu analysieren (und nicht nur zu bezeichnen) bestünde gerade darin zu verdeutlichen, dass nichts ›hinter‹ dieser Konstruktion liegt – es also keinen Ursprung aus der Natur, der Ökonomie oder der Schöpfung gibt. Geschlechtlichkeit als

kulturelle Konstruktion ist genau als diese Konstruktion ein strukturelles Herrschaftsverhältnis, ohne das sich die derzeitige Gesellschaft nicht denken lässt. Die Unumgänglichkeit der Identifizierung mit einem Geschlecht ist nicht die Repräsentation eines hintergründigen Herrschaftsverhältnisses, sondern selbst ein Herrschaftsverhältnis, dem sich Subjekte nicht entziehen können.

Maßeinheiten historischen Unverständnisses

Diesem falschen Verständnis folgend findet demnach auch eine Intervention in die Zwangsverhältnisse der Vergeschlechtlichung bei *uG* wenig Gehör: »Doch der Versuch, über ›Diskursintervention‹ so etwas wie ›Identitätspolitik‹ zu betreiben, greift zu kurz. Mit

einem Mindestmaß an historischem Bewusstsein lässt sich erkennen, dass solche ›Diskurse‹ stets im Zusammenhang gesellschaftlicher Verteilungskonflikte Bedeutung gewinnen und sich wandeln, bei Verschiebungen im jeweiligen System gesellschaftlicher Herrschaft« (uG, 66-67).

Abgesehen von der unverschämten Dreistigkeit und Ignoranz mit der hier Kämpfe um die rechtliche Anerkennung von homo-, trans-, poly-, etc.-sexuellen Personen, illegalisierte Migrant_innen, staatenlose Flüchtlinge und allen anderen, denen eine anerkannte Identität verweigert wird, einfach als zu kurz gegriffen abgebügelt werden, mit der ich mich hier leider nicht ausführlich genug beschäftigen kann, ist vor allem die Entgegensetzung von ›Diskursintervention‹, ›Identitätspolitik‹, ›Diskursen‹ und dem ›System gesellschaftlicher Herrschaft‹ überraschend. Es gibt in dieser Konstellation gesellschaftliche Verteilungskonflikte (also die omnipräsente gesellschaftliche Konkurrenz), die Identitäten und Diskursen Bedeutung verleihen – oder sie Bedeutung gewinnen lassen. Veränderungen von Diskursen oder Identitäten ergeben sich demnach nur, wenn sich die Verteilungskonflikte, die das System der gesellschaftlichen Herrschaft sind, verändern. Eine Intervention in Diskurse ist für *uG* deshalb Unsinn, da diese selber nicht Gesellschaft und auch keine Herrschaft sind, sondern nur von der kapitalistischen Konkurrenz Bedeutung bekommen haben, deren Herrschaftsverhältnis also repräsentieren. Die Konstitution vergeschlechtlicher Subjekte als eine Naturalisierung eines strukturellen Herrschaftsverhältnis, das in der Aufteilung der Welt in zwei und nur zwei Geschlechter resultiert und über diese funktioniert, wäre demnach bedeutungslos, gäbe es nicht die Zumutungen der Ökonomie. Die naturalisierte Geschlechtlichkeit ist für *uG* als kollektive Identität sowas wie ein diskursives Entschädigungsgebäckgedeck, das über das eigentlichen System gesellschaftlicher Herrschaft drapiert wurde als »ideelle Entschädigung für erfahrenen Ausschluss« (uG, 67). Wenn am Arrangement oder der Ausstattung des Angebots etwas geändert würde, wäre diese demnach nur Mitarbeit am Entschädigungsschleier, der über den eigentlichen Problemen hängt.

Würde allerdings tatsächlich mit einem Mindestmaß an historischem Bewusstsein gearbeitet, wäre erkennbar, dass Geschlechtlichkeit als ein strukturelles Herrschaftsverhältnis auch unabhängig von ökonomischen Zumutungen Bedeutung hat. Die historische Analyse der Entstehung des modernen Modells heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, wie sie beispielsweise von Michel Foucault vollzogen wurde, zeigt, dass Zweigeschlechtlichkeit kein Nebenprodukt kapitalistischer Entwicklung ist, sondern wesentlicher Bestandteil der Realität moderner Gesellschaften. Wie Foucault über eine genealogische Untersuchung nachweist, können Subjekte nur innerhalb der heteronormativen Matrix der Zweigeschlechtlichkeit intelligibel sein, d.h. es gibt einen gesellschaftlichen Zwang zu einem eindeutigen Geschlecht und einer entsprechenden sexuellen Orientierung. Sie kommen also erst vergeschlechtlicht als Rechtssubjekte und somit als Teilnehmer_innen an der kapitalistischen Konkurrenz in Frage. Verschiedenste Diskurse[12] (medizinische, psychologische, religiöse usw.) produzieren erst in ihrer Verknüpfung im 19. Jahrhundert die Auffassung von Körpern als zwei strikt getrennte Geschlechter und die vom Begehren als einem heteronormativem. Menschen konnten danach nur noch Frauen oder Männer sein und eine der Heterosexualität widersprechende Praktik galt nun nicht mehr als Sünde o.ä. sondern als Krankheit oder gar Charakterdisposition, die

zu heilen wäre. Diese Matrix der Diskurse konstituiert sich, indem sie sich von ihren eigenen Unmöglichkeiten abgrenzt. Sie wird konstituiert, indem sie diese als ihr scheinbares Außen verwirft und sie erzwingt Konstitution, indem diese Unmöglichkeiten in einen Bereich des Nicht-Sagbaren, Nicht-Lebbaren verdrängt werden. War die_der Homosexuelle im 18. Jahrhundert noch ein_e gestrauchelte_r Sünder_in, so wurde aus ihr_ihm im 19. Jahrhundert eine eigene pathologische Spezies, die weggesperrt und geheilt werden musste.

Dieses Außen wird allerdings immer als die Möglichkeit des Undenkbaren innerhalb seiner Diskurse aufgehoben – muss aufgehoben werden, da die Verdrängung, wie Sigmund Freud nachgewiesen hat, nie endgültig sein kann, sondern der ständige Akt des Verwerfens das Verworfene immer auch anruft. Das Verworfene sucht also die sich über es konstituierenden Diskurse heim, ist Teil von ihnen, als ihre dünnsten und äußersten Ränder. Die Annahme, die Produktion und die Zuschreibung bzw. Einschreibung einer Geschlechtsidentität muss also erstens in der Verwerfung von Uneindeutigkeit und unter Abgrenzung zu der einen möglichen anderen geschehen und zweitens unter dem Postulat des heterosexuellen Begehrens über die Verwerfung und Abgrenzung von anderen Begehren.

Geschlechtlichkeit als gesellschaftliche Strukturkategorie zu verstehen ermöglicht so zu erkennen, dass schon die Aufteilung der Möglichkeiten überhaupt ein lebbares Leben zu führen, in den Bereich des gesellschaftlich Anerkannten, ja des Menschlichen, zu gehören ein Herrschaftsverhältnis ist. Die Herausbildung einer geschlechtlichen Identität erfolgt unter der Bedrohung der Repression von Positionen, die kein normales Leben versprechen. Gleichzeitig legitimiert sich die gesellschaftliche Ordnung über diese prekarisierten Positionen, da die Wirkmächtigkeit einer gesunden und natürlichen Normalität nur vor dem Hintergrund und der Bedrohung des ›Unnatürlichen‹, ›Anormalen‹, ›Kranken‹ funktionieren kann. Subjekte sind folglich nur als eindeutig vergeschlechtlichte überhaupt befähigt Subjekte zu sein und an den Verteilungskämpfen kapitalistischer Konkurrenz teilnehmen zu können[13]. Entgegen der Analyse von *uG* können also Geschlechterverhältnisse nicht kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen entspringen, sondern funktionieren als eigenständiges Herrschaftsverhältnis, das Gesellschaft grundlegend strukturiert.

Aus der Konkurrenz gepurzelt

Die Entstehung von Subjektpositionen oder ›kollektiven Identitäten‹ erklären sich *uG* aber nicht aus der historischen Entwicklung der Gesellschaft, sondern bleiben bei dem Ableitungsverhältnis aus der kapitalistischen Konkurrenz: »In ihrer konkreten Entstehung, Zusammensetzung und Veränderung verarbeiten sie [die Identitätszuschreibungen] dessen Konfliktlagen [des global integrierten Kapitalverhältnisses] auf vereindeutigende Weise: Als mehr oder weniger spontane Versuche, inmitten einer umfassenden und in stets wechselnden Abhängigkeiten ausgefochtenen Konkurrenz eine eindeutige und stabile Handlungsbasis zu entwerfen. Eben einen kollektiv versicherten Standpunkt persönlicher Identität, einer widerspruchsfreien Identität inmitten widersprüchlicher Zumutungen von Staat und Kapital« (uG, 67).

Der entlassene Opelarbeiter scheint sich in dieser Art von Kosmos spontan zu denken: ›Ach Mist, ab jetzt ALG I, aber immerhin evangelisch‹. Die Absurdität dieses Gedankens wird dadurch gesteigert, dass diese Perspektive die Voraussetzung dafür überhaupt bei Opel gearbeitet haben zu können nicht fassen kann: einen gültigen Pass in dem entweder männlich oder weiblich steht, einen festen Wohnsitz, eine Arbeitserlaubnis etc. – wobei dies nur die rechtlichen Voraussetzungen sind. So wird deutlich, dass der Versuch Subjektpositionen ausschließlich als Reaktion auf ökonomische Konfliktsituationen zu interpretieren in eine analytische und logische Sackgasse führt: das zu erklärende Resultat (weißer, deutscher, evangelischer Mann zu

sein) wird zur Zugangsbedingung seiner eigenen Ursache (nicht mehr für Opel arbeiten zu dürfen und sich deshalb nach Kompensation umschauen).

Prozesse der Subjektkonstitution um Geschlechtlichkeit, Klasse und *race* sind also komplexer und schwieriger zu fassen als mit einem spontanen Ableitungsversuch aus ökonomischer Frustration. Die Trias von race, class und gender als miteinander verbundene Subjektivierungsformen zu fassen, die Gesellschaft grundlegend strukturieren, kann aus dieser Sackgasse heraus führen. Judith Butler analysiert in diesem Zusammenhang in ihrem Buch *Psyche der Macht* einen Komplex, den sie »Subjektivation« nennt. Dieser bezeichnet den Prozess in dem ein Individuum in der Unterwerfung unter die bestehende gesellschaftliche Ordnung und in der Annahme ihrer Normen zu einem handlungsfähigen Subjekt wird. Diese Subjektivation besteht in einer dreifach paradoxalen Situation: 1) das referentielle Paradox: in Anschluss an Michel Foucault beschreibt Butler Macht als produktiv; es gibt demnach die Macht, die das Subjekt hervorbringt. Dies bedeutet allerdings, dass die Macht, die die Subjekte hervorbringt, die sie beherrscht gleichzeitig abhängig davon ist, dass sie von genau diesen Subjekten in einem (für beide konstitutiven) Akt angenommen, wieder eingesetzt re-produziert wird. Beispielsweise muss sich den Regeln, Normen und Gesetze der Sprache unterworfen werden, um Verständlichkeit und eine Sprecher_innenposition gewinnen zu können, gleichzeitig ist Sprache aber auch abhängig davon, dass sie gesprochen wird, da sie sonst eine tote Sprache wäre 2) das grammatikalische Paradox: es gibt demnach im Sprechen über oder von der Subjektivation ein Subjekt der Subjektivation. Allerdings kann es gar kein Subjekt vor der Subjektivation geben (es konstituiert sich ja erst durch diese), »das Subjekt« dient also, um überhaupt von der Subjektivation sprechen zu können, um sie analysieren zu können, als sprachlicher/grammatikalischer Platzhalter. Es ist demnach »ein Subjekt« in seiner ganzen Unmöglichkeit und Unbestimmtheit. 3) das zeitliche Paradox: die Subjektivation ist nach Butler also ein paradoxer Knotenpunkt – zwar geht die Macht/gesellschaftliche Ordnung/Norm dem Subjekt voraus, ist aber gleichzeitig abhängig von den Momenten ihrer Re-Artikulation, d.h. sie ist nur in ihrem Vollzug wirkmächtig – in dem das »Subjekt in the making« eben die Macht wieder einsetzt, von der es selber dazu ermächtigt wird. Dies ist allerdings kein einmaliger Akt, sondern das phantasmatische Postulat einer kohärenten Identität erfordert den (unbewussten) Prozess der ständigen Wiederholung und Sedimentation der Subjektivation. Das Paradoxe in der Analyse dieses Prozesses ist, dass die Gleichzeitigkeit, Komplexität und Pardoxalität in der Linearität von Sprache nicht wiederzugeben ist. Dazu sind die Subjekte mit den Kategorien ihrer Unterordnung leidenschaftlich verhaftet, da sie ihnen eine spezifische Art gesellschaftlichen Lebens ermöglichen.

Diese widersprüchliche Struktur der ständigen Einschlüsse und Verwerfungen, der Unterwerfung und Ermächtigung kann von *uG* aufgrund völlig falscher Prämissen nicht gefasst werden. Ausgangspunkt und Ursprung von allem ist nicht die gesellschaftliche Komplexität in ihrer historischen Gewordenheit, sondern immer und immer wieder die Konkurrenz. Denn die konkrete Entstehung »kollektiver Identitäten« ist ja, wie oben zitiert, eine vereindeutigende Verarbeitung der kapitalistischen Konfliktlage. Subjekte sind dadurch nicht Nexus verschiedenstartiger Anrufungen, paradoxer Verwerfungen und widersprüchlicher Positionen, sondern entstehen: »[a]ls mehr oder weniger spontane Versuche, inmitten einer umfassenden und in stets wechselnden Abhängigkeiten ausgefochtenen Konkurrenz eine eindeutige und stabile Handlungsbasis zu entwerfen. Eben einen kollektiv versicherten Standpunkt persönlicher Identität, einer widerspruchsfreien Identität inmitten widersprüchlicher Zumutungen von Staat und Kapital« (uG, 67). Schwarze Feminist_innen haben wiederholt den Widerspruch artikuliert gegen rassistische Unterdrückung zu kämpfen und gleichzeitig gegen die sexistischen Strukturen der Schwarzen Community vorzugehen, marxistische Feminist_innen hatten wie-

derholt das Problem thematisiert solidarisch mit der Arbeiterklasse sein zu wollen und dabei deren patriarchales Gefüge zu kritisieren. Ich finde diesen Staat, in dem ich lebe, aus einer emanzipatorischen Perspektive ganz besonders abschaffenswert, bin aber froh, dass er mir ermöglicht nahezu kostenfrei zu studieren – und gleichzeitig weiß ich, dass dies nur möglich ist, weil dies ganz viele andere Menschen aus dieser Hochschule ausschließt und nur möglich ist, weil ich eine Menge anderer Lebensweisen verworfen habe. Eine eindeutige und stabile Handlungsbasis scheint eine Identität also nicht zu sein und die Widersprüche scheinen auch nicht nur von Staat und Kapital produziert zu werden, sondern dem Prozess der Subjektivation immanent zu sein. Denn gerade die Brüche, Widersprüche und Komplikationen in der Bestimmung der eigenen Handlungsbasis verweisen darauf, dass es nicht möglich ist, ein einfaches Ableitungsverhältnis zu bestimmen, mit dem dies alles zu erklären sei. Es ist sogar gefährlich und falsch so zu tun als ob.

Die paradoxe Situation des Subjektivationsprozesses, die Notwendigkeit der beständigen Re-Artikulation der Identifikationen und ihrer Widersprüche wäre nämlich genau der Ort, an dem subjektive Handlungsmacht zu bestimmen wäre. In den Momenten der Irritation und der wiederholenden Widersprüchlichkeit eröffnet sich die Möglichkeit der Reflexion und der Handlung. Wenn, wie oben gesagt, die gesellschaftliche Ordnung abhängig ist vom Wiederholungszwang (einem Zwang sich ihr zu unterwerfen und sie wieder einzusetzen), dann ergeben sich in diesem Nexus von objektivem Zwang und subjektiver Ermächtigung Gelegenheiten Irritationen, Verschiebungen und Veränderungen wirkmächtig werden zu lassen. Gerade die Stabilität der ständigen Artikulation des Immer-Gleichen ist der Prozess ihrer eigenen Destabilisierung. Die Erklärung für gesellschaftliche Veränderung, revolutionäre Gesten und Taten, alltägliche Subversionen und radikale Kritik ist nur möglich, wenn derartige Momente der Brüchigkeit und Instabilität denkbar sind.

fail with consequence...

Doch der *uG*-Kosmos zeichnet sich durch Automatismus und spiegelglatte Oberflächen aus. Identifikation geschieht hier automatisch: »Die Sorge um die staatlichen Reproduktionsbedingungen des Kapitals ist im entwickelten Kapitalismus eine automatische Gefühlslage der verstaatlichten Individuen« (uG, 49) und: »die Identifikation mit der Nation bleibt ein automatisches Bedürfnis der kapitalistisch vereinzelten Individuen« (uG, 74). Wo es vereindeutigte Positionen und widerspruchsfreie Identitäten (die sowohl individuell als auch kollektiv sind) gibt, da gibt es auch nur ›automatische Gefühlslagen und Bedürfnisse‹. Unbewusstes, Verworfenes, Widersprüchliches und Verunsicherndes scheinen die Bewohner_innen des *uG*-Staates nicht zu kennen. Dem entsprechend sind sie aber auch nur willfährige Diener_innen von Staat und Kapital, die sich, unfähig anderes zu fühlen, frisch, fromm, fröhlich und (scheinbar) frei ganz automatisch mit ihren Identitäten versöhnen um von den ganzen Zwängen der Konkurrenz erleichtert zu sein. Wie gesagt: ›Zwar an der Grenze zu Spanien fast ertrunken und dann verhaftet worden um abgeschoben zu werden, aber immerhin Marokkaner‹.

Politische Handlungsfähigkeit ist so nicht zu denken und so können *uG* auch gar nicht erklären, wie sie denn, bei all dem Automatismus, überhaupt in die Lage gekommen sind ihren eigenen Text schreiben zu können, denn eigentlich müssten sich die Autor_innen automatisch so pudelwohl in der Haut ihrer kollektiven Identität fühlen, dass sie ein Pamphlet über die Großartigkeit deutsch zu sein hätten produzieren müssen, würden sie ihrer eigenen Analyse entsprechend handeln. Der grundlegende Fehler, Identitäten als widerspruchfrei und als aus der kapitalistischen Konkurrenz abgeleitet zu denken und dabei noch zu versuchen so etwas wie Geschlechtlichkeit als »kollektive Identität« zu fassen, wirft somit den eigenen An-

spruch des Projekts umgehend auf den Kopf und bringt die Verhältnisse zum Marschieren, statt zum Tanzen.

Dem gegenüber wäre Identität zu fassen als ein phantasmatisches Ideal: eine postulierte Einheit und Kohärenz, der die Subjekte ständig hinterher laufen, die sie wiederholt zu erreichen versuchen, an deren Unerreichbarkeit ihre eigenen Realität aber beständig scheitern muss. Identität bildet sich über die Identifizierung mit Idealen. Diese Ideale sind gesellschaftliche Positionen, die eine Möglichkeit kultureller Anerkennung und Lesbarkeit versprechen. Als solche sind sie aber grundlegend phantasmatisch: d.h. in ihrer Idealität nie zu erfüllen. Es gibt demnach ein strukturelles Missverhältnis zwischen Identität und Verkörperung. Die realen Personen scheitern immer an den Idealen, mit denen sie sich identifizieren und die sie für andere vielleicht figurieren. Das Ideal als Position innerhalb einer symbolischen Ordnung, das Identität anbietet und zur Identifizierung aufruft, ist somit notwendig von den realen Menschen, die sich auf es beziehen, verschieden. Bruce Willis figuriert in der gesammelten *stirb langsam*-Reihe als John McClane ein bestimmtes Ideal von Männlichkeit, mit dem sich unterschiedlichste Menschen identifizieren (wenn vielleicht auch nicht bewusst), gleichzeitig kann aber weder Bruce Willis als reale Person, noch die Personen, die sich an McClane anlehnen diesem Ideal genügen – die Verkörperungen scheitern zwangsläufig, werden deshalb aber umso energischer wiederholt.

Dazu wird es dadurch auch möglich, Subjekte in einer Vielzahl von, sich zum Teil auch widersprechenden, Identifizierungen zu analysieren. Zum einen gibt es für verschiedene Positionen unterschiedliche Ideale, die von mit anderen gesellschaftlichen Strukturen zusammenhängen: Bruce Willis verkörpert ein anderes Ideal von Männlichkeit als z.B. Harald Schmitt oder Woody Allen. Zum anderen Identifizierungen in einer Person zueinander und zu deren Lebenswirklichkeit im Widerspruch stehen: gerade weil bestimmte Ideal andere Positionen ausschließen und eine reale Entsprechung mit diesen Idealen nicht herzustellen ist, ergeben sich immer Widersprüche, Verwerfungen und Scheitern. Kohärenz und Selbstidentität sind daher immer aufgeschobene Versprechen wobei die Wirkmächtigkeit des Begehrens danach zu einer kontinuierlichen Spirale aus performativer Produktion von Identität(en) und ihren Unmöglichkeiten führt. Und wie oben beschrieben ruft genau dieser Prozess seine Verwerfungen und Brüche immer wieder auf und wird von ihnen heimgesucht.

...lose with eloquence and a smile...

Von hier aus zeigt sich der strukturelle Fehler Geschlechtlichkeit überhaupt als »kollektive Identität« fassen zu wollen. *uG* nehmen die Ein- und Auschlüsse als tatsächlich vereindeutigende Prozesse, die widerspruchslos zu einer kohärenten Identität führen. Die gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen dieser Mechanismen sind die gleichen: Abbilder der kapitalistischen Konkurrenz: »Denn in einer Gesellschaftsordnung, die auf Konkurrenz und Ausbeutung basiert, kann sich ‚Persönlichkeit' nur als System charakterlicher Angriffs- und Verteidigungspositionen entwickeln. Und jeder Entwurf widerspruchsfreier Identität (als Teil eines Kollektivs) überspielt reale gesellschaftliche Konfliktlagen und reale gesellschaftliche Ohnmacht, zugunsten tüchtiger Handlungsfähigkeit im Interesse der eigenen Clique« (uG, 67).

Wichtig ist hier, dass überall wo Gesellschaft steht »kapitalistische Konkurrenz« gemeint ist, denn wie ganz am Anfang gezeigt, entspringen nur dieser strukturelle Konflikte und individuelle Ohnmacht. Dazu wird hier die Gleichsetzung von kollektiver und individueller Identität deutlich, zwischen der *uG* in ihrer ganzen Broschüre tatsächlich keinen Unterschied machen. Dieser Entwurf der Identität, die personal wie kollektiv einfach die gleiche und darüber hinaus auch widerspruchsfrei ist, tappt dabei in die Falle des Phantasma der Kohärenz. Denn was bei *uG* ausgeschlossen wird, ist tatsächlich außen und spielt für die Subjekte nur noch eine versichernden und bestätigende Rolle – im Sinne von Menschen, die nicht zur eigenen Clique gehören. Die eigenen Grenzen, die gleichzeitig die des Kollektivs sind, sind glasklar. Sie stehen unumstößlich fest und müssen daher verteidigt werden. Verwerfungen ergeben sich also nur im Ausschluss anderer Menschen aus dem eigenen Kollektiv, die sich dann aber wieder ihre eigenen Entschädigungsidentität über die Identifizierung mit KRrG in einem anderen Nationalstaat suchen, gegen den dann wiederum konkurriert und sich abgegrenzt werden kann. Verwerfungen innerhalb des Subjekts, Brüche in kollektiven Imaginationen und Irritationen der postulierten Kohärenz – also die Idee eines konstitutiven Außen – kann von dem Ansatz von *uG* gar nicht gedacht werden. So kann nicht erklärt werden, wie Heterosexualität über eine verweigerte und unmögliche homosexuelle Identifizierung entsteht, es melancholische Verhaftungen mit den eigenen Unmöglichkeiten gibt und wie solche Prozesse Subjekte und die Gemeinschaften, in denen sie leben, grundlegend prägen. Psychoanalytische Theorie ist innerhalb der Broschüre nicht »unterbelichtet«, wie eine Frankfurter Vertreterin des Bündnisses auf der Vorstellung der Broschüre meinte, sondern konzeptionell und begrifflich gar nicht integrierbar. Begehren kommt ausschließlich als Identitätsbegehren vor und funktioniert wie Gefühlslagen automatisch – als solches ist es individuell wie kollektiv identisch und hat die alleinige Aufgabe die Zumutungen der Konkurrenz zu kompensieren.

So wird zum Abschluss hoffentlich der ganze Unsinn des Versuchs Geschlechtlichkeit als »kollektive Identität« zu fassen deutlich. Die widerspruchsfreie kollektive Identität einzelner Personen, diene ja dazu »tüchtige Handlungsfähigkeit im Interesse der eigenen Clique« herzustellen. Das hieße, dass alle Menschen, die sich in diesem Nationalstaat als ›Mann‹ identifizieren als gemeinsame Clique identische Interessen haben und diese tüchtig handelnd durchsetzen. Undenkbar ist in diesem Zusammenhang, dass ein homosexueller Landwirt aus Schleswig-Holstein andere Interessen und Handlungsmöglichkeiten hat, als ein Sohn eritreischer Migrant_innen, der in Kaiserslautern Germanistik studieren möchte. Was die feministische Kritik für das Kollektivsubjekt ›Frau‹ gezeigt hat, gilt

auch für andere vergeschlechtliche Postionen: Die Imagination einer kollektiven Identität ist die Universalisierung der hegemonialen Mehrheit: im Falle des Feminismus die Position heterosexueller, weißer Mittelstandfrauen; im Falle des *u*G-Bündnisses die Position weißer, deutscher Mittelstandjungs[14], denen ihre Heterosexualität so selbstverständlich ist, dass sie gar nicht drüber reden brauchen. Gerade die Kritik Schwarzer und post-kolonialer Feminist_innen an der Idee eines *global sisterhood* hat gezeigt, dass unter die Kategorie der Geschlechtlichkeit viele verschiedene Positionen und Identitäten fallen, die auf unterschiedliche Weise vom Zwangssystem der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit betroffen sind. Dieses verbindet sich darüber hinaus über vielfältige und widersprüchliche Prozesse mit anderen Kategorien gesellschaftlicher Herrschaft wie *race* und Klasse. Subjekte sind dabei der Nexus dieser vielfältigen und widersprüchlichen Anforderungen, Verhaftungen und Anrufungen. Die Kategorien, Normen, Gesetze und Identitäten, denen sie sich dabei unterwerfen müssen um eine Art gesellschaftlicher Lebensfähigkeit und Handlungsmöglichkeit zu erlangen, sind eben keine widerspruchsfreie Handlungsbasis für Interessenspolitik im Namen der eigenen Clique, sondern selber Moment von Zumutung, Zwang, Verunsicherung, (Glücks)Versprechen und Ermächtigung.

Die politische Aufgabe bestände diesbezüglich darin auf die Brüche, Widersprüche, Verwerfungen, Verunsicherungen und Heimsuchungen in eigentlich sicher Geglaubtem zu insistieren und zu versuchen diesen gerecht zu werden. Geschlechtlichkeit und Begehren wären nicht als augenfällige Positionen wundersamer Handlungsmacht zu begreifen, sondern aufzuzeigen, wie sie durch ihre eigenen Unmöglichkeiten und Widersprüche strukturiert und durchbrochen werden. In Gesten der Entidentifizierung und des Scheiterns wäre auszumachen wie z.B. die Ausstellung eindeutiger Männlichkeit immer wieder versucht sich ihrer Gespenster zu entledigen, wie heterosexuelle Männerbünde von homo-, poly- und weiteren vielfältigen Sexualitäten heimgesucht werden und versuchen sich diesen zu entziehen. Über solche Momente der Verunsicherung und der Brüchigkeit der (eigenen) Position(en) wäre eine Kritik der falschen Freiheit möglich. Oder wie Jessica Benjamin schon vor über zwanzig Jahren schrieb: »[E]ine Theorie oder Politik, die Widersprüche nicht aushält, die das Irrationale leugnet, die die erotischen, phantastischen Momente des menschlichen Lebens hinwegzusanieren versucht, [kann] nicht ein authentisches Ende der Herrschaft antizipieren, sondern nur noch das Feld räumen«.

Chanandler Bong

//_noten

#1 Es sei denn es würde sich um ein metaphorisches Sonnensystem handeln, in dem alle Kreisbewegungen von Planeten um eine Sonne zusammengefasst werden – was hier Sonne, Planeten und Monde wären, übersteigt allerdings meine hermeneutischen Fähigkeiten. Auch weiß ich nicht ob es Sonnensysteme gibt, in denen der Sonne irgendwas Kreisendes entsprungen ist, dass dann aber um was anderes als diese Sonne seine Bahnen zieht. Auch wäre in dieser Metapher unser Sonnensystem der Nationalismus und gleichzeitig auch der Nationalsozialismus – und das verstehe wer will.

#2 Zur Fragwürdigkeit der Geschichtspolitik siehe »Wie hoch ist die Zeit?« in diesem Heft.

#3 In der japanischen Zeichentrickserie »Mila Superstar« rund um das Leben der Volleyballspielerin Mila Ayuhara, gibt es eine Folge, in der die gegnerische Mannschaft einen wundersamen Angriff vollführt, bei welchem drei Spielerinnen gleichzeitig zum Schmetterschlag hochspringen und eine vierte vor ihnen einen Salto vollführt, sodass es für Mila und ihre Mitspielerinnen unmöglich ist zu erkennen woher der Ball denn nun kommt und wohin er fliegen wird. Ungefähr so ähnlich stelle ich mir das Kreisen der Ideologien im *u*G-Kosmos vor.

#4 Eine Zusammensetzung die nicht zufällig ist und die Broschüre durchzieht: politisch ist nur was ökonomisch ist, alles andere sind Kämpfe im oder um den falschen Schein.

#5 Das soll hier allerdings keine Erbsenzählerei um Bedeutungen sein, sondern verweist darauf, dass der Begriff der Ideologie in der Broschüre selber vage und unbestimmt bleibt. Das mag daran liegen, dass scheinbar noch ein ganzer Band dazu in der Mache ist, führt aber hier zu den beschriebenen Verständnisschwierigkeiten. Die meiste Zeit wird von *u*G Ideologie im Sinne von »falschem Schein« benutzt, der über den tatsächlichen Verhältnissen liegt. Er bleibt somit auch immer Schein, der zu durchschauen oder zu lüften wäre, und hat selber keine materiellen Auswirkungen.

#6 Die Autonomie des bürgerlichen Individuums ist innerhalb der Broschüre die Autonomie von Rechtssubjekten: »›Autonomie‹ bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft eben doch nicht, dass man tun kann, was man will oder was man vernünftigerweise tun sollte. Sie bedeutet im Wesentlichen, dass man jederzeit einen legalen Vertrag abschließen, d.h. eine Geschäftsbeziehung eingehen kann (und zum Überleben auch muss) - sofern sich nur jemand findet, der selbst ein privates Interesse an diesem Geschäft hat« (uG, 27). Die Frustrierung der Autonomie, zu deren Kompensation Ideologien kollektiver Identität dienen, besteht demnach darin, dass diese Autonomie der Rechtssubjekte durch Ausbeutung und Zwang der Verwertung eingeschränkt wird.

#7 Dass Frauen in der Broschüre kein handlungsfähiger Subjektstatus zu kommt, lässt sich auch in der Rede von Frauen als Manövriermasse ablesen: »In Verwertungskrisen sind Frauen immer wieder nationalökonomische Manövriermasse: sie verlieren tendenziell früher ihren Lohnarbeitsplatz, und bekommen ihn meist nur zu schlechteren Konditionen zurück« (uG, 72). Die strukturelle Benachteiligung von Frauen scheint hier erfasst zu werden, aber eine eigene Position des Widerstands oder der Handlungsmacht in diesen Prozessen scheint ihnen nicht zuzukommen.

#8 Die Absurdität der Argumentation wird vielleicht klar, wenn man sich die konkreten Überlegungen dahinter vorstellt. Einer unterbezahlten Raumpflegerin, die für viel zu wenig Geld viel zu lange am Tag Hotelzimmer säubern muss, eine Gefühlslage zu unterstellen die besagt: ›Naja, scheiß Job und kaum Kohle, aber wenigstens bin ich 'ne Frau‹ oder gar: ›Naja, scheiß Job und kaum Kohle, aber als Frau gehöre ich nun mal an den Putzeimer‹ ist in ihrem Automatismus (s.u.) eine Unverschämtheit. Es ist natürlich nicht unmöglich, dass es solche Identifikationen geben kann – genug Frauen sitzen bei Mario Barth im Publikum und Nationalismus ist auch in illegalisierten Communities nicht unbekannt – sie zum Enschädigungsautomatismus zu machen ist aber problematisch.

#9 Zynisch ist es in diesem Zusammenhang auch in der Fußnote zum Autonomiebegriff zu formulieren: »juristisch wird bereits der Kauf bzw. Verkauf einer Semmel als Vertragsverhältnis gefasst« (uG, 27). Das es einen strukturellen Unterschied zwischen dem rechtlichen Schutz des Privateigentums und dem von Staatsbürgern gibt, ist so nicht zu denken, sondern scheint in eins zu fallen.

#10 Butler unterscheidet zwischen dem anatomischen Geschlecht (sex), der sozialen Geschlechtsidentität (gender) und der Geschlechtsidentität (gender identity - der Zusammenhang zwischen sex, gender, Begehren und Sexualität).

#11 Butlers Konzept basiert auf der Annahme, dass jeder Bezug auf irgendetwas immer schon strukturiert, begrenzt und ermöglicht wird durch das Bedeutungssystem, in dem er stattfindet. Wahrnehmung und die Vermittlung eben dieser ist demnach ermöglicht, geprägt und begrenzt durch die Kategorien, Möglichkeiten und Grenzen der Sprache. Wobei Sprache bei Butler jede Art von Bedeutungsproduktion meint und somit die Grundlage jeder möglichen Gesellschaftlichkeit bildet. Jede Anwendung, also in der Konsequenz eigentlich jegliche Handlung, bestätigt dieses Bedeutungssystem wieder und muss auf jenes zurück greifen. In einer ständigen Bewegung wird das Bedeutungssystem, in dem die Bewegung stattfindet, demnach bestätigt und immer wieder neu eingesetzt, d.h. konstituiert. Performativität bedeutet in dieser Figur, dass sprachlichen Handlungen das, was sie scheinbar benennen immer auch erst möglich machen bzw. produzieren. Die sogenannten Dinge oder die Natur, auf die sich Sprache bezieht, liegen nicht außerhalb ihrer, sondern werden durch sie produziert. Damit ist auch der Körper, als die scheinbar natürliche Ursache unserer Geschlechtlichkeit, eine performative Materialisierung der sozialen Beziehungen, Handlungen und Praktiken, die über ihn, durch ihn und mit ihm hervorgebracht werden. Diese performative Produktion ist allerdings keine beliebige, sonder eine durch bestimmte Normen, Regeln, Codes und Sanktionen streng orchestrierte die letztlich in der heteronormativen Zwangsmatrix mündet.

#12 »Nach Foucault sind Diskurse eine Menge von Aussagen, die demselben Formationsgebiet zugehören, wie z.B. der Klinik, der Psychiatrie, der Sexualwissenschaft oder der Ökonomie, und die auf geregelte Weise soziale Gegenstände wie Wahrheit, Realität und Normalität bzw. Wahnsinn, Lüge und Abweichung sowie die ihnen entsprechenden Subjektivitäten produzieren. Diskursive Formationen - als Definitionsmacht zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt - konstruieren ihre Untersuchungsobjekte unter dem Scheinargument der Entdeckung (die Psychoanalyse erfindet das Unbewusste, die Sexualwissenschaften kreieren die Homosexuellen), und sie regulieren, was sagbar ist und was nicht gesagt werden kann.«

#13 Diese Unterscheidungen zwischen Normalität und »Unnatürlichem«, »Anormalem«, »Krankem« etc. findet dann wiederum seinen Ausdruck in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft, in der festgeschrieben steht, wann Menschen nicht mehr als Subjekte zählen – z.B. ab welchem IQ eine Person als ›schwachsinnig‹ gilt und einen Vormund braucht, also nicht mehr als autonomes Rechtssubjekt zählt.

#14 Wer hier die Deutungshoheit besitzen lässt sich an der allerersten Fußnote ablesen: »Dieser Text verwendet bei Gattungsbegriffen das grammatische Maskulin. Wir sind uns der Diskussion um die sprachliche Repräsentation anderer geschlechtlicher Identitäten bewusst, vertreten dazu aber keine einheitliche Position« (uG, 16). Dadurch gibt es im *uG*-Kosmos nur männliche Bezeichnungen und die so benannten Herren sind sich zwar anderer Lebensformen bewusst oder haben von Diskussionen um diese gehört, scheinen sie aber nicht in ihr Repräsentationsreich aufnehmen zu wollen. Als »Kompromiss« setzt sich so die reaktionärste aller Möglichkeiten durch, die von Anfang an die Universalisierung der männlichen Position als einzig sinnvolle und mögliche setzt.

Dies zeigt auch, dass *uG* Brüche, Verunsicherungen und Irritationen lieber zu ignorieren scheint, denn das immer gleiche Argument, das gegen sprachliche Repräsentationen jenseits des männlichen Mainstreams aus der Mottenkiste der Reaktion gekramt wird, ist: ›Das stört die Lesbarkeit‹. Die Idee, dass es genau darum geht: um Störungen, die den männlichen Normalbetrieb verunsichern und somit Reflexionen über diesen anregen könnten, scheint den Deutschlehrern im Bündnis nicht nachvollziehbar zu sein.

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

www.graswurzel.net

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 352, Okt.: Stuttgart 21: Aufstand der Anständigen; „Keine Armee verteidigt den Frieden" KDV und Gewaltfreiheit in Kolumbien; Anti-Atom-BEWEGUNG! 100.000 demonstrierten für den Atomausstieg. Und jetzt? Castor stoppen!; Dumpfbacken unter sich: GENosse Sarrazin entdeckt das Juden-Gen; Alice Miller-Nachruf; Libertäre Buchseiten, u.v.m.

Klassen, Kampf und Konkurrenz

›Konkurrenz‹ nimmt in der Broschüre von *...ums Ganze* (2009, im Folgenden: *uG*) eine bestimmende Stellung ein, schon rein quantitativ: Allein auf den ersten 10 Seiten des Texts wird sie 46 mal genannt, hinzu kommen 12 mal Abkömmlinge wie Wettbewerb, Wettstreit usw. Dass es sich dabei nicht um eine Frage schlechten Stils handelt, mag ein Vergleich verdeutlichen: Klasse = 0, Kampf = 0, Arbeitsteilung = 0, Produktionsverhältnisse = 0, Praxis = 0, Begriff = 0. Widerspruch = 1, immerhin.[1]

Qualitativ betrachtet sieht es nicht besser aus. Es wird kein Begriff von Gesellschaft entwickelt, es findet sich überhaupt kein ›Begriff‹ und keine ›Bestimmung‹ nur eine Aneinanderreihung feststehender Setzungen und endgültiger Wahrheiten. Kapitalismus wird beschrieben als ein funktionierendes System, das keine Dynamik und keine Bewegung kennt. Daraus ergibt sich eine mechanische, statische Betrachtung, die sich selbst im unbeteiligten Außen wähnt und Gesellschaft nicht als widersprüchliches Verhältnis begreift.

Vor diesem Hintergrund wird es schwierig, überhaupt Ansatzpunkte für eine Kritik zu finden. Im Folgenden werde ich daher zunächst die Broschüre für sich selbst sprechen lassen mit einem Abschnitt, der für die *uG*-Begründung des bürgerlichen Staats zentralen Stellenwert hat und in dem der Konkurrenz die Rolle einer Schlüsselkategorie zukommt. Im Anschluss daran versuche ich, die Bedeutung von Klassenkämpfen in der marxschen Theorie herauszuarbeiten. Abschließend folgen einige Anmerkungen zu Staat und Klassenkampf.

Ich formuliere diese Kritik im Anschluss an Diskussionen, die in Frankfurt geführt wurden, und verstehe sie als Teil von Kämpfen, in die auch *uG* mit der Broschüre intervenieren. Zentrale These ist, dass sich Gesellschaft ohne einen Begriff von ›Kampf‹ nicht denken lässt und eine entsprechende Theoretisierung gerade mit Blick auf politische Praxis notwendig wäre. Wenn ›Klassen‹ in diesen Überlegungen zunächst im Vordergrund stehen, so hat das den einen Grund, dass sie bei *uG* kaum Berücksichtigung finden; der andere Grund ist der, dass mein Artikel von vier weiteren Texten flankiert wird, die ihre Bedeutung angenehm relativieren.

1. Theoretische Begründung des Staats bei *uG*

Um den Textfluss nicht zu zerreißen, gleichzeitig aber auf einen unmittelbaren Kommentar nicht zu verzichten, habe ich diesen in Form von Fußnoten eingebracht. Hier der Text:

»Der kapitalistische Normalvollzug hat Voraussetzungen, die nicht selbst der kapitalistischen Konkurrenz entstammen, die aber zur Aufrechterhaltung dieser Konkurrenz unabdingbar sind. Denn die einzelnen ökonomischen Akteure haben kein eigenes Interesse an der Konkurrenz als solcher. Als Konkurrenten haben sie im Gegenteil ein notwendiges Interesse an ihrem individuellen Konkurrenzerfolg, tendenziell also an einer Monopolstellung.[2] Ihr Streben geht notwendig darauf, den ökonomischen Gegner nieder zu konkurrieren, und dazu alle verfügbaren Mittel zu mobilisieren. Dieser Logik des kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs entsprechend, würden sie gegenüber ihren ökonomischen Widersachern auch auf Mittel zurückgreifen, die die Konkurrenzordnung insgesamt zerstören würden: Gewalt, Täuschung, Diebstahl, Erpressung, Sabotage, üble Nachrede etc.[3] Solche Verfahrensweisen können aber keine Regeln des Kapitalismus als gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhang sein. Eine dauerhafte Verwertung des privaten Reichtums als Kapital kann nur in einem gesellschaftlichen System des ›freien Warentauschs‹ gelingen, des ausschließlich ökonomischen Widerstreits der Individuen und Unternehmen.[4]

Es bedarf also einer Instanz, die außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz steht, und die die Voraussetzungen dieser Konkurrenz schützt – und zwar gegen betrügerische und gewalttätige Vorgehensweisen, die durch die kapitalistische Konkurrenz selbst motiviert werden. Diese Instanz ist der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts. Um Recht und Gesetz durchsetzen zu können, beansprucht er das Gewaltmonopol – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen und ökonomischen bzw. institutionellen Akteuren auf seinem Territorium. Bereits diese zentrale Funktion des Staates dokumentiert, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung von einer alltäglichen Tendenz zu Gewalt und Betrug geprägt ist.[5]

Eine funktionierende kapitalistische Reproduktionsweise als ganze setzt jedoch voraus, dass der ökonomische Verdrängungswettbewerb insgesamt als freie Konkurrenz nach allgemeinen Regeln ausgetragen wird. Der ökonomische Antagonismus vollzieht sich also in der Form des Vertrags zwischen formal freien und gleichen Rechtssubjekten, die sich gegenseitig als Privateigentümer anerkennen. Jedes legale Geschäft fußt auf einem solchen Vertrag. Und diesen Vertrag garantiert der bürgerliche Staat kraft seiner hoheitlichen Monopolgewalt durch ein allgemeines Recht.« (uG, 20f)

Der ›Antagonismus‹ am Ende kommt etwas unvermittelt, denn ein solcher setzt widerstreitende, *entgegengesetzte Interessen* voraus. Im marxschen ›Kapital‹ bezieht er sich auf die unterschiedlichen Stellungen von Lohnarbeit und Kapital im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Dieser Klassenantagonismus und die damit verbundenen Kämpfe bilden ein strukturelles Moment der kapitalistischen Produktionsweise, das im weitesten Sinne unter dem Begriff der Produktionsverhältnisse gefasst werden kann.

Bei *uG* ist weder von Produktionsverhältnissen noch von Klassenkämpfen die Rede, thematisiert wird ausnahmslos die Konkurrenz, bei der es allerdings um den Wettstreit *gleicher Interessen* geht. Konkurrenz gibt es sowohl unter Kapitalist_innen wie unter Arbeiter_innen: bei ersteren geht es um Marktanteile, bei letzteren um Arbeitsplätze. Beide Gestalten der Konkurrenz prägen gesellschaftliche Prozesse, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Bei *uG* verschwimmen diese Unterschiede jedoch zu einem Brei. Konkurrenz wird zum allgemeinen Handlungsmotiv, der Klassenantagonismus geht verloren. Dazu noch zwei Zitate:

»In entwickelten kapitalistischen Ökonomien ist den Menschen ihr Dasein als Privateigentümer und Konkurrenten zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden. Egal ob (...) als Lohnabhängige (...), als (...) ›Selbständige‹, als Manager (...): stets stehen sie in Konkurrenz mit ihresgleichen.« (uG, 16)

»Von der geringsten Dienstleistung bis zur größten Industrie gilt das Prinzip, dass eine Investition einen Profit abwerfen muss. Und das ist nur durch die unbedingte Bereitschaft zu gewährleisten, ökonomische Konkurrenten auszustechen. Auch wer an diesem Verdrängungswettbewerb mangels Kapitalbasis gar nicht erst auf eigene Rechnung teilnehmen kann, unterliegt dieser objektiven Anforderung.« (uG, 17)

Im zweiten Zitat wird nahegelegt, dass der Profit dem Ausstechen der Konkurrenten entspringt. Solchen liberalen Positionen begegnete Marx mit der These, dass der Mehrwert (und damit der Profit) ausschließlich der Ausbeutung der Arbeitskraft entstammt. Anknüpfend an Marx werde ich deshalb im folgenden Abschnitt versuchen, die Rolle der Konkurrenz in der kapitalistischen Produktionsweise herauszuarbeiten.

2. Konkurrenz

Im ›Kapital‹ widmet Marx dem »Kampf um den Arbeitstag« ein historisches Kapitel (Marx 1890, 245-320), das den Abschluss seiner Ausführungen zum absoluten Mehrwert bildet. Er zeichnet darin eine Bewegung zwischen Kapital und Arbeit nach, in der die vermittelnde Tätigkeit des Staats zum Tragen kommt. Dieser Abschnitt ist nicht nur für eine materialistische Staatstheorie von Bedeutung, sondern bildet auch die implizite Grundlage der oben zitierten Ausführungen von *uG*. Marx beginnt seine Ausführungen mit Überlegungen zur Länge des Arbeitstags unter der Bedingung des Warentauschs:

»Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andrerseits schließt die spezifische Natur der verkauften

Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.« (ebd., 249)

Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt: An diesem Punkt ist mit logischer Abstraktion nicht mehr weiter zu kommen, weil gleichberechtigte, aber antagonistische Interessen aufeinander treffen. Die Entscheidung wird in der konkreten Geschichte herbeigeführt. Marx betrachtet daher den historischen Verlauf der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital in der Phase der Industrialisierung in England.

2.1 Der Angriff des Kapitals

In seinem »Wehrwolfsheißhunger« nach Mehrwert und damit Mehrarbeit tendiert das Kapital dazu, die Arbeitskräfte unerträglich lange arbeiten zu lassen. In der Praxis des frühen 19. Jahrhunderts führt das nicht nur zum Tod durch Überarbeit einzelner Arbeitskräfte (vgl. ebd., 269), sondern die Existenz der Arbeiter_innenklasse als solcher ist in Frage gestellt:

»Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. (...)

Die kapitalistische Produktion, die wesentlich Produktion von Mehrwert, Einsaugung von Mehrarbeit ist, produziert also mit der Verlängerung des Arbeitstags nicht nur die Verkümmerung der menschlichen Arbeitskraft, welche ihrer normalen moralischen und physischen Entwicklungs- und Betätigungsbedingungen beraubt wird. Sie produziert die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst.« (ebd., 281)

Das Widersinnige an dieser »maßlosen Aussaugung« von Arbeitskraft ist, dass das Kapital damit seine eigene Grundlage, die Quelle von Wert und Mehrwert, untergräbt. Daran kann es objektiv kein Interesse haben. Marx bemerkt entsprechend:

»Das Kapital scheint daher durch sein eignes Interesse auf einen Normalarbeitstag hingewiesen.« (ebd.)

Wichtig ist der Begriff des Interesses. Der Normalarbeitstag, d.h. die Verkürzung des Arbeitstags auf ein halbwegs erträgliches Maß, ist im Sinne der langfristigen Interessen des Kapitals notwendig, oder umgekehrt: Das Kapital hat ein *objektives Interesse* daran, die Arbeitskräfte nicht zu Tode zu arbeiten. Demgegenüber stehen allerdings die *kurzfristigen, subjektiven Interessen* der Kapitalist_innen:

»Das Kapital (...) wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit und schließlich doch unaufhaltsame Entvölkerung so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne. (...) jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selbst den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat. *Après moi le déluge!* [Nach uns die Sintflut!] ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.« (ebd., 285)

Das Kapital muss also »durch die Gesellschaft« zu seinem Glück gezwungen werden, und zwar gegen seinen formulierten Willen. Wieso das?

»Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.« (ebd., 286)

Dass die individuellen Kapitalist_innen gegen ihr Klasseninteresse handeln, liegt in der Natur einer Produktionsweise, in der das gesellschaftliche Mehrprodukt in Form des Mehrwerts privat angeeignet wird. Dies gilt gleichermaßen für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Die Einzelkapitale fragen nicht danach, wie lange natürliche Rohstoffe noch zur Verfügung stehen oder wann der Klimawandel zur Überschwemmung der Kontinente führt. Für sie zählt allein der Profit, den sie hier und jetzt erzielen können.

Fazit: Die Konkurrenz unter den Kapitalist_innen zeitigt Ergebnisse, die den Erfordernissen der Kapitalakkumulation entgegen stehen. Darin drückt sich ein Widerspruch aus, der deutlich macht, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht einfach als mechanisches System funktionieren kann. Die Widersprüche zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Interessen des Kapitals, zwischen subjektivem Handeln und objektiven Interessen lassen sich immanent nicht aufheben. Sie lassen sich ›lösen‹, indem sie prozessierbar gemacht werden, bspw. durch Institutionalisierungen, in denen sie dauerhaft bearbeitet werden können. Diese Bewegung ist nie abgeschlossen, sondern muss ständig wieder neu vollzogen werden. An den Begriff von Gesellschaft wäre daher der Anspruch zu stellen, dass er auf solche Widersprüche reflektiert.

2.2 Widerstand der Arbeiter_innenklasse

Die permanente Ausdehnung des Arbeitstags mag für das Kapital noch so profitabel sein, aus der Perspektive der Arbeit wird sie unzumutbar, selbst wenn sie nicht immer gleich zum Tode führt. In den frühen Phasen der Industrialisierung geht es um nicht viel mehr als das nackte Überleben zu beschissenen Konditionen.

»Zum ›Schutz‹ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.« (ebd., 320)

Im Laufe des 19. Jahrhunderts häufen sich spontane Aufstände gegen das Kapital, die Arbeiter_innenklasse beginnt, sich zu organisieren. Marx schreibt nicht viel von den Aktionen der Arbeiter_innen, weil das Kapital in diesen Prozessen die dynamische Kraft darstellt, und um deutlich zu machen, dass der Normalarbeitstag keineswegs aus humanistischen Gründen gewährt wurde. Zusammenfassend schreibt er:

»Die Geschichte der Reglung des Arbeitstags in einigen Produktionsweisen, in andren der noch fortdauernde Kampf um diese Reglung, beweisen handgreiflich, daß der vereinzelte Arbeiter, der Arbeiter als ›freier‹ Verkäufer seiner Arbeitskraft (...) widerstandslos unterliegt. Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.« (ebd., 316)

Vorläufiges Ergebnis dieser Kämpfe ist die gesetzliche Beschränkung der Länge des Arbeitstags durch den Staat.

Fazit: Erstens folgen die Aktionen der Arbeiter_innen offensichtlich nicht dem Konkurrenzprinzip, sondern sind im Gegenteil Ausdruck ihrer Solidarität. Damit ist nicht gesagt, dass es unter Arbeiter_innen keine Konkurrenz gäbe, aber unverkennbar gibt es Momente, die sich daraus nicht erklären lassen. Die Pauschalisierung von uG, mit der alles und jede_r unter die Konkurrenz subsumiert wird, ist daher falsch. Zweitens

kämpfen die Arbeiter_innen nicht ums Ganze, sondern ganz eigennützig ums Überleben. Die Durchsetzung des Normalarbeitstags bedeutet letztlich eine Verlängerung ihrer Ketten, denn nach wie vor werden sie ausgebeutet. Zugespitzt lässt sich sogar formulieren, dass ihr Kampf den langfristigen Interessen des Kapitals dient. Andererseits gilt das nur in Grenzen, denn über einen bestimmten Punkt hinaus stellt die Forderung nach einem kürzeren Arbeitstag die Produktion von Mehrwert grundsätzlich in Frage.

2.3 Die Antwort des Kapitals

Mit der Einführung des gesetzlichen Normalarbeitstags fanden die Kämpfe um die Länge des Arbeitstags in England ab Mitte des 19. Jahrhunderts ein vorläufiges Ende, weil dieser Status quo von allen Seiten als gültig anerkannt wurde. Für das Kapital hieß das, dass eine Steigerung des absoluten Mehrwerts vorerst aussichtslos geworden war. Was dagegen unverändert fortdauerte, war das Interesse an einer Erhöhung des Mehrwerts. Die Reaktion des Kapitals auf die neue Situation entwickelt Marx zunächst theoretisch als »Produktion des relativen Mehrwerts« (Marx 1890, 331-530): Durch Steigerung der Produktivkraft lassen sich Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen. Einzelkapitale können kurzfristig Extraprofite erzielen, langfristig sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft für alle Unternehmen. Die Schranke, die dem Kapital mit der Einführung des Normalarbeitstags gesetzt wird, wirkt somit als Triebkraft für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine rein technische Angelegenheit, denn auch dieser Prozess ist Ausdruck von Kämpfen:

»Die Maschinerie wirkt jedoch nicht nur als übermächtiger Konkurrent, stets auf dem Sprung, den Lohnarbeiter ›überflüssig‹ zu machen. Als ihm feindliche Potenz wird sie laut und tendenziell vom Kapital proklamiert und gehandhabt. Sie wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals. (...) Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeiteremeuten ins Leben traten.« (ebd., 459)

Mit der Ersetzung der widerspenstigen Arbeitskräfte durch Maschinerie, die bspw. zu Arbeitslosigkeit führt, ist aber nur eine Seite der Kämpfe bezeichnet. Viel tiefgreifender wirkt das, was Marx als die »ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände« (Marx/Engels 1848, 465) durch die Entwicklung der Produktivkräfte bezeichnet:

»Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern.« (Marx 1890, 511)

Dieses »Herumschleudern« bedeutet einen permanenten Bruch in der Reproduktion des täglichen Lebens – die Arbeitskraft muss neu qualifiziert werden, neue industrielle Zentren entstehen, während gleichzeitig

ganze Regionen veröden. Zum Prozess der Industrialisierung schreibt Edward P. Thompson:

»Die Erfahrung der Verelendung kam in hundert verschiedenen Formen über sie: für den Landarbeiter als Verlust von Gemeinderechten und den Resten einer dörflichen Demokratie; für den Handwerker als Verlust seines beruflichen Status; für den Weber als Verlust von Einkommen und Unabhängigkeit; für das Kind als Verlust von Arbeit und Spiel zu Hause; für viele Arbeitergruppen, deren Reallöhne stiegen, als Verlust von Sicherheit und Freizeit, als Verschlechterung ihrer städtischen Umwelt.« (Thompson 1963, 476f.)

Ganz allgemein geht es um eine Neubestimmung des gesellschaftlichen Gebrauchswerts.[6] Dies erfordert

Anpassungsprozesse, die nicht nur institutionellen Wandel und eine Restrukturierung gesellschaftlicher Organisationsabläufe nach sich ziehen, sondern tief ins Subjekt hineinreichen.

Auch diese kulturellen Brüche gehen nicht ohne Widerstände vor sich, deren Formen so vielfältig wie spontan sein können und sich oftmals nur sehr vermittelt auf Lohnarbeit beziehen. Der Weg vom fordistischen Massenarbeiter zur flexiblen Arbeitskraft-Unternehmerin wurde weder über Nacht bewerkstelligt, noch staatlich verordnet. Der Paradigmenwechsel vom Fordismus zum Postfordismus hat vielmehr die (Selbst-)Mobilisierung aller möglichen gesellschaftlichen Kräfte erfordert, die teilweise mit entgegengesetzten Intentionen zu seinem Gelingen beitrugen.

Fazit: Auch im Fall der Produktivkraftsteigerung spielt Konkurrenz eine wichtige Rolle, sie bildet das

ursprüngliche Motiv – die individuelle Kapitalist_in führt neue Produktionsmethoden ein, weil sie gegenüber den konkurrierenden Kapitalen einen Extramehrwert realisieren will. Dies führt mittelfristig zur Verallgemeinerung der Methode, womit der Extramehrwert flöten geht – der allgemeine Wert der Waren sinkt, damit auch der Wert der Ware Arbeitskraft. Hier verhält es sich also umgekehrt, wie bei der "werwolfsmäßigen Ausbeutung" der Arbeitskraft: Die egoistische, konkurrenzmotivierte Aktion des Einzelkapitals steht im Dienst der Kapitalist_innenklasse als solcher, rückblickend betrachtet erfolgt die Antwort des Kapitals kollektiv.

3. Staat

Die oben vorgestellte Bewegung lässt sich schematisch verkürzt zusammenfassen:

- Das Kapital verlängert den Arbeitstag (absoluter Mehrwert).
- Die Arbeit wehrt sich dagegen.
- Der Staat vermittelt.
- Das Kapital steigert die Produktivkraft der Arbeit (relativer Mehrwert).
- Die Arbeit wehrt sich dagegen.
- Der Staat vermittelt.

Die Produktion des absoluten und die Produktion des relativen Mehrwerts bilden die zwei grundlegenden Modi des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Was in dieser Darstellung aber chronologisch erscheint, ist in Wirklichkeit gleichzeitig am Werk. Für bestimmte Perioden werden relativ stabile Kompromisse bezüglich der Arbeitszeiten ausgehandelt, Methoden der Arbeitsorganisation verallgemeinern sich zu einem neuen Produktionsparadigma. Aber das Kapital bleibt immer auf dem Sprung, über kurz oder lang werden eingespielte Muster grundlegend in Frage gestellt und damit aufs Neue umkämpft. Das spezifische Terrain dieser Kämpfe bildet der bürgerliche Staat, seine Aufgaben und Funktionen erwachsen aus den Interessen, die sich in den Kämpfen formulieren. »Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse« (Marx 1890, 316) - sie ist nicht etwa Produkt des Akteurs ›Staat‹ als einem Instrument der herrschenden Klasse, der das Kapital vor seinem Verderben rettet, vielmehr ist der Staat Ausdruck der historisch-spezifischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Allerdings gilt das nur vermittelt, der Staat kann kein glatter ›Spiegel‹ der Verhältnisse sein, weil diese selbst widersprüchlich sind. So sind bspw. die Klassen in sich fraktioniert und gespalten und verfolgen keine homogenen Interessen. Die Darstellung solcher Widersprüche in staatlichen Apparaten und Institutionen bedeutet eine gebrochene Übersetzung, die nur mit Verzögerungen erfolgt und Ungleichzeitigkeiten beinhaltet. Weiterhin wirkt die politische Bearbeitung der Konflikte auf die Kräfteverhältnisse zurück, der Staat ist daher Teil dieser Verhältnisse und hat seine eigene Materialität. Die Konfliktlösungen sind offen, es gibt kein vorgegebenes Ziel, auf das zugesteuert werden könnte, und die Ergebnisse entsprechen selten dem, was intendiert war. In solchen Findungsprozessen wird der Staat selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung und einem Wandel unterzogen. Dabei spielen Traditionen

und Überlieferungen eine entscheidende Rolle, die konkrete Gestalt des Staats bleibt pfadabhängig, das institutionelle Gefüge ist träge. Andererseits erklärt sich aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess, warum sich bestimmte Interessen immer wieder geltend machen. Nicos Poulantzas bezeichnet den Staat daher treffend als »materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (1978), Antonio Gramsci spricht vom ständigen »Sich-Bilden und Überwunden-Werden instabiler Gleichgewichte« (1932, 1561) zwischen den Klasseninteressen.

Seine relative Autonomie gegenüber der Ökonomie erhält der bürgerliche Staat weiterhin aus den umfangreichen Aufgaben, die ihm aus den Kämpfen erwachsen. Diese haben ihren Grund nicht nur in den einschneidenden Veränderungen, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte einhergehen (s.o.), auch bei den Auseinandersetzungen um die Länge des Arbeitstags geht es um Fragen, die über das Kapitalverhältnis hinausgehen. Wenn z.B. das Verbot von Nacht- oder Kinderarbeit zur Disposition steht, dann geht es um messbare Festlegungen von ›Zeit‹ und ›Kindheit‹ - Normierungen, die dem gebrauchswertorientierten Denken vorkapitalistischer Produktionsweisen völlig fremd sind. Sie gehen einher mit der Scheidung von öffentlicher und privater Sphäre, mit neuen Formen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung sowie mit der zunehmenden Trennung von Arbeit und Leben. Erforderlich wird damit eine besondere Subjektkonstitution, deren Organisation weitestgehend in den staatlichen Aufgabenbereich fällt. Subjekte lassen sich aber nicht einfach per Gesetz verordnen oder mittels Gewalt durchsetzen.

»In entwickelten kapitalistischen Ökonomien ist den Menschen ihr Dasein als Privateigentümer und Konkurrenten zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden.« (uG, 16)

Die Frage, *wie* solche Selbstverständlichkeiten geworden sind und internalisiert wurden, interessiert uG offenbar nicht. Bspw. die Etablierung der Zeitdisziplin hat bereits einen jahrhundertelangen Prozess hinter sich, ehe sie mit der Einführung von Industriearbeit auch den Arbeiter_innen in der Fabrik abverlangt wird (vgl. Thompson 1967). Dort erfolgt die Züchtigung zwar zunächst mit Arbeitshaus und Peitsche, für eine kritische Theorie erklärungsbedürftig ist jedoch, weshalb die Arbeiter_innen schon einige Jahrzehnte später ihre Taschenuhr mit Stolz tragen. Gleichzeitig reicht das ›Geworden‹-sein nicht aus, denn sofern sich solche Selbstverständlichkeiten nicht in die Gene einschreiben, müssen sie ständig aufs Neue ›werden‹, d.h. gesellschaftlich produziert werden. Kein Mensch kommt auf die Welt mit einer Vorstellung von Pünktlichkeit oder Privateigentum, aber kein Mensch kann vernünftig leben, ohne deren Bedeutung anzuerkennen.[7] Umgekehrt bleiben Residuen alter Ordnungen in der Gegenwart hängen: Wieso z.B. ist der Sonntag immer noch heilig? Als arbeitsfreier Tag ist er vielleicht durchlöchert, aber bei den umfassenden Angriffen auf die Arbeitszeiten in den letzten 30 Jahren hat er sich ganz gut gehalten. Religion ist mehr als ein Geschenk Gottes in Form frommer Arbeitskräfte, an bestimmten Punkten wird sie dysfunktional. Der ökonomistische Funktionalismus von uG, der davon ausgeht, dass in solchen Fällen eine einfache staatliche Anpassung möglich ist, unterschätzt nicht nur den Starrsinn solcher Praxis (es geht um Glauben und Identität); er verkennt auch, dass die Stellung, die u.a. Religion in einer Gesellschaftsformation einnimmt, in die konkrete Struktur des Staats und seiner Apparate eingeschrieben ist.

4. Klassenkampf

Der exzessive Gebrauch der Begriffe ›Klasse‹ und ›Kampf‹ in diesem Text begründet sich in deren mangelnder Behandlung bei uG. Da ihnen etwas Anachronistisches anhaftet, im Folgenden einige Klärungen.

4.1 Kämpfe

Der Begriff des Kampfs ist nicht militärisch zu verstehen. Kämpfe können historisch sehr unterschiedliche Formen annehmen, von denen die meisten nichts mit der romantischen Vorstellung brennender Barrikaden zu tun haben. Bereits die Unterschrift unter einen Arbeitsvertrag stellt eine Form von Kampf dar, weil damit die gegenwärtigen und vergangenen Klassenverhältnisse, die sich im Vertrag ausdrücken, anerkannt werden. Individuelle Arbeitsverweigerungen wie Zigarettenpausen auf dem Klo, Krankmeldungen oder die Produktion von Haushaltsbedarf während der Arbeitszeit sind in dieser Betrachtungsweise genauso als Kämpfe zu verstehen wie die gewerkschaftliche Hinnahme von Lohnkürzungen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, beide Seiten - Arbeit und Kapital – als aktive zu betrachten: Klassen beziehen sich relational aufeinander und bilden ein Kräfteverhältnis. Der Zwang zur permanenten Verwertung des Werts versetzt das Kapital immer wieder in Angriffspositionen und verleiht dem Klassenantagonismus seine Wirksamkeit. Nicht geführte Kämpfe sind daher aus Perspektive der Arbeit immer verlorene.

4.2 Klasse

Der Begriff der Klasse klingt antiquiert, zumal wir gegenwärtig keine verelendeten Massen mehr vor Augen haben – wenigstens nicht unmittelbar vor der Haustür, wie dies im 19. und frühen 20. Jahrhundert noch der Fall war. Gegen bürgerliche Theorien würde ich ihn dennoch stark machen, zunächst als abstrakte Strukturkategorie: Produktion und Distribution des gesellschaftlichen Mehrprodukts basieren nach wie vor auf Ungleichheit, und ›Klasse‹ ist ein Werkzeug, um diesen »Kampf um das Surplusprodukt« (Jürgen Ritsert) theoretisch bearbeiten zu können.

Es ist eine der großen Leistungen der bürgerlichen Gesellschaft, den Begriff der Klasse seiner traditionellen feudalen und religiösen Begründungen entkleidet zu haben. Der Bruch, den die Erfindung der Individualität für das Denken und Handeln der Menschen bedeutet, ist so fundamental, dass es bis tief ins 20. Jahrhundert dauerte, die abstrakte Vorstellung freier und gleicher Individuen in westlichen Gesellschaften auch formalrechtlich durchzusetzen. Heute geht kein Kind mehr davon aus, dass es qua Geburt unverbrüchlicher Teil einer häuslichen Gemeinschaft sei,[8] die Trennung von Privatem und Öffentlichem wird bereits mit der Muttermilch verabreicht.[9] Das ist die eine Seite der »doppelten Freiheit« der Lohnarbeiter_innen, von der Marx spricht:

»Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nachdem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer andern Person leibeigen oder hörig zu sein.« (Marx 1890, 743)

Der Preis dieser Emanzipation von der traditionalen Gemeinschaft ist aber nicht nur der Verlust der Verfügung über die Produktionsmittel, sondern auch die Versachlichung von Herrschaft, in der Klasse als gesellschaftliche Ordnungskategorie obsolet zu werden scheint: »There's nothing more unequal than the equal treatment of the unequal.« (Harvey 2007)

Auch in wertformanalytisch inspirierten Abstraktionen wird oftmals unterbelichtet, dass es beim Warentausch zwischen den abstrakt Gleichen nicht um irgendwelche Waren geht. Wesentlich geht es um die Ware Arbeitskraft, um den »Kauf und Verkauf von Arbeitskraft« (Marx 1890, 609), im Zentrum steht die Entdeckung des Mehrwerts: kein Kapital ohne Ausbeutung, kein Markt ohne Arbeitsmarkt, kein prozessierender Wert, kein automatisches Subjekt ohne Mehrwert.

»Ursprünglich erschien uns das Eigentumsrecht gegründet auf eigene Arbeit. Wenigstens mußte diese Annahme gelten, da sich nur gleichberechtigte Warenbesitzer gegenüberstehn, das Mittel zur Aneignung

fremder Ware aber nur die Veräußerung der eignen Ware, und letztere nur durch Arbeit herstellbar ist. Eigentum erscheint jetzt auf Seite des Kapitalisten als das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters als Unmöglichkeit, sich sein eignes Produkt anzueignen. Die Scheidung zwischen Eigentum und Arbeit wird zur notwendigen Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer Identität ausging.« (ebd., 609f.)

Schwieriger ist es, die abstrakte Bestimmung des Klassenantagonismus in der konkreten Wirklichkeit dingfest zu machen. Es gibt mehr als die beiden Klassen Bourgeoisie und Proletariat, von denen bisher die Rede war, aber selbst deren Bestimmung ist nicht einfach. Streng genommen ergibt sie sich aus dem Eigentum bzw. Nichteigentum an Produktionsmitteln. Das lässt sich gegenwärtig aber nicht mehr ohne weiteres halten, da das Kapital sich bspw. in Form von Aktiengesellschaften organisiert, in denen auch hochdotierte Manager_innen nicht unmittelbar über Produktionsmittel verfügen. Das verweist auf grundsätzliche Schwierigkeiten, die sich für empirische Untersuchungen ergeben.[10] Dennoch würde ich die These vertreten, dass einige Klassenlagen so fix und unverrückbar sind wie Geschlecht oder Hautfarbe auch.

»Hättest Du (...) eine bürgerliche Erziehung gehabt, so brächtest du auch die Gewißheit mit, daß alles, was auf dich zukommt, dich angeht und deine Meinung herausfordert. Du könntest, wohin es dich auch verschlagen würde, mit aller Selbstverständlichkeit jede Situation für dich in Anspruch nehmen. Statt dessen trägst du nach wie vor an der Erfahrung deiner Unterlegenheit, du glaubst, es wolle dich keiner anhören, du bist dir nicht sicher, wie sich deine Studien verwenden, zum Ausdruck bringen lassen sollen.« (Weiss 1975, 270)

4.3 Klassenkampf

Im ›Kommunistischen Manifest‹ schreibt Marx, die Geschichte sei die Geschichte von Klassenkämpfen. Mit den Ausführungen von oben habe ich deutlich zu machen versucht, dass eine materialistische Theorie auch heute nicht auf den Begriff von Klasse und Klassenkampf verzichten kann. Andererseits kann der marxsche Satz nicht unwidersprochen stehen bleiben: Geschichte *ist* die Geschichte von Klassenkämpfen, aber sie ist auch die Geschichte einiger anderer Kämpfe. Im Folgenden versuche ich, das an einer historischen Bewegung aus der jüngeren Geschichte deutlich zu machen.

Der instituionalisierte Klassenkompromiss der fordistischen Gesellschaftsformation beinhaltete die korporatistische, ritualisierte Aushandlung von Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat.[11] Die Schranke, die sich aus dieser Konstellation für das Kapital ergab, wurde spätestens mit dem Ende des »kurzen Traums von der immerwährenden Prosperität« (Burkhard Lutz) Anfang der 1970er Jahre deutlich.

»Die fordistische, sozialstaatlich-keynesianische Regulationsweise, die über Jahre hinweg eine Stütze der Kapitalakkumulation dargestellt hatte, wurde damit zu deren Hemmnis (...). Die enge Verbindung von Massenkonsum, Sozialstaat und Akkumulation, die das ›goldene Zeitalter‹ des Fordismus gekennzeichnet hatte, zerbrach.« (Hirsch 2002, 94)

Das Kapital kündigte den Kompromiss auf, weil das auf Wachstum und intensiver Akkumulation[12] beruhende Produktionsparadigma an seine Grenzen gekommen war. Wie aber erfolgte diese Aufkündigung? Eine Strategie bildete die verstärkte Internationalisierung der Produktion. Da aber die industriellen Zentren nach wie vor ihre Bedeutung behielten, wurde hier eine umfassende Restrukturierung der gesellschaftlichen Beziehungen notwendig. Der Staat war nur bedingt in der Lage, regulierend Einfluss zu nehmen, denn die keynesianischen Steuerungsinstrumente griffen nicht mehr und in seinem institutionellen Aufbau war er selbst Teil des Problems. Die Organisationen der Arbeiter_innenklasse, so zahm und selektiv sie auch gewesen sein mögen, waren stark:

»Die Jahre 1968-71 waren in [Frankreich, Italien, Großbritannien und der BRD] die streikreichsten und für zahlreiche Lohnarbeiter auch materiell erfolgreichsten der Nachkriegszeit.« (Goldschmidt 2008, 858)

In dieser Gemengelage gab es zwar eine Vielzahl von Interessen, die zur Verwirklichung drängten, aber keine_r der Akteur_innen kannte den genauen Weg in die Zukunft. Aus heutiger Sicht hingegen lassen sich bestimmte Entwicklungen nachzeichnen. Eine entscheidende und für den Umbruch in die neoliberale Periode typische war die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, zu deren Durchsetzung die Starre der fordistischen Formation überwunden werden musste. Hier kam Hilfe von ungeahnter Seite: Der Bruch mit dem Normalarbeitsverhältnis erfolgte zum einen durch die Frauenbewegung und die Kritik der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung,

zum anderen durch die studentisch geprägten 1968er, die nicht bereit waren, den Lebensentwurf ›von der Wiege bis zum Grab‹ zu teilen. Gleichzeitig wurde mit der Reorganisation der Produktionsprozesse, der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors und der Zunahme von Arbeitslosigkeit die niedriger entlohnte (Teilzeit-)Arbeit dieser Gruppen stärker nachgefragt. Aber kein_e Kapitalist_in hätte im Zuge von 1968 auch nur daran gedacht, dass hier für ihre Interessen gestritten würde, und kein_e Staatsdiener_in, dass darin ein Potenzial zur Bewältigung der Krise läge. Und nicht einmal entfernt lag dies in der Absicht von Frauen und 68ern, die sich explizit als antikapitalistisch, antipatriarchal und antietatistisch verstanden.

Das Beispiel zeigt: Erstens können Kämpfe für das Kapitalverhältnis relevant werden, auch wenn sie sich nicht unmittelbar darauf beziehen.[13] Zweitens lohnt es sich nicht, auf das vermeintliche Paradies zu warten (das mit der Aufhebung des sogenannten Hauptwiderspruchs versprochen wird), wenn ›Befreiung‹ auch im Hier und Jetzt schon zu haben ist.[14] Drittens zeigen diese Kämpfe, worin Kämpfe bisher noch immer mündeten, wenn sie gesellschaftlich relevant wurden: Sie fügen sich in staatliche Institutionen, werden Teil neuer Kräfteverhältnisse, die sich im Staat verdichten.[15] Viertens lässt sich diese geschichtliche Bewegung nicht verstehen ohne einen Begriff von Kampf, den es theoretisch zu konzeptualisieren gilt - gerade, wenn es um politische Praxis geht.

5. Ums Ganze?

Konkurrenz ist ein bürgerliches Prinzip, das zweifellos Motiv und Triebkraft vieler Handlungen bildet. Die Geschichte des Kapitalismus ist aber *auch* die Geschichte einer Vergesellschaftung, die von feudalen Fesseln befreit, sie ist auch die Geschichte einer komplexen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die »Kooperation« (vgl. Marx 1890, Kapitel 11) erfordert. Und die Kapitalist_innen mögen sich in ihren Geschäften noch so feindlich gegenüber stehen, in ihrer Klassenposition stehen sie geschlossen gegen das Proletariat. Marx hat sie daher auch »feindliche Brüder« (1894, 263) genannt. Wer nur dem »Schein der Konkurrenz« (vgl. ebd., Kapitel 25) folgt und Geschichte nicht als widersprüchliche Bewegung begreift, wird praktisch in Donquichotterien enden.

Den Begriff des Klassenkampfs habe ich stark gemacht, weil er in den theoretischen Begründungen des bürgerlichen Staats von uG eine Leerstelle bildet. Der *Klassenantagonismus* ist eine abstrakte, strukturelle Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, die sich konkret in *Klassenkämpfen* ausdrückt, die wiederum zu historisch-spezifischen *Kräfteverhältnissen* führen. Darin steckt keine Wertung. Dem Kapital gegenüber nehme ich den Klassenstandpunkt des Proletariats ein, aber einen schwulen Kapitalisten würde ich gegen einen homophoben Arbeiter verteidigen. Die Wahrheit ist immer konkret. Es läge mir daher auch fern, im Proletariat sowas wie ein revolutionäres Subjekt zu sehen.

Die ›blinden Flecken‹, die sich aus der marxschen Analyse ergeben, hat die Geschichte mit den Kämpfen gegen patriarchale Herrschaft, rassistische Diskriminierung, koloniale Ausbeutung usw. selbst aufgedeckt. Hinter die Trias von race, class und gender kann deshalb kein Ansatz zurückgehen, der mit dem Anspruch umfassender gesellschaftlicher Emanzipation auftritt.

Den Staat begreift uG nicht als ein umfassendes gesellschaftliches Verhältnis, sondern als notwendige Funktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Es fehlt die Einsicht, dass sich die komplexen ideologischen, politischen und ökonomischen Verschränkungen nicht auf eine einzige Ursache zurückführen lassen. Vor allem fehlt jeder Begriff von Ideologie, der über eine staatlich manipulierte Gehirnprothese hinausgeht: uG konstruiert einen ›bösen‹ Kapitalismus, der von ›außen‹ kritisiert und angegriffen wird. Die Wirklichkeit ist aber viel schwärzer, als uG das denken kann: »Wenn wir äußern, daß die Erde rund ist und sich um sich selbst dreht, dann bestätigen wir damit,

daß es Besitzende und Besitzlose gibt. Nennen wir Grundsätze der physikalischen Ordnungen, so hängt daran die Arbeitsteilung in Ausübende und Eintreiber, die so alt ist wie die Wissenschaft.« (Weiss 1975, 41) Unser Denken und Handeln ist so sehr in die Verhältnisse verstrickt, dass die Behauptung eines Standpunkts außerhalb selbst ideologisch ist. Ein Prozess der Organisierung kommt um solche Auseinandersetzungen nicht herum, denn dieser wird zwangsläufig auf die eine oder andere Art und Weise Herrschaft reproduzieren. Dass es kein richtiges Leben im falschen gibt, kann dabei keine Entschuldigung sein, vielmehr wäre die Frage nach dem Verhältnis von Spontaneität und Organisation ernsthaft und immer wieder neu zu stellen.

Der Bezugspunkt der Emanzipation von Herrschaft liegt in der Geschichte und den Kämpfen, die dort geführt wurden. uG schafft es aber nicht einmal, die relativ bescheidenen Erfolge der jüngsten Vergangenheit aufzugreifen (s. FN 1 in uG sowie die Kommentare von Bong und Mello in diesem Heft).

»Staat, Kapital und ›Weltmarkt‹ bilden ein konfliktträchtiges System gesellschaftlicher Herrschaft. Es manifestiert sich in jeder Alltagssituation, und lässt sich doch nur als Ganzes bekämpfen. Andernfalls verliert sich Politik in naivem Aktionismus. Wer sich nur um vermeintlich konkrete Problemlagen kümmern will, verfehlt meist deren Entstehungszusammenhang in der staatlich vermittelten kapitalistischen Konkurrenz. In herrschaftskritischer Perspektive sind meist sämtliche Alternativen pragmatischer Politik gleichermaßen falsch. Pragmatismus und Dummheit gehen in der bürgerlichen Welt ineinander über.« (uG, 18)

Diese Position ist zynisch, arrogant und dumm. Jede politische Aktion, jeder soziale Kampf kann nicht anders als *konkret* sein, geht aus konkreten Herrschaftsverhältnissen hervor und wird sich in konkreten Forderungen darauf beziehen. Die Formulierung und politische Organisierung von Partikularinteressen kann dabei Prozesse zu einer Selbstverständigung in allgemeinen Fragen anregen. Eine Vielzahl solcher Kämpfe in Verbindung zueinander hätte möglicherweise die Chance, den gegenwärtigen Formen von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu bereiten. Aber schon die Annahme, dass eine solche Revolution sich nur im Weltmaßstab verwirklichen ließe, macht deutlich, mit welchen Ungleichzeitigkeiten ihr Vollzug konfrontiert wäre. Es wird immer wieder der »konkreten Analyse der konkreten Situation« (Lenin) bedürfen, um in raumzeitlich unterschiedlichen Konstellationen die Hebel zu finden, die das Ganze bedeuten.

uG stellt sich außerhalb und verliert damit, was es theoretisch zu gewinnen gälte: den *Widerspruch* in die Perspektive zu nehmen und damit nicht nur politische Naivität zu enttäuschen, sondern Erfahrungen zu ermöglichen, die das vorläufige Scheitern nicht als Niederlage begreifen, sondern als Anknüpfungspunkt für neue Kämpfe. Utopien gilt es dabei im Kopf zu behalten. Die Hauptwiderspruchsrhetorik mit der abstrakten Forderung nach einer ›Zerschlagung‹ des ›Kapitalismus‹ bleibt blind für wirkliche Veränderung.

Charly Außerhalb

//_noten

#1 Da sich die folgenden Ausführungen fast ausnahmlos auf die marxsche Theorie beziehen, habe ich Begriffe aus anderen Kontexten nicht abgefragt. Für den gesamten Text gilt: Wertform = 0, Fetisch = 0, Verdinglichung = 0, Konkurrenz = 205.

#2 Die Akteure haben »kein eigenes Interesse« an der Konkurrenz, sondern – »im Gegenteil« – »ein notwendiges Interesse« am Konkurrenzerfolg. Das ist Unsinn.

#3 Eine Erklärung, weshalb die Akteure »notwendig« danach streben, ihre »Gegner« mit »allen verfügbaren Mitteln« nieder zu konkurrieren, fehlt. Die »Logik« des »kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs« könnte demzufolge auch der menschlichen Natur entspringen. Der Mensch ist des Menschen Wolf (Hobbes)? Aufgabe einer materialistischen Theorie wäre doch gerade, zu klären, *warum* das »Recht der/des Stärkeren« nicht gilt.

#4 Dieser eine Satz ist tatsächlich die ganze ›theoretische‹ Begründung für den bürgerlichen Staat – in einer Broschüre, die diesen zum Thema hat. Selten habe ich drei Generalvorwürfe innermarxistischer Debatten treffender gefunden: verkürzt, ökonomistisch, funktionalistisch.

#5 Erst wird aus der Tendenz zu Gewalt und Betrug der Staat und seine Funktion abgeleitet, dann dient die »zentrale Funktion des Staates« als Nachweis der Tendenz zu Gewalt und Betrug...

#6 Grundsätzlich bedeutet die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte qualitative Veränderungen. Die Umstellung von Dampfkraft auf Dieselmotoren zieht nicht nur die Umstellung von Kohle auf Öl nach sich, sondern u.a. auch die Erfindung des Automobils – neue Infrastrukturen durchdringen die Städte und das Leben der Menschen. Der Gebrauchswert wandelt sich, die Warenform bleibt.

#7 Eine in diesem Zusammenhang zu klärende Frage wäre, *weshalb* Milliarden von Menschen die ganze Scheiße alltäglich reproduzieren - interessant vor allem, wenn es um revolutionäre Veränderung gehen soll. Das erforderte allerdings einen Begriff von Ideologie als materieller Praxis und käme um eine Auseinandersetzung mit Subjektkonstitution nicht herum. Dass Kapitalismus "funktioniert", sieht selbst die dümmste Kartoffel.

#8 Genau genommen gab es im Mittelalter überhaupt keine Kinder, sondern nur ›kleine‹ Erwachsene (vgl. Ariès 1960).

#9 ›Muttermilch‹ impliziert schon die merkwürdige, aber wirkmächtige Vorstellung, dass die ›biologische‹ und ›private‹ Mutter allein für die Kinderaufzucht verantwortlich sei (die Milchflasche macht hier nicht den Unterschied). Im Gegensatz zu Klasse bleiben andere Ordnungskategorien wie Geschlecht oder ›Rasse‹ auch nach der großen Transformation noch an Geburt gebunden.

#10 Einen guten allgemeinen Ansatz zur Bestimmung von Klassenlagen liefert Ritsert mit der »Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess« (1988, 81ff.).

#11 Von der Linken wurde dieser Deal aus verschiedenen Gründen kritisiert: Einerseits blieb der kapitalistische Verwertungsprozess unangetastet, die Arbeiter_innenklasse ließ sich ›sozialpartnerschaftlich‹ mit kleinen Konsumkuchen abspeisen. Gleichzeitig hatte das fordistische Normalarbeitsverhältnis die Gratisarbeit von ›Hausfrauen‹ wie die Niedriglohnarbeit von Migrant_innen zur Grundlage. Schließlich blieb es ein privilegiertes Modell westlicher Industrienationen, das mit der Ausbeutung des Trikonts konnte.

#12 Der Begriff stammt aus der französischen Regulationstheorie und bezeichnet Akkumulationsprozesse, die vorwiegend auf qualitativen Entwicklungen beruhen; von *extensiver* Akkumulation wird dagegen gesprochen, wenn Expansionen typischerweise quantitativ erfolgen und Produktionstechniken unverändert bleiben (vgl. Lipietz 1985, 119ff.).

#13 Das Beispiel mag insofern schlecht erscheinen, als diese Kämpfe aus der Klassenperspektive v.a. negativen Ausdruck gefunden haben. Es hätte aber auch anders kommen können...

#14 Damit soll nicht gesagt sein, dass patriarchale Unterdrückung überwunden sei, aber gegenüber den reaktionären Frauenbildern Mitte des 20. Jahrhunderts gibt es deutlich befreiende Momente.

#15 Das heißt nicht, dass Form oder Inhalt der Kämpfe falsch waren. Sie entfalteten ebenso emanzipative Potenziale und stellen praktische und theoretische Erfahrungen zur Verfügung, an die sich anknüpfen lässt. Eine wesentliche davon ist, dass es keinen Kampf jenseits der Kräfteverhältnisse gibt.

//_texte

"...ums Ganze" (2009), Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs, ohne Ort

Ariès, Philippe (1960): Geschichte der Kindheit, München 2000

Goldschmidt, Werner (2008): Klassenkampf, Artikel in: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/I, Hamburg 2008

Gramsci, Antonio (1932), Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg/ Berlin 1996

Harvey, David (2007), Reading Marx's Capital with David Harvey, Class 12, online unter: http://davidharvey.org/reading-capital

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen, Hamburg

Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff ›Regulation‹, in: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Nr. 58, S. 109-137

Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt

Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, in: MEW 23, Berlin 1979

Marx, Karl (1894): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band, in: MEW 25, Berlin 1983

Marx, Karl/ Friedrich Engels (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, Berlin 1977

Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002

Ritsert, Jürgen (1988): Der Kampf um das Surplusprodukt. Einführung in den klassischen Klassenbegriff, Frankfurt

Thompson, Edward P. (1963): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Erster Band, Frankfurt 1987

Thompson, Edward P. (1967): Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/ Berlin/ Wien 1980

Weiss, Peter (1975): Die Ästhetik des Widerstands, Erster Band, Berlin 1989

Nr. 42 | 4 Euro

arranca!

Wie jetzt?
Transformationsstrategien II

Mit Beiträgen von Mario Candeias, Friederike Habermann, Thomas Seibert, Frank John, Jens Kastner, Gruppe Soziale Kämpfe, Für eine linke Strömung u.a.

Alles Weitere unter arranca.org

politik/gesellschaft/arbeit/kultur

Ich will das Ema nicht klasensprechein wird

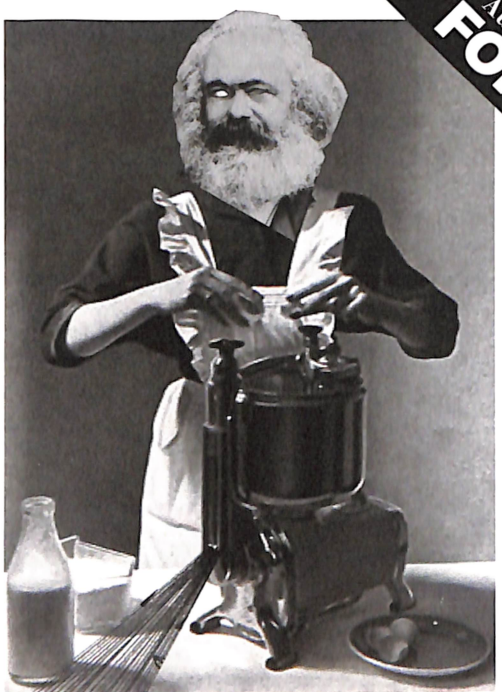
Mädchen sollten sich von Buben vernhalten

gestaltung: lina walde www.evaundeva.blogspot.com

das feministische monatsmagazin

an.schläge

Coming Out Soon: Ausgabe #2 FORM

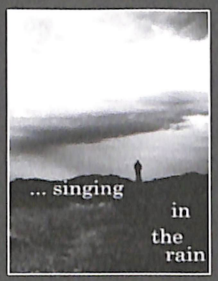


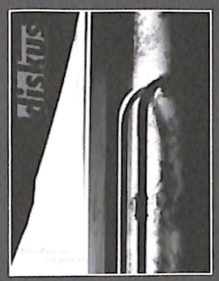
<OUTSI-
DE TH
-E BOX>

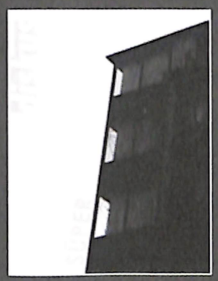
Outside The Box | Zeitschrift für feminstische Gesellschaftskritik | outside.blogsport.de

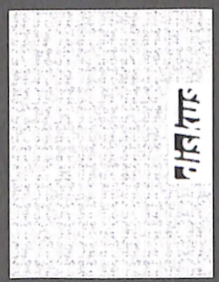
abo ? backissues ?

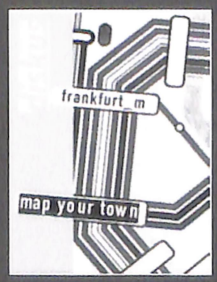
Alte Ausgaben gibts für die Portokosten, das Abo mit 4 Ausgaben für 5 Euro in Briefmarken oder Scheinen bei: diskus · Mertonstraße 26 – 28 · 60325 Frankfurt / Main · *Rabatte auf Anfrage*











impressum

diskus · Frankfurter Student_innen Zeitschrift
Heft Nr. 2.10 · Oktober 2010 · 59. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28 · 60 325 Frankfurt

Tel: (069) 79 828 912 · Mittwochs 20 – 22 Uhr

Fax: (069) 70 20 39

E-mail: diskus @ copyriot.com

Webarchiv: http://diskus.copyriot.com

Herausgeber_innen: Johannes Bellermann · Julia König · Janne Krumbügel · Alek Ommert · Felix Silomon-Pflug

Redaktion: AK Grand Hotel Abgrund am *Institut für vergleichende Irrelevanz (Ivi)*, Frankfurt a/M.: Charly Außerhalb · Chanandler Bong (V. i. S. d. P.) · Alexander Frank · Mello · Dan Tarbow

Satz, Layout: missy_k

Bilder: 1, 50, 52–60, 64: Charly Außerhalb; 40, 42–46, 48: Chanandler Bong; 1, 31, 33, 34, 36: Alexander Frank; 6: Zora Krasnova; 20, 22-24, 26-29: Mello; 9–18: Dan Tarbow

Belichtung & Druck: Caro Druck, Frankfurt a/M.

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der Autor_innen.

PHASE 2
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.
09/10

NACH DER ZÄRTLICHKEIT 37
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN POSTKOLONIALEN ZEITEN

INKA SAUTER: »Ein Universalismus ohne westliche Werte?«

»Internationalistische Praxis nach dem Internationalismus?« Interviews mit VertreterInnen von NOLAGER/TRANSACT!, STOP THE BOMB und FELS

JÖRN SCHULZ: »Die Suche nach dem guten Taliban«

CORNELIA MÖSER: »Immaterielle und unsichtbare Arbeit«

NATURFREUNDEJUGEND BERLIN: »Den Umständen entsprechend«

JANA SCHEURING: »Ehre, Ehrenmord und die ewig Fremden«

PHASE2 erscheint alle 3 Monate und kostet 4 Euro
ABO: 5 Ausgaben für 18 Euro
ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D
04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG